

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 2,30 RM., monatl. 1,10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 28. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Aus dem Zuchthause.

Von den „Kulturproblemen der Gegenwart“, als deren siebenter
Band es jedoch erschienen ist, hat ein neues Buch von Hans
Leuf*) seinen allgemeinen Titel wohl am allerbesten verdient. Die
Frage der Straffsitz und besonders des Strafvollzuges gehört in der
That zu den dringendsten Kulturproblemen unserer Zeit. Und es ist
eine sehr problematische Kultur, die ihren besten und unent-
behrlichen Schutz in den Gesein der Zuchthausstrafe und der sozialen
Rechtung findet.

Hans Leuf ist selbst drei Jahre und vier Monate lang einer
von den Ausgestoßenen gewesen — aus welchen Gründen ist be-
kannt. Seine kriminelle That hat ihm in vorurteils freien
Streifen nicht geschadet, und was an ihrer Vorgeschichte allzu
menschlich gewesen sein mag, schadet ihm nicht in den
Augen der Vorurteils vollen, weil es dort gang und
gäbe ist. Genug davon! Nicht vom Manne soll die Rede sein,
sondern von seinem Werk — und wenn von ihm überhaupt ge-
sprochen wurde, so war es, weil dieses Werk sein Persönlichstes ist
und weil es als That so manches aufwiegt, was man dem Ver-
fasser in die andre Waagschale legen möchte.

Als Leuf, so erzählt er selbst, über die Schwelle des Zuchthaus-
es trat, stand er selbst noch als gewesener antisemitischer
Reichstags-Abgeordneter in den Vorurteilen der guten Gesellschaft,
und betrachtete den Zuchthändler als einen Ausgestoßenen und Ver-
worfenen der Menschheit, die Zuchthausstrafe selbst als eine not-
wendige und zweckdienliche Einrichtung. Seine Thätigkeit in der
Schreibstube, die ihn mit militärischen Aufzählern, Sittenverbrechern
und Dieben zusammenbringt, seine spätere Abseppung in der grau-
samsten Isolierhaft führen zu einem gänzlichen Umschwung seiner An-
schauungen. Er erkennt vor allem, daß das Bild, das
er sich ganz im Sinne der guten Gesellschaft von
den Verbrechern gemacht hat, in jedem Zuge falsch ist.
Und er erkennt weiter, daß die „Strafe“ in ihrer heutigen
Gestalt keinen Schutz vor dem Verbrechen bietet, die ihr Ver-
fallenen nicht bessert, sondern vielmehr in ihnen den Boden für
künftige kriminelle Ausbeutung vorbereitet.

Maxim Gorki ist in seinen „Aleinbütern“ die Witwe des
Gefängnisdirektors von den Arrestanten erzählt: „Sie sind solche
Sonderlinge, wenn man sie sich näher anschaut. Ganz prächtige
einfache Leute. Wenn ich sie so anseh, hielt ich es nicht für möglich,
daß dieser da ein Mörder war, jener dort einen Raub verübte, und
jener dritte sonst etwas Schreckliches begangen hätte.“ Mit gleicher
Sorgfalt hält Leuf den Verbrecher und das Verbrechen auseinander,
und er findet wie Gorki in dem Zuchthändler den Menschen wieder.
Er versteht, und versteht es für alle Einsichtigen glaubhaft, daß
die Genossen seines Leidens sich von andern Menschen, wie sie der
Zufall so zusammenbringt, durchaus nicht nachteilig unterscheiden.
Er rühmt an ihnen ihr lebhaftes Gefühl, ihre immereifrige Hilfs-
bereitschaft. Er sieht in ihnen keine Hoffens- und Verabscheuungs-
würdigen mehr, sondern Leute, die ererbte Eigenschaften oder soziale
Verhältnisse zum normalen Leben untüchtig gemacht haben.

Der Zweck einer vernünftigen Rechtspflege sollte nur sein, diese
Entgleisten der Welt zurück zu gewinnen. Statt dessen findet er
aber, daß unsere Strafanstalten darauf eingerichtet sind, den Menschen
und das Gefühl seiner menschlichen Würde in ihren Pfinglingen zu
erlöten, sie durch Schwächung und Herabwürdigung geistiger und körper-
licher Fähigkeiten für den offenen Kampf des Lebens untüchtig zu
machen. Er gestört das Lieblingsmärchen unserer konservativen
Bestienzüchter von der „zu humanen“ Strafrechtspflege und von der
Sehnsucht der Gewohnheitsverbrecher nach dem Zuchthaus. Er
schildert das Schicksal des Zuchthändlers von der Einlieferung und
der ersten Anrede mit dem entehrenden „Du“ bis zu der Folter des
Lattenarrestes und der Schenksfähigkeit der Prügelsstrafe. In unseren
Gefängnissen werden Menschen an einen Block geschnallt
und ihr entblößtes Gesicht mit der Peitsche zu einem
blutigen Drei verarbeitet — und die Welt hört nicht nur
gelassen das Geschrei dieser Opfer, sondern ein Teil von
ihm leidet denen noch ein geneigtes Ohr, die die Prügelsstrafe nicht nur
als Disziplinarmittel des Zuchthaus, sondern auch als Normal-
strafe für bestimmte Verbrechen gelten lassen wollen. In diesem
Zusammenhang gewinnt man erst die richtige Hochachtung für die
Arbeiter von Wittweiba-Limbach und begreift, wie sehr ihr Feld-
geschrei: „Anuten-Dortel muß raus!“ die Lebensüberzeugung einer
vorrückenden Kulturbewegung gewesen ist!

Leuf schildert die Trostlosigkeit und Gesundheitschädlichkeit der
Zuchthausarbeit. Er weist mit Recht darauf hin, welcher vollendete
Widerstand es sei, die Inassen des Zuchthaus mit Rücksicht auf die
Konkurrenz, die man den Kapitalisten nicht machen will, absichtlich
und geistlich zu einer unzureichenden, unwirtschaftlichen und
daraus völlig freudlosen Arbeit zu erziehen. Er klagt über die un-
zureichende Beheizung der Zellen, wie sie in seiner Anstalt üblich
war, über die schlechte Ventilation, die zu dünne Kleidung, die
unzureichende fettlose Ernährung, über den Mangel ärztlicher Pflege
und den Gang, jedes Leiden selbst bis zum Tode des Kranken als
Simulation zu behandeln und mit Disziplinarmitteln beseitigen zu
wollen. Er richtet schwere Anklagen gegen die heuchlerische Ver-
logenheit der „guten Führung“, die korumpierende Allmacht der
Direktoren, und es ist wohl nur besonderen glücklichen Umständen,
der Persönlichkeit des Anstaltspastors zuschreiben, wenn er von dem
vierteljährlichen Anlauf der religiösen Erziehung nichts zu erzählen weiß.
— Wenn man sich dessen erinnert, wie viele im Zuchthaus und
im nicht viel besseren Gefängnis schmachten, deren Thaten vor einem

höheren Stuhle als dem unser Richter als schuldlos, wo nicht
gar als recht und verdienstvoll erscheinen, so kann man, was Leuf
erzählt, nicht ohne Zähneknirschen lesen.

Gerade die Persönlichkeit des Pastors, deren Leuf mit so un-
endlicher Dankbarkeit und Verehrung gedenkt, weist darauf hin, daß
es nicht allein auf eine Reform von Maßregeln, sondern vielmehr
auch auf eine Aenderung des Menschenmaterials ankommt, das dem
Staate zur Vollziehung seiner Strafrechtspflege den Arm leihet. Der
Verurs, in den schwierigsten, ja oft in verzweifeltsten Fällen fürsorgliche
und liebevolle Menschenenergie zu leisten, sollte — wäre
die Möglichkeit dazu vorhanden, ihn wirklich zu üben — als einer
der edelsten und ehrenvollsten gelten. Daß nicht jeder Offizier a. D.,
nicht jeder ehemalige Unteroffizier sich für ihn eignet, ist klar.

Uebrigens gehört dieser letzte Gedanke, so gut und schlecht er
sein mag, dem Kritiker, nicht dem Autor an. Dieser beschränkt sich
im wesentlichen auf die Darstellung dessen, was ist, und beschränkt
sich dort, wo es sich um die positive Ausgestaltung unserer kriminellen
Rechtspflege handelt, auf sehr gelegentliche Anregungen.

Er hat wohl selbst gefühlt, daß er damit ein Gebiet betreten
würde, auf dem es innerhalb der heutigen Verhältnisse keine Lösungs-
möglichkeit giebt, die den Ansprüchen einer gesteigerten menschlichen
Kultur genügen würde. Solange die Gesellschaft dem Großteil ihrer
Angehörigen so wenig Annehmlichkeiten des Lebens zu bieten
hat wie heute und die Verbrecheranstalt dabei immer noch
die unterste Stufe aller als menschlich noch denkbaren Lebens-
möglichkeiten darstellen soll, bleibt dieser nichts andres übrig, als
zur Hölle herabzusinken. Solange die Gesellschaft keine Einrichtungen
kennt, die dem Zwecke dienen, auch dem minder Thätigen freie
und erträgliche Daseinsbedingungen zu schaffen, kann auch die Verbrecher-
anstalt ihre Zöglinge für den Konkurrenzkampf des offenen Marktes
nicht genügend wappnen. Zeigt sich also auch in der Ferne das
Ideal eines „Strafvollzugs“, der nicht mehr als der Vollzug einer
„Strafe“, nicht mehr als die Ausbildung eines düsteren und zwecklosen
Rächeramtes erscheint, das viel eher darauf gerichtet ist, den sozialen
Schaden des Verbrechens zu heilen, als an dem Verbrecher den Jorn
der geschädigten Gesellschaft auszulassen, so zeigt sich in letzter
Konsequenz nicht minder klar, daß dieses Ideal innerhalb der
heutigen Gesellschaftsformen nicht zu erreichen ist. Die heimliche
Liebe für eine „humane“ Straferziehung, die der Verfasser
gelegentlich verrät, seine kriminalistische Südfsee-Romantik würden
ihm wahrheitsgemäß vergangen sein, wenn er — was ihm niemand
wünscht — seine Erfahrungen auch auf dieses Gebiet hätte
ausdehnen können.

Es ist nicht einzusehen, warum der Staat in Hannover nicht
ebenso gut für einen „humanen“ Strafvollzug sollte sorgen können
wie auf irgend einer Südfsee-Insel. Und wenn der Verfasser mit
seiner günstigen Schilderung der Kriminellen recht behalten will, wird
er die wenigsten von ihnen als solche betrachten dürfen, vor denen
sich die Gesellschaft nicht anders als durch ihre räumliche Ausstoßung
schützen kann.

Gleichwohl bleibt das Buch von Leuf ein interessantes und
tapferes Buch, dem man nicht zutraut, daß es einem unreinen
Sensationsbedürfnis entsprungen sein könnte, und dem man ebenso
gut den ehrlichen Willen zu bessern anmerkt, wie die psycho-
logische Vertiefung und sachliche Vielseitigkeit, die eine Frucht
erzwungener Einsamkeit sind. Man kann das menschliche Schicksal
des Verfassers noch nachträglich bedauern, — daß ihm das ent-
sprungen ist, was uns in seinem Buche vorliegt, braucht glücklicher-
weise niemand zu bedauern, als etwa ein blaffer Philister oder ein
gepudertes Joppe. Die Socialdemokratie hat die Wichtigkeit jenes
Kapitels, das Leuf behandelt, längst erkannt, die Erfahrungen, die
ihre Anhänger darüber gemacht haben, sind allzu reichlich. Wo sie
in die Politik der deutschen Einzelstaaten eingreift, wie das jetzt bei
den preussischen Landtagswahlen geschieht, wird sie nicht müde
werden, den Klassenstaat auf jene positive Kulturarbeit hinzuweisen,
zu deren Vollbringung ihm Kraft und Wille fehlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober.

Eine Störung der Komödie.

Der zweite und letzte Tag der Verhandlungen des Frank-
furter Kongresses der antisocialdemokratischen
Arbeitervereine beschäftigte und verschärfte das Urteil, das
schon der erste Tag hervorrief: Es ist die Absicht, die Politik der
Freisinnigen Vereinigung auf das Gebiet der Gewerkschaftsbewegung
anzuwenden. Man will die Socialdemokratie durch Entgegenkommen
überwinden und die Arbeiter durch lockende Vorpiegelungen der
bürgerlichen Herrschaft dienstbar erhalten. Am weitesten geht in
dieser Politik der Kongression der Herrliche Arbeitersekretär von
München-Glabbeach, Giesberts. Er piff höchst radikal, wollte
nichts mehr davon wissen, daß die christlichen Gewerkschaften in erster
Linie den socialdemokratischen Erbfeind zu bekämpfen hätten; er ver-
trat die konfessionelle Neutralität, und obwohl er den Klassenkampf
verwirrt, bekannte er doch die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter
als Klassengenossen; Giesberts will eben die Socialdemokratie durch
Entgegenkommen unschädlich machen. Die Abneigung gegen die Aus-
nützung der Socialdemokratie zu konfessionellen Zwecken trat auch
sonst mit einer gewissen Entschiedenheit hervor.

Auf der andern Seite freilich treiben noch die Elemente ihr
Bösen, die nichts sind wie die gelehrigen Schüler der Kaplanokratie.
Da redet man sich in die Hut gegen die Anführer und predigt
wohl selbst noch die Harmonie mit dem Unternehmertum. Aber im
allgemeinen herrscht doch die Tendenz, eine Komödie des Radikalismus
zu spielen, um die Tragödie des Zusammenbruchs antisocialdemo-
kratischer Arbeiterpolitik aufzuhalten.

In diese wohlinszenierte Komödie socialpolitischer Himmel-
stärkerlei plagte nun eine sehr unliebsame Stundgebung, die mit
einem Streich das ganze fromme Gewebe zerriß: Der Bund
der Landwirte, als die Organisation der Tobfeinde des
Proletariats, schickte eine Beglückwünschung und erklärte sich mit
den Bestrebungen des Kongresses einverstanden, der sich eben erst
für das Koalitionsrecht der Landarbeiter und des Gesundes sowie
für die Teilnahme des ländlichen Proletariats an den Arbeits-
kammern erklärt hatte. Der Bund der Landwirte war eben so un-
diplomatisch, den Kongress zu nehmen, wie er ist, nicht wie er
scheinen will, als eine verkleidete Kampforganisation gegen die
Socialdemokratie zur Verführung der Arbeiter, ihre Lebensinteressen
preiszugeben.

Der Giesberts war über diese agrarische Tolpatschigkeit so
fassungslos, daß er im ersten Schreck den kompromittierenden
und entlarvenden Glückwunsch für — Ironie erklärte. In der That
war nichts so geeignet, die auf dem Kongress anwesenden Arbeiter
über den inneren Hohn der Veranstaltung aufzuklären und sie zu-
gleich — angesichts des dänischen Jollwunders — zu überzeugen,
daß mit nur gewerkschaftlichen Bestrebungen nichts getan sei.
Was nützt dem Proletariat eine mühsam erlämpfte Lohnerhöhung,
wenn sie ihm von dem Junkertum in Gestalt höherer Lebensmittelpreise
wieder abgenommen wird!

Der Glückwunsch des Bundes der Landwirte ist in Wahrheit
Ironie — die Ironie nämlich, die in jeder antisocialdemokratischen
Socialreform notwendig steckt. —

Deutsches Reich.

Die deutsche Polizei im Dienste Stierchens.

Am 26. d. Mts. fand vor der 163. Abteilung des Berliner
Schöffengerichts in der Dirksenstraße eine Verhandlung gegen den
Kausen Peter Krafftloff wegen Führung falschen Namens und Ver-
wendung eines falschen Passes statt. Die Vorgeschichte des Falles
ist folgende.

In der Konstrabe 55 zu Charlottenburg wohnt bei Frau Haad
seit längerer Zeit ein Russe unter dem Namen Popoff. Am
13. d. Mts. traf bei ihm, aus Genuf kommend, der Angestellte ein, der
die Nacht bei Popoff zubrachte. Am 14. d. Mts., morgens gegen
1/2 Uhr, erschienen zwei Herren, von denen der eine russisch sprach,
in der Wohnung der Frau Haad, erkundigten sich nach Popoff und
begaben sich ohne weiteres in sein Zimmer, wo sie P. im Bette,
Krafftloff auf dem Sofa liegend antrafen. Sie bittierten zunächst
Popoff und nahmen ihm die Papiere, die er bei sich trug
ab, fragten Krafftloff nach seiner Legitimation und nahmen
auch ihm alle Papiere ab. Die beiden solchgeglakt über-
fallenen, die beide nur sehr mangelhaft deutsch sprechen und noch
weniger verstehen, protestierten vergeblich gegen das Vorgehen der
Herren, von denen sich dann der eine als Kriminalbeamter (es war der
Kriminalwachmeister Wienek [?]) auswies. Nun rief der Beamte
die Frau Haad ins Zimmer, „als Zeugin“, wie er sagte, und durch-
suchte mit seinem Begleiter alle Verhältnisse, Papiere usw. des
Popoff und nahm einiges an sich. Die beiden Russen — jeder von
ihnen hatte mehrere Pässe; Krafftloff bezeichnete zunächst einen auf
den Namen Oshetghieff lautenden Paß als den feimigen! —
wurden schließlich verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen.
Eine alsbaldige Vorstellung des Rechtsanwalts Dr. R. Liebnecht
auf dem Polizeipräsidium ergab, daß man die Russen im Verdacht
des Scherensammungels habe, daß ihr Neglonosierung durch die
ausländischen, besonders russischen Behörden erstrebt werde, daß die
Einleitung eines Strafverfahrens ebenso wenig wie eine Ab-
schiebung nach Rußland, vielmehr ihre Ausweisung aus
Preußen geplant werde, und daß die Leitung der ganzen
Sache in den Händen des Polizeiministers selbst liege.
Kurz nach dieser Vorstellung wurde gegen beide Russen und zwar
unter dem 17. d. Mts. ein Strafverfahren wegen der Eingangs-
bezeichneten Delikte eingeleitet; die Angeklagten wurden nach der
Stadtwache in Untersuchungshaft gebracht und noch am gleichen Tage
der Polizei-Übertretungsabteilung des Amtsgerichts 1 Her, Abtei-
lung 151, zur sofortigen Aburteilung ohne Schöffen vorgeführt.
Da beide zum Teil leugneten, mußten sie dem Schöffengericht über-
wiesen werden. Popoff wird sich am 31. d. Mts. vor der Abteilung 164,
Dirksenstr. 16, zu verantworten haben.

Beachtenswert ist, daß nicht nur scharfe Isolierung der beiden
„zur Verfügung der Abteilung VII des Polizeipräsidiums“ stehenden
Delinquenten, die nach Landstreicherart in blaue Gefängnisleiden
gesteckt wurden, von niemand angeordnet, sondern auch vom
Polizeipräsidium um Mitteilung vom Ausgang der Strafverfahren
und um Wiederzuführung der Beschuldigten“ ersucht ist.

Nach dem Polizeibericht ist die Verhaftung „wegen politischer
Umtriebe“ erfolgt.

Am 26. d. Mts. wurde Krafftloff vom Rechtsanwalt Dr. Karl
Liebnecht verteidigt. Er gab teils in gebrochenem Deutsch, teils
unter Zuziehung eines polnischen Dolmetschers zu, den falschen auf
den Namen Oshetghieff lautenden Paß, den er von einem Freund
erhalten habe, zu seiner Legitimation verwendet zu haben, bestritt
aber, noch außerdem einen falschen Namen geführt zu haben. Er
sei noch seiner politischen Thätigkeit in Rußland administrativ mit
drei Jahren Sibirien und einem Jahre „Zusatz“ oder „Zuschlag“
bestraft und erhalte keinen russischen Paß. Während er in der
Schwiz, Frankreich und England eines Passes nicht bedürfe, fordere
man ihn in Deutschland; so sei er zur Verwendung des
falschen Passes gezwungen worden. Der Vor-
sitzende begann sodann den Angeklagten über seine Beziehung zu
Popoff, den Zweck seines Besuchs in Berlin und dergleichen zu
inquirieren. Der Verteidiger widersprach dem als nicht zur Sache
gehörig; — als Verteidiger müsse er dem Angeklagten raten, diese
Frage nicht zu beantworten. Der Angeklagte erklärte schließlich,
er habe eine Bestellung von einem Bekannten für Popoff gehabt.

Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Polizeikommissars
Wienek, der bestätigte, daß sein Begleiter ein deutscher Kriminal-
schutzmänn gewesen sei, „wir haben Schutzhente, die russisch sprechen!“
Durch den Zeugen ist die Verhaftung Popoffs — im Widerspruch
mit dem Polizeibericht — wegen Verdachts der Führung eines
falschen Passes erfolgt; Krafftloff habe man nur zufällig mit ge-

*) Hans Leuf: Aus dem Zuchthause. Verlag von Johannes
Rabe, Berlin.

Fakt. — Verteidiger: Warum ist der Angeklagte nicht nach Gesetzesvorschrift (§ 116 Strafprozess-Ordnung) binnen 24 Stunden nach der Festnahme dem Richter vorgeführt? — Zeuge: Es hat sich doch um ein „administratives Verfahren“ gehandelt! — Verteidiger: Wir sind doch nicht in Ausland! Was soll denn das heißen: „administratives Verfahren“? — Der Zeuge schweigt. Auf weiteres Befragen verweigert er die Auskunft über den Verbleib der beschlagnahmten Papiere. Der Verteidiger betont, daß bei der Durchsichtung insbesondere der Papiere und der Beschlagnahme alle Garantien der Strafprozess-Ordnung aufs größtmögliche verletzt worden sind. Weder lagen die Voraussetzungen — Verdacht einer strafbaren Handlung u. dergl. — vor, noch sind die erforderlichen zwei Gemeindeglieder zur Durchsichtung zugezogen, noch endlich sind die vorgeschriebenen Mitteilungen über den Grund der Durchsichtung und die beschlagnahmten Sachen gemacht (§ 107 der Strafprozess-Ordnung). Die Durchsicht der Papiere aber hätte unter allen Umständen nur durch einen Richter vollzogen werden dürfen (§ 110 der Strafprozess-Ordnung.)

Der Staatsanwalt beantragt für Führung falschen Namens und Verwendung des falschen Namens je sechs Wochen Haft, das heißt je die gesetzliche Höchststrafe; der Angeklagte habe gemeingefährlich gehandelt; er sei politisch vorbestraft und habe zweifellos politischen Umlrieben gebührt.

Der Verteidiger wandte sich gegen die Annahme zweier Handlungen und wies mit Schärfe den Versuch zurück, den Angeklagten, der das Recht zu allen erdenklichen politischen Gesinnungen habe, wegen seiner Gesinnung zu bestrafen, die man übrigens noch gar nicht kenne; außerdem sei Krassloff Sozialdemokrat wie drei Millionen deutscher Reichsbürger. So weit aber geheimnisvolle Andeutungen über gemeingefährliche politische Umlrieben des Angeklagten gemacht wurden, forderte der Verteidiger eine klare Beschreibung dieser Thaten des Angeklagten; Verdachtsstrafen können vor Gesetz und Gerechtigkeit nirgends bestehen.

Der Angeklagte wurde zu drei Wochen Haft verurteilt. —

Liberaler Unfug. Auf unsere gestrigen Bemerkungen über die freijährigen Abwehrverträge gegen unser Landtagswahl - Flugblatt spricht heute die „Freiwillige Zeitung“ von „Verleumdung“ und sagt: „Der „Vorwärts“ bezeichnet es jetzt wieder als „Minderheit“, wenn man es so darstelle, als ob die Sozialdemokratie die Freiheit der Produktion vernichten, alle Selbstständigkeit der Betriebe aufheben wolle.“ — Was bezweckt denn anders die in Dresden proklamierte Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung? Wie kann eine Freiheit der Produktion, eine Selbstständigkeit der Betriebe bestehen, wenn alle Produktionsmittel in den Besitz der Staatsgewalt übergehen?

Der freijährig verfeinerte Verstand erkennt in der heutigen Wirtschaftsordnung eine Freiheit der Produktion und eine Selbstständigkeit der Betriebe. In Wahrheit sind heute die meisten Betriebe nicht selbstständig, sondern abhängig einerseits vom Finanzkapitalisten, andererseits von den Beschäftigten des Marktes. Und gar „Freiheit der Produktion“, da die ungeheure Mehrzahl der produzierenden Menschen in jämmerlichster Abhängigkeit und Lohnsclaverei leben müssen. Erst durch die Befreiung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und durch ihre Ueberführung in die Hände der Gesamtheit werden die jetzt unterdrückten Produktivkräfte der Menschen sich frei und selbstständig entfalten. —

Zu Zwangsverhaftungs-Verfahren gegen den Redakteur Salis von der „Panlober Zeitung“ ist eine Wendung eingetreten. Redakteur Salis war zu einer Geldstrafe von 300 M. bzw. 6 Wochen Haft verurteilt worden, weil er sich weigerte, denjenigen anzugeben, der ihm die 15 500 Mark-Angelegenheit mitgeteilt hatte. Weiter war ihm Zwangshaft angedroht worden, falls er auf seiner Weigerung trotz der ersten Strafe beharrte. Im neuen Termin am Montag lehnte Salis wiederum ab, seinen Gewährsmann zu nennen. Der Richter sagte darauf folgenden Bescheid: „Zur Aufstellung der Angelegenheit gehen die Akten in der Disziplinarfrage gegen Unbekannt pp. an das königliche Landratsamt des Nieder-Bairner Kreises, Herrn v. Reszdorf, zurück, mit dem Anheimgenben, dem Panlober Amtsvorsteher, Herrn Gottschall, aufzugeben, die sämtlichen Panlober besoldeten Gemeindebeamten, ausschließlich der Ratswähler, amtlich darüber zu vernehmen, wer von ihnen die beanstandete 15 500 Mark-Rotiz seiner Zeit in die „Panlober Zeitung“ gebracht hat. Der Zeuge Redakteur Friedrich Salis ist zu entlassen.“ Man mußte also auch in diesem Falle einsehen, daß es aussichtslos ist, Redakteure durch Haftandrohung zum Verrat anzulocken. —

Der nervöse Wörder. Es wird offiziös gemeldet:

„Auf Ersuchen des Gerichts der 1. Gardedivision ist am 13. d. M. der Strafgesangene Prinz Prosper von Arenberg in die Abteilung für Kerkerkrankheiten bei der Strafanstalt in Moabit hier, Lehrterstr. 1-5, übergeführt worden. Auf Ersuchen des Gerichts hatte der Generalstabsarzt der Armee eine Kommission zur Ermittlung eines Gutachtens über den Gesundheitszustand des Gefangenen ernannt. Diese Kommission hat eine längere Beobachtung des Gefangenen in einer Irrenanstalt für erforderlich erachtet und dafür die Eingangs bezeichnete Anstalt vorgeschlagen.“

Sollten die Amusements, die der Herr Prinz sich im hannoverschen Gefängnis leisten durfte, die im afrikanischen Nord gestärkten Kerben so sehr geschwächt haben? —

Eine Begründung. Der „Straßburger Post“ zufolge ist die gegen den früheren Oberleutnant Kueger, zuletzt im Infanterie-Regiment Graf Warth in Würzburg, durch oberkriegsgerichtliches Urteil der 33. Division in Weib vom 30. März 1901 verhängte Zuchthausstrafe von sechs Jahren durch Gnadenersatz des Kaisers für den verbleibenden Rest in gleichdauernde Gefängnisstrafe umgewandelt worden. Kueger, der bei der ersten Compagnie stand, hatte seiner Zeit den Chef der neunten Compagnie, Hauptmann Adam, erschossen. —

Die sächsische Wahlrechts-Konferenz, welche die Regierung eingeladen hatte, hielt am Montag in Dresden eine längere Beratung ab. Schon die Zusammenkunft der Konferenz sagt genug; fast ausschließlich nahmen an ihr teil Mitglieder der ersten und zweiten Kammer, die als Feinde jedes gerechtem Wahlrechts bekannt sind, dazu einige Vertreter von Handelskammern und Oberbürgermeistern, von denen man weiß, daß sie nur daran denken, für den Industrieskapitalismus eine „Reform“ des Wahlrechts herbeizuführen. Vorsitzender der Vollversammlung hat die sächsische Regierung nicht nötig, um das Wohl des Volkes zu finden. Ueber Ergebnis oder Ergebnislosigkeit der Konferenz ist noch nichts bekannt. An die früheren Mitteilungen über den Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung vorgelegt wurde, reicht sich jetzt noch dies, daß „alle diejenigen Wähler, welche den Berechtigungschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erworben haben, ohne Rücksicht auf ihr Einkommen der 2. Wählerklasse, und alle diejenigen, welche eine akademische Prüfung abgelegt haben, der 1. Wählerklasse zuzuweisen seien.“ Sicher ist nur das eine, daß die herrschenden Reaktionskräfte entfernt nicht daran denken, eine einigermaßen lokale Reform herbeizuführen. —

In einem Käfig wird die Stadt Mey jetzt aus militärischen Gründen verwandelt:

Der französische „Temps“ behauptete vor einigen Tagen, daß die Festung Mey in einem Umkreise von 22 Kilometern mit einem Schutzgürtel umgeben werde. Die deutschen Mächte betrauteten diese Meldung zunächst als eine Mär. Jetzt fährt aber die „Loth. Zig.“ aus, daß die Abschließung der Stadt durch Wälle und Gräben — die jetzt fortfällt — keine genaue Ueberschau der Bevölkerung und Beobachtung ein- und ausgehender Personen ermöglichte. Es werde selbst bei stärkster Prüfung nicht mehr gelingen, Späherer zu unterbinden. In diesem Zweck werde jetzt ein Gürtel gebaut. Die Linie soll ungefähr folgenden Lauf nehmen: Von Montigny, wo es wahrscheinlich bis an die Rojel geführt wird, an Fort Württemberg vorbei, über die Zugspitze, Orange-aux-Ormes — Gorge-aux-Sablons — und

weiter die östliche Fortlinie mit einander verbindend. Bei Orange-aux-Ormes steht bereits ein großer Teil des Gürtels. Es wird gerade mit schwarzer Farbe angefrischen. Die westliche Seite von Mey wird kein Gürtel erhalten, da dort noch die ehemaligen Gürtelthore stehen geblieben sind, die im Mobilmachungsfall sofort geschlossen werden können. Das Gürtelwerk, das aber 2 Meter hoch ist, besteht aus starken eisernen Stangen, deren Spitzen umgebogen sind. Dort, wo die Anlage Straßen kreuzt, werden Läden gelassen, die im Ernstfall durch Thore zu schließen sind.

Majestätsbeleidigungs-Prozess. In Magdeburg wurde am Dienstag der Buchdruckermeister Schulze aus Schwanebeck wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Festung verurteilt. Er war durch einen Friseur demuziert worden. —

Bürgerliche Heuchelei. Die bürgerliche Presse von der „Staatsbürger-Zeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ — empfindet eine herzliche Freude, daß unser Genosse Singer genötigt war, sich als Zeuge in dem Prozeß der Dame Schettler kommissarisch betheiligen zu lassen. Es dient dieser ehrenwerten Presse zum Vortaus, in erlogener Weise die intimsten Privatverhältnisse unsres Genossen dreit zu treten.

Der tiefste Grund des bürgerlichen Entzückens liegt darin, daß man nun hofft, die Sozialdemokraten würden es künftig unterlassen, die Skandale der bürgerlichen Welt zu kritisieren. „Der immer so hochfahrend die Gebrechlichkeit der Moral anderer Leute in Grund und Boden verurteilt, für den ist eine solche Affaire recht peinlich“, triumphiert Roffes-Organ. Und die alleweil vornehm „Tägliche Rundschau“ will die Privatangelegenheit nur deshalb erwähnt haben, um „wieder einmal und mit allem Nachdruck auf die innerliche Unwahrscheinlichkeit der sozialdemokratischen Methode aufmerksam zu machen“.

Die innerliche Unwahrscheinlichkeit ist ganz auf Seiten der Gegner. Niemals ist es einem sozialdemokratischen Blatt eingefallen, darüber sich aufzuhalten, daß dieser Kommerziant, Staatsanwalt, Prinz mit jener Tänzerin oder Sängerin zarte Beziehungen pflege. Nur dann haben solche Aufdeckungen ihre Bedeutung, wenn es gilt, die Heuchelei der Gesellschaft zu entlarven, die für Ordnung, Religion und Sitte streitet und über die „freie Liebe“ jertet die, wie sie behaupten, von der Sozialdemokratie gepredigt wird. Die Sozialdemokratie hat sich niemals solcher Zügelhaftigkeit gerühmt und sie kann man deswegen auch nicht des Widerspruchs zwischen Wort und That zeihen. Gerade der Schettler-Prozess könnte Anlaß geben, die doppelte Durchführung der sittlichen Gesellschaft wieder einmal zu entfallen. Die bürgerliche Presse weiß sehr wohl, daß auf der Zueignung des Prozesses sehr klangvolle Namen der bürgerlichen Welt prangen, Namen von Leuten, die zu jenen zentrumskommen Kriegsräten der Reichshei, Verteidigern der lex Heinze und Anhängern der sozialdemokratischen Unstillschkeit gehören, die zu nennen gerade diesmal sehr verlockend wäre. Vielleicht legt sich die bürgerliche Presse aus diesem Grunde einige Reserven auf.

Auch unser Urteil über die sociale Juridikalität der Prostitution bleibt durch die Erkenntnis unangetastet, daß sie unausrottbar in den bestehenden Zuständen wurzelt und unter Umständen zum Bedürfnis auch für diejenigen wird, die ihre Verwerflichkeit innerlich voll empfinden.

Uebrigens ist es selbstverständlich eine Lüge der „Staatsbürger-Zeitung“, wenn sie behauptet, Genosse Singer habe sich durch einen Vortrag in der Vernehmung im Gerichtstermin entzogen. Singer hat in der That eine Erholungsreise angetreten, die er mit der Informationsfahrt nach Elberfeld verbinden konnte; er ist nicht nach Berlin zurückgekehrt. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Fortschritte des Merkantilismus.

— Wien, 24. Oktober.

Am vorigen Sonntag schrieb das „Waterland“, die österreichische „Germania“: „Heute finden in Wien nicht weniger als acht große Veranstaltungen statt, die alle in gleicher Weise das Interesse der katholischen Wiens in Anspruch nehmen. Da ist zuerst die Konsekration der Canisiuskirche. Nachmittags und abends folgen dann: eine Fahnenweihe in der Canisiusstraße, an die sich eine gefellige Zusammenkunft anschließt, eine Festversammlung des katholischen Gesellenvereins, eine Plenarversammlung des katholischen Frauenvereins, die Generalversammlungen des Sancti Raphael-Vereins und der „Kanonin“; dazu kommt noch das fünfundsiebzigjährige Kirchweihjubelium der Lazaristen in Währing und das Wohlthätigkeitsfest im Kurfalon. Das ist entschieden etwas zu viel für einen Tag; sowohl für das Publikum, das diese Veranstaltungen besuchen will, als auch für die Blätter, die darüber berichten sollen.“ In viel also für die Streberchristen, die bei jedem frommen Spektakel dabei sein wollen, aber wohl nicht zu viel für das bürgerliche Wien, das sich dem merkantilen Joch mit ungerührtem Behagen unterwirft. Die Merkantilen iden jetzt in Oestreich; die Ernte, denken sie, wird schon kommen, wenn ihr Protektor kommen wird.

Es ist nicht mehr zu übersehen, daß sich in Oestreich eine Renaissance jenes schwarz-gelben Oestreichertums vorbereitet, das zwar dem Hause Habsburg den Verlust seiner Weltstellung eingetragen hat, aber dennoch jederzeit als die Rettung Oestreichs gepriesen wurde. Die Auserkennung bereiten zwei Männer vor: Franz Ferdinand, der Thronfolger, dessen merkantile, anti-ungarische Gesinnungen die Hoffnung aller derer sind, denen der durch schlimmste Erfahrungen gewandelte jetzige Kaiser zu milde und nachgiebig scheint, und Karl Lueger, der christlichsoziale Häuptling, der es verstanden hat, den verstaubten Provinzialmerkantilismus für den Großstadtpöbel aufzufügen und „wienersch“ auszusatten. Immer deutlicher heuert der Kurs auf den offenen Konflikt mit Ungarn hin und jeder Schritt der Krone wird von dem Heulen der christlichsozialen Schorrmacher begleitet, die allen Ernstes meinen, die nichtmagyarischen, natürlich zumeist unkerischen Rationalitäten gegen die Herrschaft Budapests führen zu können. Hinter der ungeschlachten Rabaupolitik der Wiener Kaiserlichen verbirgt sich thatächlich ein Plan auf lange Sicht: die Aufrichtung jenes Oestreichs, dessen zerstreute Teile von dynamisch-merkantilen Begeisterungen zusammengehalten werden. Zwar ist dieses Oestreich schon einmal auf dem Schindanger der Weltgeschichte verreckt, aber das hindert nicht, daß es immer neue Liebhaber findet. —

Das neue ungarische Ministerium. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Der Austritt der Wponyngruppe aus der liberalen Partei ist nunmehr entschieden. Die Zahl der Abgeordneten, die sich dem Grafen Wpony angeschlossen werden, ist noch ungewiß. Das Ministerium soll sich, wie es heißt, folgendermaßen zusammensetzen: Präsidium und Inneres Graf Tisza, Finanzen v. Lulacs, Handel Hieronymi, Unterricht Verzevich, Honnbedminister Kozlovsky, Minister für Kroatien und Slavonien Jospovich. —

Frankreich.

Französische Bevölkerungsstatistik. Paris, 26. Oktober. (Sig. Ver.) Nach dem amtlichen Bericht hat sich im Jahre 1902 ein Ueberfluß von Geburten über Todesfälle in der Höhe von 83 944 ergeben, während 1901 der gleiche Ueberfluß nur 72 308 betrug. Aber dieses bei dem Stillstand der französischen Bevölkerungszahl relativ günstige Ergebnis hat zur Ursache nicht eine Zunahme der Geburtenzahl, sondern ausschließlich einen Rückgang der Sterblichkeit. Man zählte nämlich 1902 — 11 806 Lebendgeborene weniger und 23 432 Todesfälle weniger als 1901.

Die Zahl der Geburten betrug 885 598, davon 845 878 Lebendgeborene und 40 218 Totgeburten. Von den ersteren waren 771 307 ehehlich und 74 071 unehelich geboren. Im Vergleich zur Durchschnittszahl der Lebendgeborenen im Jahrzehnt 1892—1901 weist jedoch die Geburtenzahl von 1902 eine Zunahme von 6712 auf.

Der Rückgang der Todesfälle im Vergleich zur Durchschnittszahl des letzten Jahrzehnts beträgt 58 405 — 761 434 Todesfälle im Jahre 1902 auf fast 819 839. Auch 1901 war ein ähnliches Sinken der Sterblichkeit zu verzeichnen: 784 876 gegen 853 285 Todesfälle im Jahre 1900.

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung beträgt der Zuwachs für 1902 — 22 pro 10 000 gegenüber 19 pro 10 000 im Jahre 1902 und bloß 6 pro 10 000 im Jahrzehnt 1891—1900, wofür letzteres vier Jahre mit einem Ueberfluß von Todesfällen aufweist.

Alles in allem zeigen die beiden letzten Jahre einen geringen Fortschritt: deren durchschnittlicher Geburten-Ueberfluß beträgt 20 pro 10 000 gegen 13 pro 10 000 im vorausgegangenen Jahrzehnt. Um die Fertigkeit dieses Ueberflusses nicht als Anzeichen einer künftigen Verinerung zu betrachenden Fortschritts des Anhängens des Zweifels-Systems zu Gemüte zu führen, bringt noch der amtliche Bericht eine vergleichende Tabelle des Bevölkerungszuwachses in den westeuropäischen Ländern. Im Jahrzehnt 1896—1900 betrug dieser in Deutschland 147, in Oestreich 116, in Ungarn 115, in Belgien 109, in Großbritannien 116, in Holland 150, in Italien 110, in Norwegen 148, in Schweden 108 pro 10 000. Dabei sind diese Zahlen in der Regel seit 30 Jahren und mehr im stetigen Wachsen begriffen.

Italien.

Kabinettskrise. Den Zeitungen zufolge nehmen die Verhandlungen Giolittis zur Lösung der streitigsten Fortgang. „Tribuna“ schreibt, man glaube, Giolitti werde morgen über die Annahme oder Ablehnung des Auftrages zur Kabinettsbildung entscheiden können. Die „Italia“ meldet, hat der Postminister Gaimiteri erklärt, die Minister, welche jetzt zurückgetreten sind, würden in das neue Kabinet nicht eintreten. — Nach einer Meldung der „Tribuna“ geht der Palazzo Jarneje, in welchem die französische Botschaft ihren Sitz hat, von heute ab in den Besitz des französischen Staates über. —

Amerika.

Der britisch-amerikanische Grenzstreit in Alaska.

London, 22. Oktober. (Sig. Ver.) Der vor zwei Tagen von der britisch-amerikanischen Kommission gefällte Entscheid über den Grenzstreit in Alaska ist zwar von geringer historischer Bedeutung, jedoch verdient er eine kurze Besprechung, da er erstens einen Beweis bildet für das Bestreben Englands und der Vereinigten Staaten, die zwischen ihnen ausstehenden Differenzpunkte zu schlichten und freundschaftlich mit einander zu leben, dann zeigt er das wachsende nationale Bewußtsein Kanadas, schließlich kann er das Verhältnis zwischen England und Kanada vorübergehend trüben, da die Kanadier mit dem Entscheid nicht zufrieden sind und über Verrat ihrer Interessen klagen. Dem Streit liegen folgende Thatsachen zu Grunde:

Alaska, eine Halbinsel im äußersten Nordwesten Amerikas, gehörte bis zum Jahre 1867 zu Rußland, da es von einer russischen Expedition, unter Führung des dänischen Schiffahrers Vitus Bering, im zweiten Viertel des 18. Jahrhunderts entdeckt wurde. Den Anstoß zur Entdeckungsgreise gab der geniale Lejot Peter der Große knapp vor seinem Tode im Jahre 1725. Von einer klaren Abgrenzung des entdeckten Gebietes konnte damals noch nicht die Rede sein, denn geographisch-politische Abgrenzungen werden nur dann unternommen, wenn zwei Großmächte an einem Gebiete zusammentreffen. Dies geschah aber erst im Jahre 1825, genau hundert Jahre nach dem Tode Peters des Großen, als die Briten in Kanada vorwärts drangen. In jenem Jahre kam zwischen England und Kanada ein Vertrag zu stande, der dem von den Russen entdeckten Gebiete eine Grenze gab. Die eigentliche Halbinsel Alaska abzugrenzen, war leicht, aber zu ihr gehört noch ein Küstengebiet ungefähr vom 60. Grad bis zum 65. Grad nördlicher Breite westlich von British-Columbia, der nicht klar abgegrenzt wurde. Dieser Küstengebiet ist reich gegliedert, mit vielen Buchten und Inseln, so daß eine gerade Linie, wie sie das eigentliche Alaska von British-Amerika trennt, nicht angängig war. Dennoch gab der russisch-englische Vertrag von 1825 keine Klarheit darüber. Die damaligen Kontinentalen begünstigten sich mit vagen Begriffen, wie „ein jämaler Küstengebiet mit etwas Festland“. Lange Jahre gab diese Unklarheit keinen Anlaß zu Grenzstreitigkeiten. Als aber die Vereinigten Staaten die Halbinsel Alaska für 7,2 Millionen Dollar von Rußland kauften und als British-Columbia mit Kanada vereinigt wurde, begannen die Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarländern. Die Mißverständnisse wurden bedeutend verschärft durch die Goldentdeckungen vom Jahre 1867 im Gulongebiet, an der Grenze zwischen Alaska und Kanada. Seitdem haben die Kontroverben nicht mehr aufgehört. Um diesen Streit ein Ende zu machen, kamen die Vereinigten Staaten, England und Kanada am 24. Januar 1903 überein, eine Kommission einzusetzen, die die vorhandenen Verträge von 1825 und 1867 erklären soll. Die Kommission setzte sich aus sechs hervorragenden Juristen zusammen: drei aus den Vereinigten Staaten, zwei aus Kanada, einem aus England. Der Entscheid ist nun im großen ganzen eine Rechtfertigung der Forderungen der Vereinigten Staaten. Unterzeichnet wurde der Entscheid von den drei Vertretern der Vereinigten Staaten und dem Vertreter Englands, während die zwei Kanadier ihre Zustimmung verweigerten. Mit Ausnahme des Portland-Kanals (53° 56' nördlicher Breite, 130° westlicher Länge) gehören alle Buchten und Inseln zu den Vereinigten Staaten, demgemäß auch ein größeres Stück Festland als die britische Linie es wollte, aber nicht so groß wie die amerikanische Linie es zeichnete. — Die Nachrichten aus Kanada erzählen von großer Erbitterung über den Entscheid und von dem Wüthrauen, das dort gegen England Platz greift. —

Landtagswahl.

Bei der Aufstellung der Abteilungslisten werden häufig von den Gemeindebehörden Fehler gemacht, indem eine oder die andre der ziemlich verwickelten gesetzlichen Vorschriften unbeachtet bleibt. So sind uns Fälle bekannt geworden, in denen Wähler, die keine Staats-Einkommensteuer bezahlen, für die also drei Mark sog. stibter Steuer anzufehen sind, gegen die Vorschrift des Gesetzes doch als Wähler in der zweiten Abteilung aufgeführt sind. Wieder in anderen Fällen sind Wähler, die keine Staats-Einkommensteuer zahlen, aber zu anderen Steuern veranlagt sind, die gelegmäßigen drei Mark stibter Steuer nicht gutgebracht, wodurch ebenfalls die Abteilungslisten verstoßen werden.

Wir eruchen überall in Preußen, auch dort, wo wir uns an der Wahl nicht beteiligen, derartige Ungehelichkeiten festzustellen, und wo die Einbruchsfrist gegen die Abteilungslisten noch nicht verstrichen, Protest zu erheben. Am Tage der Abgeordnetenwahl kann vor Eintritt in die Wahlhandlung die Ungültigkeit stibter Wahlmannswahlen in solchen Urwahlbezirken beantragt werden. Erwünscht ist es auch, wenn derartige Ungehelichkeiten öffentlich besprochen werden. Diebeszügliche Mitteilungen bitten wir an unsern Genossen Dr. Leo Krone, Berlin NW., Prälken-Allee 8, gelangen zu lassen.

Von der liberalen Wählerversammlung, die am Montag in der Tonhalle stattfand, wird uns berichtet: Die Herren Dr. Raumann und Dr. Barth als Führer des neugegründeten sozial-liberalen Vereins hielten die Referate. Beide charakterisierten den Landtag als reaktionäre gesetzgebende Körperschaft und übten eine scharfe Kritik am dem Dreiklassen-Wahlrecht. Dr. Barth empfahl ganz besonders ein Zusammengehen der Freijährigen mit den Sozialdemokraten aus den Gründen, die er schon wiederholt in seinem Organ, der „Nation“, entwickelt hat. Zum erstens es als äußerst kurzfristig, daß die Freijährige Volkspartei die von ihm empfohlene Taktik nicht mitmachen wolle. Der Liberalismus müsse sich endlich davon überzeugen, daß eine ernste erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus und die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich ist. Seiner Ansicht nach habe allerdings auch die Sozialdemokratie geündigt, indem sie eine Verständigung mit den freijährigen Parteien nicht schon vor den

Arbeiten angekrebt habe. In der kurzen Zeit zwischen den Neuwahlen und Abgeordnetenwahlen werde sich in dieser Hinsicht kaum alles zur wünschenswerten Zufriedenheit regeln lassen, immerhin müsse es versucht werden. Die Hauptsache sei und bleibe die Schwächung des Junkertums. Bedauerlich sei, daß das Bürgerturn auf diesem Gebiete seit langem schon seine Schuldigkeit nicht mehr getan habe, sonst hätte der Liberalismus nicht so weit herunterkommen können. Er könne nur hoffen und wünschen, das liberale Bürgerturn möge seine thörichte Angst vor der Socialdemokratie endlich ablegen und mit dieser vereint in den Wahlkampf ziehen, dann erst werde die Reaktion geschwächt werden. — An der Diskussion beteiligte sich unter anderem ein Herr Flator, der die Juden aufforderte, gleich von vornherein für die socialdemokratischen Wahlmänner zu stimmen. Zu einer kleinen Kontroverse kam es dann noch zwischen dem Volkspartei-Apotheker Linke und dem Dr. Bernstein-Charlottenburg wegen der antisemitischen Äußerungen des Direktors Kopsch. Bekanntlich wurde Dr. Bernstein im Wahlkreise Torgau-Nieberten als freisinnig-volksparteilicher Kandidat von der Parteileitung nicht bestätigt, weil er jüdischer Abkunft ist. Alle Ablehnungsversuche des Direktors Kopsch bezeichnete Dr. Bernstein als wertlos. Seiner Ansicht nach sei das ganze Anadentum in der „Zimmerstraße“ antisemitisch durchgeleitet.

Die Verzögerung der Veröffentlichung der Wahlbezirke scheint von einigen Landräten und Gemeindebehörden geradezu bis zu einer Erschöpfung der Wahl ausgelehnt zu werden. So wird uns aus einer ganzen Reihe von Gemeinden, besonders aus preussischen Teilen Thüringens berichtet, daß die Veröffentlichung der Wahlbezirke noch immer nicht geschehen ist, obwohl und heute nur noch etwa vierzehn Tage von dem Tage der Wahlmännerwahlen trennen! Hierdurch wird die Auswahl und Aufstellung der Wahlmänner hinausgeschoben, da diese bekanntlich in demselben Wahlbezirk, wo sie aufgestellt werden, wohnen müssen. Neben allen gesetzlichen Chikanen wird die Wahl auch auf diese Weise erschwert.

Unsere Parteigenossen in Erfurt haben die Vorarbeiten zur Landtagswahl beendet und werden am nächsten Sonntag die Massenverbreitung eines Flugblatts vornehmen. Als Kandidat für den Kreis hat das socialdemokratische Wahlkomitee den Genossen Reichstags-Abgeordneten Paul Reichhaus aufgestellt. Wenn der Kreis auch von unserer Partei nicht zu erobern ist, so haben unsere Genossen doch die Gemuthung, das Jünglein an der Wage zu bilden, und von ihnen hängt es ab, ob der durchgefallene Reichstags-Abgeordnete Jacobslöcher oder der neugewählte Hagemann in das Abgeordnetenhaus einzieht. Die demokratischen wollen Herrn Jacobslöcher ein Pfälzerchen auf die erlittene Wunde legen, während die sogenannten Mittelparteiler Herrn Hagemann die Mittel zur Ausübung seines Reichstagsmandats, d. h. wenn ihm dies lange vergönnt sein sollte, durch das Abgeordnetenmandat beschaffen wollen.

Der Kongress der gelben Gewerkschaften.

Frankfurt a. M., 2. Oktober. (Eig. Ber.) Ueber die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine spricht der Vorsitzende des deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Wilhelm Schaaf-Hamburg. Er nennt die Berufsvereine die notwendige Ergänzung des Koalitionsrechtes und es sei nur logisch, den Berufsvereinen eine Rechtsfähigkeit zu verleihen. Für die Vermehrung oder Verminderung von Streiks sei die Frage praktisch ohne Bedeutung. Allenfalls könne man sagen, daß nach erlangter Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kein Streik mehr, wohl aber mancher weniger ausbrechen dürfte. Die ganze Frage sei eine reine Rechtsfrage. Die Bewegungsfreiheit der Vereine dürfe nicht unter einem Gesetze für die Verleihung der Rechtsfähigkeit leiden. Die Furcht vor der Socialdemokratie sei der Hauptgrund für die bisherige Verweigerung der Rechtsfähigkeit. Gerade die Gegner der Socialdemokratie sollten aber eine Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber der parteipolitischen begrüßen.

Reinhardt-Berlin legt Wert auf die zwingende Verleihung der Rechtsfähigkeit. Sie sei gerade im Interesse der Bekämpfung der Socialdemokratie notwendig. Die Socialdemokratie interessiere sich nicht für die Rechtsfähigkeit, weil die Massenverwaltung dadurch unter beherrschende Kontrolle komme. Unterstellungen würden dann nicht, wie jetzt, häufig so lange fortgesetzt oder unentdeckt bleiben können.

Wolf-Trier ist der Ansicht, daß ein Gesetz, das den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verleiht, so gefaltet werden müsse, daß eine Schädigung des Vermögens der Vereine ausgeschlossen ist. Die Diskussion wird hierauf geschlossen und der Kongress beschließt einstimmig, die Forderung nach Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit aufzustellen.

Ueber die Errichtung von Arbeitskammern spricht hierauf Arbeitsekretär J. Giesberts-Winschen-Glabbad. Seine Ausführungen gipfeln in der folgenden Resolution:

„Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht genommenen gesetzlichen Institutionen (Arbeitskammern) zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden“, noch nicht verwirklicht sind. Sie bedauert das um so mehr, als ähnliche Institutionen in Deutschland für andere Berufs-Klassen seit längerer Zeit bestehen und erfolgreich und nützlich wirken.“

Die Versammlung erklart in paritätischen Arbeitskammern ein wichtiges Mittel, a) der Verschärfung der Klassen-gegenüber und der damit verbundenen wachsenden Verbitterung und Entfremdung von Arbeiter und Arbeitgeber Einhalt zu thun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten insbesondere aus dem Arbeitsverhältnis, b) die Rechte und Interessen der Arbeiter sicher zu stellen und zu fördern und so den Arbeiterstand in seinem Bestreben, eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wirksam zu unterstützen.

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitskammern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Socialpolitik anzusehen. In diesem Sinne ersucht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, baldmöglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitskammern einzuleiten und vertritt die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhaft Propaganda zu machen.“

Redner hält die jetzigen gespannten Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber für ungesund. Er stehe nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, wolle also keine Verschärfung der Klassengegenüber. Es gebe auch neben unvernünftigen Arbeitgebern vernünftige. Leute freilich wie Tille und Bued werde man scharf bekämpfen müssen. Dazu seien aber gerade die Arbeitskammern geeignete Institutionen. Den organischen Aufbau könne man dem Reichstag überlassen, eine wichtige Frage sei aber das Wahlrecht der Arbeiter zu den Arbeitskammern. Er halte ein freies, gleiches und geheimes Proportionalwahlrecht nach der Art des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten für am besten. Mit den Gewerbegerichten müsse überhaupt eine Verbindung hergestellt werden. Die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen müsse den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen bleiben. Redner wendet sich gegen die Auffassung, die sozialen Reformen einzuführen, weil die sozialen Institutionen stets gleich in die Hände der Socialdemokraten fallen. So lange diese Institutionen von den Socialdemokraten gefesselt verwaltest werden, sei dieser Einwand nicht stichhaltig. Warum habe denn die Socialdemokratie so große Erfolge? Weil sie richtig und wirksam ist. (Zehr richtig!) Wir müssen mehr Ständes- und Klassenbewußtsein entwickeln, wir müssen uns besser organisieren, lebhafter agitieren. (Beifall.) Wir müssen auch mehr Front machen gegen das heutige Abhängigkeits- und Unterdrückungssystem des Unternehmertums. Das

patriarchalische System ist für Deutschland ein überwundener Standpunkt. Unseren bürgerlichen Parteien müssen wir das Gewissen schärfen. Wir haben auch zur Reichsregierung das Vertrauen, daß sie die sociale Reformarbeit fortsetzen will und wird. Den Einwand, daß die Arbeiterschaft noch nicht reif sei, lasse ich nicht gelten. Die Schöpfung der Arbeiter macht Fortschritte und wir wollen sie und künftig mehr als bisher angelegen sein lassen. Dem Spießbürgerturn in Arbeiterkreisen wollen wir entgegenreten. Wir müssen in Deutschland mehr Luft und Licht für die freiwirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterschaft schaffen helfen. (Stürmischer Beifall.)

Mit sehr gemischten Gefühlen wird die Mitteilung des Vorsitzenden entgegengenommen, daß der Bund der Landwirte in einem Begrüßungsschreiben dem Kongresse erklärt, daß der Bund den Bestrebungen des Kongresses sehr sympathisch gegenübersteht.

In der Diskussion verlangt Reichert-Wahlheim-Nahe (evangelischer Arbeiterverein), daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter eine Vertretung in den Arbeitskammern finden sollen.

Redner-Hagen fordert Socialpolitik im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit. Er hoffe, die Regierung werde sich nicht selbst das Grab graben. Thut die Regierung nicht ihre Pflicht, so dürfe sie sich nicht wundern, wenn die Partei, die die heutige Gesellschaft von Grund aus bekämpft, immer mehr Anhänger in der Arbeiterschaft gewinnt.

Fraulein Behm-Berlin (Vertreterin des christlichen Vereins für Heimarbeiterrinnen), mit Beifall begrüßt, wünscht eine Vertretung der weiblichen Arbeiter in den Arbeitskammern.

Kloß-Berlin ist im großen und ganzen mit dem Referate Giesberts und seiner Resolution einverstanden. Er freut sich darüber, daß Giesbert für ein einheitliches Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eingetreten ist. Gegen eine Verbindung der Arbeitskammern mit den Gewerbegerichten habe er Bedenken. Das die Frauenvertretung anfangs, so gönne er sie den Frauen aus angebotener Galanterie. (Heiterkeit.) Principiell wünsche er aber, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo der Arbeiter seine Familie so reichlich ernähren könne, daß die weiblichen Mitglieder in der Familie bleiben und nicht mehr in die Fabriken zu gehen brauchen.

Zumel-Essen beklagt die Laubst der christlichen und nationalen Arbeiterschaft. Die Arbeitskammern dürfe man nicht der Socialdemokratie ausliefern. Wenn auch über die Weisiger in den Gewerbegerichten nichts zu sagen sei, so habe sich doch in den Krankenkassen ein bedenklicher Terrorismus der Socialdemokratie geltend gemacht.

Schaaf-Hamburg wünscht für die Handlungsgehilfen besondere Handlungsgehilfenkammern.

Schaaf-Mannheim geht unter anderem auf das Begrüßungsschreiben des Bundes der Landwirte ein. Wenn der „Bund“ wirklich mit den Arbeitern sympathisiere, so solle er doch den landwirtschaftlichen Arbeitern ein Vertretungsrecht in den Landwirtschaftskammern einräumen. (Heiterkeit.)

Mehrere Redner traten für die Proportionalwahl für die Arbeitskammern ein, damit die Socialdemokraten nicht wieder die Alleinherrschaft erhalten; ein weiterer Redner (Zeufel-Tutlingen) erhofft von der Proporzwahl die Förderung des Verständnisses zwischen socialdemokratischen und nationalen Arbeitern.

Gronowski-Dortmund beantragt, eine Kommission zu wählen, die beim Reichstager persönlich vorstellig werden solle, um ihn mit den Wünschen und Forderungen des Kongresses bekannt zu machen. (Beifall.)

Behrens-Berlin spricht sich dafür aus, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Arbeitskammern vertreten sein müssen. Wenn der Bund der Landwirte damit und der Gewährung des Koalitionsrechtes an die landwirtschaftlichen Arbeiter einverstanden sei, so begrüße er die Sympathie-Erklärung des Bundes mit Freuden. (Heiterkeit und Beifall.)

In der Nachmittags-Sitzung hält Giesberts das Schlusswort. Er erklärt sich gegen die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Was die Rundgebung des Bundes der Landwirte anlangt, so habe er sie als Ironie aufgefaßt. (Widerpruch.) Der Vorsitzende ruft dazwischen, daß es sich nur um eine persönliche Erklärung gehandelt habe.) Redner fährt fort: „Dann will ich keine falsche Unterstellung gemacht haben. Man könne ja sehen, wie der Hase läuft, ob die Vertreter des Bundes der Landwirte im Reichstags für das uningeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter und die Veseitigung aller vorräthigen Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes erklären werden. Das wäre dann eine Wendung zum Besseren, die wir mit Freuden begrüßen würden.“

Personlich bemerkt Fr. Behm gegen Kloß-Berlin, daß sie Galanterie ablehne und nur Gerechtigkeit für die Arbeiterinnen verlange. Was Kloß über das Verbleiben der Frau im Hause gesagt habe, sei Zukunftsmusik; aber auch später werde es unverheiratete Frauen und Witwen geben, die sich selbst zu ernähren gezwungen seien. (Beifall.)

Die Resolution wird hierauf mit dem Zusatz, daß die Wahlen zu den Arbeitskammern nach dem Proporzsystem erfolgen sollen, einstimmig angenommen. Weiter verabschieden, an den Reichstager eine sechsgliedrige Deputation zu wählen, die ihm die Beschlüsse des Kongresses unterbreiten soll.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung

Welche Anwendung ziehen wir aus dem Kongress?

Behrens-Berlin: Wir schlagen Ihnen vor, eine Kommission einzusetzen, die darüber zu wachen hat, daß die hier gefaßten Beschlüsse in die That umgesetzt werden. Dieser Ausschuss soll aber nicht die Befugnis haben, sich in die inneren Angelegenheiten der angeschlossenen Organisationen einzumischen.

Bruij-Alleneffen zieht folgendes Facit: 1. die Gewerkschaften behalten ihre sonstige allgemeine Selbstständigkeit, treten aber zur Lösung großer Fragen in engere Verbindung, 2. die konfessionellen Arbeitervereine bleiben auch selbständig bestehen für ihre religiösen und ideellen Zwecke, sie suchen ihre Mitglieder aber auch den christlichen Gewerkschaften zuzuführen zur Förderung und Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Ich kann die konfessionellen Vereine in wirtschaftlicher Beziehung keineswegs den Gewerkschaften gleich achten. Wir wollen keine Kampfbünde bilden, aber wir können durch die Gegner zu wirtschaftlichen Kämpfen gezwungen werden. Diese Kämpfe können von den konfessionellen Vereinen nicht so erfolgreich durchgeführt werden, wie von den Gewerkschaften. (Beifall.)

Wolf-Trier ermahnt zum gemeinsamen Wirken. Unser Erbfeind ist die Socialdemokratie, die wir bekämpfen müssen. Ich erkläre ihr offen den Krieg und erkläre im Namen von 800 000 Mitgliedern der hier vertretenen Organisationen, daß wir ebenso gut die Arbeiterinteressen vertreten, wie die Socialdemokratie. Wir sind stolz auf unser deutsches Vaterland, auf die sociale Wohlfahrt, die andern Ländern als Vorbild dienen kann. Dem Feinde unfres Vaterlandes, der Socialdemokratie, diesem unfren Erbfeinde, müssen wir den Kampf bis aufs Messer erklären.

Giesberts-München-Glabbad: Ich möchte im Gegensatz zu dem Vordredner den Wunsch ausdrücken, daß sich die Arbeiter über die konfessionellen und politischen Gegensätze hinaus die Hand reichen und sich gegenseitig verstehen lernen. (Lebhafter Beifall.) Wir Arbeiter haben von den konfessionellen Kämpfen immer den Schaden. Wir wollen einen Platz haben, an dem wir unsere spezifischen Arbeiterinteressen gemeinsam vertreten können. Deshalb will ich den Kampf gegen die Socialdemokratie nicht in den Vordergrund stellen. Bewußt sind wir principiell Gegner der Socialdemokratie. Aber mit der Socialdemokratie mögen sich die Leute herumschlagen, die sie geschaffen haben. (Stürmischer Beifall.) Wir sind Arbeiter und jeder Arbeiter ist unser Klassen-genosse. Wir alle wollen und zu praktischer Politik vereinigen, wir wollen, daß der sociale Karren vorwärts geschoben wird. Der Einwand soll in Zukunft nicht mehr gebraucht werden können, daß allein die Socialdemokratie den sozialen Fortschritt will. Den Ausführungen Drusts kann ich nicht zustimmen.

Schaaf-Hamburg: Wir wollen nicht diese oder jene politische Richtung bekämpfen. Die positive Arbeit scheint mir auch der deutschen Arbeiter viel würdiger zu sein. (Beifall.)

Zumel-Essen: Die Ausführungen Drusts hätten ihn frappiert. Sein Standpunkt werde von Tausenden nicht geteilt. Er bedauere, daß hier so scharf gegen das Unternehmertum gesprochen werde und so milde gegen die Socialdemokratie. Die Socialdemokratie sei doch unser Hauptfeind. Man solle also keine Differenzen in die konfessionellen Vereine und Gewerkschaften hineinbringen.

Bruij-Essen erklärt, daß er kein Gegner der konfessionellen Vereine sei, diese sollten ihre Mitglieder nur veranlassen, in die Gewerkschaften einzutreten. Denn die Gewerkschaften allein sind die Träger der wirtschaftlichen Macht.

Wiederberg-Berlin (Vorsitzender des christlichen Maurerverbandes) wendet sich gegen die Ausführungen Drusts. Auch die konfessionellen Vereine habe die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften mehr Aktionsfähigkeit erhalten.

Kloß-Berlin: Nachdem der Vorsitzende eine Agitation für die christlichen Gewerkschaften zugelassen hat, fordere ich hier die katholischen Arbeiter auf, sich den katholischen Gewerkschaften anzuschließen. (Unruhe.) Ich bedauere, daß Sie jetzt anfangen, den Frieden zu jören. (Große Unruhe.)

Giesberts-Winschen-Glabbad begründet folgenden Antrag: „Der Kongress beauftragt das jetzige Organisationskomitee als bleibende Instanz bis zum nächsten Kongress, der längstens innerhalb dreier Jahre stattfindet mit dem Auftrage, im Sinne der Kongressbeschlüsse thätig zu sein, insbesondere den nächsten Kongress vorzubereiten. Dem Komitee wird das Recht der Ergänzung seiner Mitglieder gegeben.“

Dieser Antrag wird debattelos mit großer Majorität angenommen.

Redner-Hagen erklärt im Namen von 130 000 katholischen Arbeitern Südwestdeutschlands, daß sie im Gegensaß zu den Ausführungen des Herrn Kloß das unbeschränkte Koalitionsrecht fordern. Sie seien auch wirkliche Arbeitervereine im Gegensaß zu andern Korporationen, die mit den Arbeitern nur wenig Fühlung haben. (Beifall.)

Gronowski-Dortmund fordert zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften auf. Er lehnt es ab, den Sturmbock gegen die Socialdemokratie abzugeben. Die christlichen Arbeiter seien zu spät gekommen, das sei ein offenes Geheimnis.

Kloß-Berlin fragt den Vorsitzenden, ob das Präsidium es für angemessen halte, daß von der Tribüne herab Propaganda für die christlichen Gewerkschaften gemacht werde.

Der Vorsitzende Behrens antwortet: Das Präsidium wird darüber Rücksprache nehmen und dem Frager nachher Antwort geben. (Heiterkeit.)

Kongress-Berlin hält das Schlusswort. Niemand wird unbefriedigt den Kongress verlassen. Kein akademischer Vitteratenstreit hat stattgefunden, sondern einfache Arbeiter haben ihre Wünsche geäußert, wie ihnen der Schmel gewachsen war. Wir würden schlechte Staatsbürger sein, wenn wir die Augen verschlossen halten würden vor den Krebschäden, die sich in unserem Volksleben zeigen.

Mit einem Hoch auf die nationale Arbeiterbewegung schließt Behrens den Kongress.

Sociale Rechtspflege.

Stillschweigendes Einverständnis. Die Stäckerin A. hatte eine Zeitlang für Herrn Störmer gearbeitet. Bei den mehrmaligen Abrechnungen wurden der Frau die verabreichten Preise einschließlich des verwendeten Garns und der Seide berechnet und bestimmte Abzüge gemacht. Nach Lösung des Arbeitsverhältnisses klagte Frau A. beim Berliner Gewerbegericht auf Nachzahlung von 12 M. für Garn. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung und behauptete, der Klägerin sei es bekannt gewesen, daß die Arbeitspreise das Garn und die Seide mit einschließen sollten. Es sei ihr auch nie erstattet worden. Klägerin habe ihren Anspruch auch erst erhoben, als er ihr gelangt habe, er hätte keine passende Beschäftigung für sie. — Die Klägerin erwiderte, sie sei niemals aus der Abrechnung klug geworden. Das Gewerbegericht wies die Klage mit der Begründung ab, es sei entscheidend, daß die Klägerin bei dreimaliger Abrechnung die ihr gezahlten Preise nicht als zu gering, nicht als falsch berechnet montiert habe. Es sei anzunehmen, daß ein stillschweigendes Einverständnis vorgelegen habe, soweit es sich um die Preise handelte.

Gerichts-Zeitung.

Der Standalprozess, der am Sonnabend vor der 8. Strafkammer des Landgerichts II gegen die geschiedene Frau Guslava Schettler und die noch jugendliche Konzertsängerin Frida Horn begann, wurde gestern zu Ende geführt. Bei der Urteilsverlesung wurde die Offenbarkeit wiederhergestellt. Staatsanwalt Dr. Friedheim hatte gegen die Schettler 3 Jahre Zuchthaus, gegen die Horn 6 Monate Gefängnis beantragt, während die Verteidiger, Rechtsanwalte Horn und Schleginger, für ein niedriges Strafmaß eingetreten waren. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte Schettler wegen Kuppelei, verurthet Erpressung und Anstiftung gegen die Horn zu den von der Mitangeklagten Horn begangenen Straftaten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, wovon 6 Monate durch die erstere Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden, ferner zu fünfjährigem Ehrverlust und Polizei-Aussicht. Die Angeklagte Horn kam mit einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten davon, da sie unter dem Einflusse der erkrankten, raffinierten Frau Schettler gestanden habe und von ihr vollständig unrichtig worden sei. Der Verteidiger der Horn beabsichtigt, die Gnade des Kaisers anzurufen.

Die russischen und polnischen Arbeiter sind in ihrer Bedürfnislosigkeit bekanntlich das Ideal vieler deutscher Unternehmer. Von dem Leben dieser Erdarbeiter bot eine Verhandlung, die am Montag vor dem Potsdamer Schwurgericht stattfand, ein trauriges Bild. Wegen vorsätzlicher Veruntreuung hatten sich die seit dem 30. Juni er. verhafteten polnischen Arbeiter Jentara und Toboy, beide Familienväter aus Belpreuzen, zu verantworten. Sie waren mit noch vielen andern Polen und Russen beim Bau der Eisenbahn von Wildpart nach Treuenbriehen in der Nähe von Beelitz beschäftigt und wohnten in primitiven Hütten, die sie sich selber am Waldessäume durch einige Bretter, welche mit Moos und Erde bedeckt waren, hergestellt hatten. Abends krochen sie in diese Erdhütten, die nur für eine Person Platz gewöhnten, hinein und übernachteten auf Stroh. Am 29. Juni hatten aber sämtliche Erdarbeiter anlässlich des Peter und Paul-Festtages gefeiert, waren nach Beelitz gegangen und hatten die Samenspinnerei mehr wie gut freisetzen lassen, um abends schwer berauscht das nichts weniger als trante Heim, die Erdhütten, anzufinden. Ein Russe, der nicht mehr weiter arbeiten wollte, redete nun den Angeklagten Toboy auf, die Hütten in Brand zu setzen, was sich dieser in seinem trunkenen Zustand nicht zweimal sagen ließ. Er und auch Jentara zündeten darauf nach und nach sieben Hütten an, die vollständig niederbrannten. Ein Erdarbeiter, der in einer Hütte schwer betrunken schlief, holte Toboy mit den Worten: „Gund, Du nicht rauskommen!“ noch rechtzeitig aus derselben hervor. Die hochauflodernden Flammen veranlaßten das Ausrücken der Beelitzer freiwilligen Feuerweh, welche aber nichts mehr zu lösen vorband. Die Beschworenen vereinten bei beiden Angeklagten die Schuldfragen, weil sie die Erdhütten für keine Wohnräume für Menschen hielten und nicht der Ansicht beitrugen, daß durch den Brand auch der Wald und andre Wohnräume hätten in Mitleidenschaft gezogen werden können. Die Angeklagten wurden deshalb freigesprochen.

Flucht eines Berliner Zuchthändlers. Der berüchtigte Einbrecher Johann Grupp aus Berlin, der vor mehreren Jahren hier in Berlin sein Untweien trieb, wurde damals zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt und der Strafanstalt zu Strigau überwiesen. Vor einiger Zeit wurde von der Anstalt ein Arbeitskommando nach Giesdorf a. N. entsandt und auch G. befand sich dabei. Jetzt ist es dem gewieften Einbrecher gelungen, in einem günstigen Momente den Aufseher ein Samtpöppchen zu schlagen und zu entweichen. Es wird angenommen, daß es dem Flüchtigen gelingt, Zivilkleidung zu erlangen und dann nach Berlin, dem Schauplatz seiner früheren Thätigkeit, zu entkommen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Kinderarbeit — Kinderbeschäftigung“ sprach am 19. Oktober Reichstags-Abgeordneter Wurm im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Das Kinderbeschäftigungsgesetz — so führte der Referent aus — bezeichnet eine ganz neue Etappe in der sozialen Gesetzgebung Deutschlands. Während diese bisher stets vor dem Familienheim Halt machte, bringen die neuen Beschäftigungsvorgaben zum erstenmal auch über die Schwelle des Hauses. Im Hause, innerhalb der von der Familie betriebenen Heimindustrie, ist die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft oft eine erschreckende und — wie dies vorauszusetzen war — hat diese Form der Ausbeutung seit dem Verbot der Kinderarbeit in Fabriken noch in höherem Maße zugenommen. Das neue Gesetz wendet sich endlich gegen die furchtbaren Mißbräuche der gewerblichen Kinderarbeit, die genau wie die Fabrikarbeit zu schweren gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Gefahren für die heranwachsenden Generationen geführt hat. Hier hat sich ein Teil der Lehrerschaft, an ihrer Spitze der Volksschullehrer Agab, durch immer erneuten Hinweis auf diese Gefahren ein hohes, öffentliches Verdienst erworben. Leider genügt das neue Gesetz den Kindern den so notwendigen geschulden Schutz nun aber auch nur in sehr ungenügender Weise. Vor allem giebt das Gesetz viele Hunderttausende von Kindern nach wie vor auch der schwersten Ausbeutung frei, da es die in der Landwirtschaft und im häuslichen Dienst beschäftigten überhaupt nicht in seine Schutzbefreiungen einbezieht — aus Furcht vor der eigensüchtigen Interessenpolitik der Agrarier. Dabei ist es kaum zu hoch gegriffen, wenn man für Deutschland gegen zwei Millionen in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten frondende Kinder annimmt. Und daß auch die Arbeit des Kartoffelgrabens, Rübenziehens, die von Kindern geleistete Hilfe bei Treibjagden usw. durchaus nicht gerade zum Wohle der Jugend beiträgt, wie die Feinde des Kinderbeschäftigungsgesetzes behaupten pflegen, versteht sich für jeden social Einsichtsvollen von selbst, um so mehr als zum Vorteil für die lindernde Landwirtschaf auf dem Lande auch der dürftige Schulunterricht noch monatlang in Fortfall kommt. Ebenso mühten unbedingt die im häuslichen Dienst beschäftigten Kinder, denen häufig weit über ihre Kräfte gehende Leistungen zugemutet werden, dem geschuldenen Schutz unterstellt sein.

Selbst aber jener einzigen Kategorie von Kindern, die die Wohlthat des neuen Gesetzes genießen sollen, dürften die Bestimmungen in ihrer jetzigen Form durchaus keinen ausreichenden Schutz gewähren. Der Entwurf weist eine solche Fülle schwerer zu übersehender Einzelvorschriften auf, daß es bei der ohnehin äußerst schwierigen Gestaltung der Gewerbe-Aufsicht in den verstreuten Familienbetrieben kaum möglich sein dürfte, dem Gesetz auch nur annähernd Geltung zu verschaffen. Der größte Fehler des Gesetzes liegt hier vor allem in der Verschiedenheit der Vorschriften für die Beschäftigung fremder und eigener Kinder sowie in der Dehnbarkeit und Milde der Bestimmungen über die gewerbliche Mitarbeit der eigenen Kinder. Wie wird es überhaupt in der Praxis um diesen wichtigen Kinderbeschäftigung bestellt sein? Durch welche Organe wird in den armen Häusern die Aufsicht geübt werden? Durch die unteren Polizeibeamten, die Gendarmen. Die social und geistig zurückgebliebenen Feinarbeiter, die von der Not getrieben, die kindliche Arbeitskraft ausnützen, werden dann natürlich die Kinder von der Arbeit aufheben lassen oder sie verstoßen, sobald ein Beamter nur von ferne sichtbar ist; gerade die unaußgeklärte Arbeiterklasse selbst ist ja zunächst immer der stärkste Feind des Arbeiterschutzes gewesen, und wird es auch in diesem Falle sein. Allenfalls wäre die Lehrerschaft durch ihren Verkehr mit den Kindern in der Lage, eine einigermaßen wirksame Kontrolle zu üben; aber auch die Lehrer sind leider gerade auf dem Lande und in den kleinen Gemeinden in ihrer Stellung viel zu unfrei und abhängig, um eine solche freiwillige Aufsicht führen zu können. So giebt es hier wie überall für das Proletariat schließlich nur einen Weg, um wirklich etwas zu erreichen: die geistige und sociale Aufklärung der beteiligten Arbeiterschichten selbst. Daneben muß für eine starke Vermehrung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sowie für Anstellung von sachkundigen Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfskräfte immer von neuem agitiert und gewirkt werden.

An den Lehrereisen Vortrag schloß sich noch eine kurze Diskussion, in der sich mehrere Rednerinnen den Ausführungen des Referenten anschloßen.

Treptow-Baumhäuserweg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgebung hält am Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, im Lokale von Christ, Ernststraße, Ecke Marienhalerstraße, eine Wanderversammlung ab, in der Herr Krebs über Friedrich von Schiller sprechen wird. Nach dem Vortrag findet Neuwahl des Vorstandes statt. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Versammlungen.

Zu den Landtagswahlen

nahmen im Verlaufe der vorigen und im Anfang dieser Woche eine große Anzahl von Urwähler-Versammlungen Stellung. Bei der Fülle dieser Versammlungen und ihrem durchweg gleichmäßigen Verlauf erübrigt es sich, über jede einzelne derselben zu berichten. Die Referenten erörterten zumist die Aufgaben des Landtages und forderten unter Hinweis auf den diesbezüglichen Parteitagbeschuß zur Beteiligung an der Wahl auf. In der Diskussion — soweit eine solche stattfand — wurde überall das Verhalten des Freisinnigen heftig getadelt und unbedingt gefordert, daß man die Freisinnigen fallen lasse, wenn sie sich zu einem Entgegenkommen nicht bereit finden lassen sollten. Man war sich darüber einig, daß, nachdem der Parteitag die Beteiligung an der Wahl beschlossen habe, eine mögliche vollzählige Beteiligung schon wegen der damit verbundenen Demonstration Ehrenfrage der Parteigenossen sei, ohne daß man sich deswegen allzu großen Hoffnungen hingeben dürfe. — Den Schluß der Versammlungen bildete die Aufstellung der Wahlmannskandidaten, wobei überall auch für die zweite, in einer großen Reihe von Urwahlbezirken auch für die erste Klasse Kandidaten aufgestellt wurden.

Centralverband der Maurer. In der Generalversammlung des Zweigvereins Berlin, die am Freitag stattfand, hielt Genosse Kaas einen beifällig aufgenommenen Vortrag, worin er ausführte, daß sich der Klassenkampf nicht abgeschwächt habe, sondern daß er vielmehr seitens der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterklasse schärfer denn je geführt werde. Unter Hinweis auf verschiedene Gerichtsurteile gegen streikende Arbeiter zeigte der Redner, daß durch die Rechtspferehung, ohne daß eine Aenderung der Gesetzgebung erforderlich ist, die Ausübung des Koalitionsrechtes illusorisch gemacht werde. Die Arbeiter mühten sich des bestehenden Klassenkampfes stets bewußt sein und vom Standpunkte des Klassenkampfes ihre Interessen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete vertreten. — Aus der vom Kassierer erstatteten Abrechnung für das dritte Quartal ist hervorzuheben: In den Zahlstellen und Sektionen wurden eingenommen 62251,73 M., einschließlich des Bestandes vom 2. Quartal im Betrage von 43342 M. Dem steht eine Ausgabe von 6790,07 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 56461,66 M. bleibt. Der Zweigverein hatte eine Einnahme von 97821,84 M., dazu kommt der Bestand vom zweiten Quartal im Betrage von 68475,76 M., das ergibt eine Gesamteinnahme von 166297,60 M. Die Ausgabe beträgt 80444,78 M., es bleibt ein Bestand von 76852,82 M. Das gesamte Vermögen des Zweigvereins, der Zahlstellen und Sektionen beträgt 183137,98 M., das sind 27607,36 M. mehr wie im dritten Quartal des vorigen Jahres. Aus dem Vortrage geht hervor, daß die Zahl der auswärtigen, in Berlin arbeitenden Maurer im dritten Quartal dieses Jahres die Zahl der gleichen Zeit des vorigen Jahres um mehr als die Hälfte übersteigt. Am Schluß des dritten Quartals 1903 hatte der

Zweigverein 10 873 Mitglieder, das sind 1982 mehr wie im dritten Quartal 1902. — Im Anschluß an die Abrechnung sprach ein Redner den Wunsch aus, daß in Berlin mehr als bisher für die Agitation gethan werden solle. Wenn auch das finanzielle Ergebnis, welches die Abrechnung zeigt, ein außergewöhnlich günstiges sei, so lasse doch der Geist, welcher unter den Kollegen herrscht, sehr viel zu wünschen. Ein sehr großer Teil der Mitglieder arbeite gegenwärtig länger als es der Tarif zuläßt, auch werde sehr häufig in Accord gearbeitet. Dazu komme, daß wohl unter der Einwirkung der äußerst günstigen Konjunktur im Baugewerbe, eine unverantwortliche Gleichgültigkeit hinsichtlich der Erfüllung der organisatorischen Pflichten der vielen Kollegen eingerissen sei. Wenn das so weiter gehe und auch der Zugang nach Berlin anhalte, dann könne es über kurz oder lang dahin kommen, daß die Position, welche die Berliner Maurer sich seit einigen Jahren errungen haben, wieder verloren gehe. Eine energische Agitation müsse den gerügten Mißständen abhelfen. Der Vorsitzende Frisch bemerkte, es solle eine planmäßige Agitation entfaltet werden.

Die Kohleleger und Hefler haben sich bereits in mehreren Versammlungen mit der Thätigkeit ihrer Schlichtungs-Kommission befaßt. Bekanntlich wurde diese aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Kommission nach Beendigung des vorjährigen Kohlelegerechts eingesetzt, um die Innehaltung des für das Gewerbe abgeschlossenen Tarifvertrages zu überwachen und alle aus diesem Vertragsverhältnis resultierenden gegenseitigen Differenzen zu schlichten. Von den Kommissionsmitgliedern ist nun über eine Anzahl der dort behandelten Beschwerden berichtet worden. Wie nicht anders zu erwarten, ist es bei der Neuheit der Sache in dem großen Gewerbe mehrfach zu Differenzen über Lohnzahlungen, Fahrgeldentschädigungen, Entlassungen usw. zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen. Jedoch sind bislang sämtliche derartige Fälle zur vollkommenen gegenseitigen Befriedigung in der Kommission geregelt worden. Da es über die Auslegung mehrerer Punkte des Tarifs gelegentlich Meinungsverschiedenheiten gab, die zu Mißbilligungen führten, so hat auch die Kommission durch Schaffung feiner Normen bezüglich der Interpretation der betreffenden Tarifpunkte fernere Mißverständnisse vorgebeugt. Das Zusammenarbeiten der beiderseitigen Kommissionsmitglieder hat zu Beschwerden irgend welcher Art keinen Anlaß gegeben. — Hervorgehoben wurde, daß gerade im Hinblick auf die gegenwärtige Ausdehnung in der Metallindustrie dieser Kommissionsbericht besondere Beachtung verdiene, weil durch die jetzigen Verhältnisse im Kohlelegergewerbe bewiesen wird, daß die Einführung von Tarifverträgen auch in den übrigen Berufsgruppen der Metallindustrie sehr wohl möglich ist, sobald sich die Löhnmänner zur Aufgabe ihres provisorischen Standpunktes entschließen.

In Anbetracht dessen nahm die Versammlung am Sonntag einstimmig folgende Resolution an:
„Die am 25. Oktober im Severichshause versammelten Kohleleger und Hefler nehmen mit Genugthuung Kenntnis von der Thätigkeit der Schlichtungskommission. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß Tarifverträge keineswegs die Vernichtung, sondern die Förderung der Industrie und des Gewerbes bedeuten. Es lag somit für die Metallwarenfabrikanten keine Veranlassung vor, wegen der Forderung von Tarifverträgen eine brutale Aussperrung vorzunehmen.“
Ferner verpflichteten sich die Versammelten, durch gegenseitige Vorzeigung der Karten, in denen die freiwilligen Beiträge zu Gunsten der Ausgesperrten quittiert werden, geeignete Kontrolle darüber zu üben, daß jeder seinen selbst übernommenen finanziellen Verpflichtungen den Ausgesperrten gegenüber auch pünktlich nachkommt.

Der Anschluß des Vereins der Bauanschläger an den Metallarbeiterverband wurde am Montag in einer außerordentlichen Generalversammlung des Vereins der Bauanschläger besprochen. Der Beschluß der Uebertritt ist schon vor einiger Zeit gefaßt worden, danach haben die endgültigen Abmachungen zwischen beiden Organisationen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Mitglieder des Vereins der Bauanschläger, soweit sie ihrer Beitragspflicht genügt haben, vom 1. November ab Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind. Von diesem Zeitpunkt an bilden die Bauanschläger eine Branchens-Organisation im Metallarbeiterverband. Von dem Vermögen des Vereins der Bauanschläger werden 2000 M. reserviert zur Deckung der Sterbegelder, die das Statut des Vereins den Angehörigen verstorbenen Mitglieder gewährt. Bis diese Summe verbraucht ist, hat der Metallarbeiterverband voranschütlich auch die Sterbeunterstützung eingeführt. Hinsichtlich ihres Arbeitsnachweises ist den Bauanschlägern freie Hand gelassen, sie können denselben in der Weise, wie es ihnen geeignet scheint, weiter führen. — In der Versammlung wurde die Annahme ausgesprochen, daß der bisherige Arbeitsvermittler Schanwitz Schröder, Sebastianstr. 50, die Bestrebungen einiger Kollegen unterstütze, welche darauf ausgehen, den Uebertritt zum Metallarbeiterverband nicht mitzumachen, und eine Sonderorganisation zu bilden. Diese Angelegenheit wurde eingehend und heftig debattiert. Schröder, der sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe verteidigt, wünschte, daß ihm der Arbeitsnachweis abgenommen werde. Ehe ein dergleichen Wunsch entsprechender Antrag abgestimmt wurde, richtete der Vorsitzende an Schröder die Frage, ob er bereit sei, den Arbeitsnachweis im Interesse des Vereins beziehungsweise des Metallarbeiterverbandes weiterzuführen. Schröder antwortete darauf mit Nein. Damit wurde diese Angelegenheit als erledigt betrachtet und konstatiert, daß Schröder nicht mehr die Arbeitsvermittlung für den Verein bzw. für die im Metallarbeiterverband organisierten Bauanschläger hat.

Die Zahlstelle Berlin des Vereins deutscher Schuhmacher hielt am 19. d. Mts. eine ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassierenbericht ergab für die Centralkasse eine Gesamt-Einnahme von 8549,25 M., davon sind an die Hauptkasse gefandt 2799,30 M., für Reise-Unterstützung verausgabt 54,10 M. und 695,85 der Lokal-kasse für Verwaltung überwiesen. Die Kranken-Zusatzkasse ergab eine Einnahme und Ausgabe von 83,50 M., die Arbeitslosenkasse eine Einnahme und Ausgabe von 15 M. Die Zahlstelle hat 1880 männliche und 123 weibliche, zusammen 2003 Mitglieder. Die Mitgliederzunahme betrug im 3. Quartal 90. Die Lokalstelle hatte inklusive des Kassierbestandes und des angelegten Kapitals von 2767,54 M. eine Einnahme von 14378,08 M. und blieb am Schluß des 3. Quartals ein Vermögen von 2943,78 M. Unter den Ausgaben erwähnen wir 681,49 M. für Verwaltung, 123,46 M. für Agitation, 6054,45 M. für den Schaharbeiter-Streik, 113,00 M. Gemahregelten-Unterstützung, 3900 M. für die Ausgesperrten in Pirmasens und 201,45 M. für die Grimmitschauer Weber. Beim dritten Punkt der Tagesordnung erklärten sich, mit Ausnahme des Kollegen Schalmach, alle Redner für die obligatorische Einführung des Zehnpfennig-Beitrages zum Lokalfonds, und wurde beschlossen, in der Zeit vom 2. bis 8. November eine Urabstimmung vorzunehmen. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmanden für das Obligatorium, so gilt dasselbe als angenommen.

Die Markthallen-Arbeiter hatten am Dienstag, den 20. Oktober, eine Versammlung bei Post, Dragonerstr. 15. Der erste Punkt, Kassierenbericht, ergab eine Einnahme von 311,00 M., eine Ausgabe von 140,37 M., und belief sich die Zahl der Mitglieder auf 133. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, daß der Kassierer Reichmann Arbeiter, die schon früher in den Markthallen beschäftigt waren und vom Arbeitsnachweis geschiedt sind, nicht annehme, sondern auch Arbeiter vorziehe. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. Oktober 1903 bei Herrn Post, Dragonerstr. 15, tagende Versammlung der städtischen Markthallen-Arbeiter erhebt Protest dagegen, daß nur den Beamten der Markthallen bei Injultationen jeder Art Rechtsbeistand seitens des Magistrats gewährt wird, während die Arbeiter in denselben Fällen von seiten des Magistrats auf den Privatklagenweg verwiesen werden.“ Mit Hinweis auf den Arbeiter Fröhlich, der in Ausübung seines Dienstes von dem Standinhaber Alexander miß-

handelt wurde, wünschten die Arbeiter, daß ihnen derselbe Klagenweg offensteht, wie den Herren Beamten.“

Die Hausdiener-, Packer- und Geschäftsführer-Vereinigung hielt am 20. Oktober ihre Generalversammlung bei Reigt, Ritterstraße 75, ab. Den Vorstandsbericht erstattete Koch. Den Vierteljahresbericht verlas Kassierer Reiche. Der Bericht der Agitationskommission erfolgte durch Hilbert, der Kassierenbericht derselben durch Pieper. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die heutige Generalversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten einiger Kollegen und bedauert diese Handlungsweise, die von schädigendem Einfluß für den Verein ist. Sie stellt fest, daß die betreffenden Kollegen aus eigenem Antriebe gehandelt haben, und trifft somit den Vorstand und die Vereinigung kein Verfaßden. Des Weiteren weist die Versammlung die Unterstellung im Geschäftsbericht des Vereins Berliner Hausdiener zurück, der besagt: Der Verein habe eine Deputation zum Stiftungsfest gestellt. — Wegen vorgerückter Zeit konnte die Tagesordnung nicht weiter erledigt werden und folgte Schluß der Versammlung gegen 1 Uhr.

Der Vorstand des Centralverbandes der Fleischer erhalten mit folgende Zuschrift: „Bezüglich der „Erklärung“ des Rabatt-Spar-Vereins „Süd-Ost“, G. m. b. H., in Nr. 249 des „Vorwärts“, den Bericht der Schlichterverammlung in Nr. 248 betreffend, fühlen wir und veranlaßt, im Interesse der Sache und zur Richtigstellung nachfolgendes zu berichten:

Die gesamte Organisation der Schlichtergerellen hat stets großes Interesse für die Entwicklung der Schlichtererei des Berliner Konsumvereins, sowie auch derjenigen des Rabatt-Spar-Vereins „Süd-Ost“ gezeigt und wird dies auch in Zukunft thun. Einzelne Verbesserungen der Schlichtererei sind erst aus den Drängen der Gesellen, sowie in einem Falle auf anonyme Briefschreiber angeordnet worden. Dem Verlangen, sämtliche Gesellen außer dem Hause logieren zu lassen, kam die Verwaltung nicht nach. Daß schlechte Arbeitsräume vorhanden sind, zeigt die Thatsache, daß die Polizei die Benutzung des Arbeitsraumes der Schlichtererei Kottbuserdamm 96 im August verboten und sogar eine Strafverfügung wegen Uebertretung dieses Verbots erlassen hat. In dieser Kellerröhle mußte der Geselle täglich durchschnittlich 16 Stunden arbeiten. Nachdem er dies in einer Besprechung vortrug, wurde ihm kurz darauf vom Geschäftsführer gefandigt mit den Worten: „Wenn Ihnen das nicht paßt, können Sie gehen!“ Wegen angeblicher Denunziation des schlechten Arbeitsraumes wurde ein Geselle plötzlich entlassen, die Herausgabe seiner Papiere verweigert und ihm die Thür gewiesen. Wegen dieses sowie zweier anderer Fälle sind Rohnlagen in Höhe von je über 50 M. anhängig gemacht. Die organisierten Gesellen zogen sich den 20. Mts. dadurch zu, weil sie mit der Wahrheit nur allzu sehr austraten und auch nicht jede Sorte Fleisch verarbeiten wollten. Die Verhältnisse, daß diese Verhältnisse aus Tageslohn treten könnten, führten dahin, daß ein „Genosse“ einem Vertreter unserer Organisation, aus dieser sich in einer Versammlung des Konsumvereins „Berlin-Mixdorf“ zum Wort meldete, zuschriebe: „Quatsch mal nich vom „Süd-Ost“. Neben der ungemessenen langen Arbeitszeit an Werktagen ist die Sonntagsarbeit eine ebenso ausgedehnte. Eine Instanz, welche gutachtlich gehört werden soll, werden wir durch die Gewerbeinspektion zusehen. Was den Kollegen anbelangt, welcher im Geschäft Wanteuffelstraße 55 gearbeitet hat und gestohlen haben soll, so haben wir diesen Fall niemals als Maßregelung betrachtet. Betroffener Kollege mußte auch vor Gericht freigesprochen werden. Da man nicht den geringsten Beweis erbringen konnte; er führt das Ganze auf einen Radeast zurück. Auch wird er nicht verurteilt, gegen seine Verschuldiger Klagen vorzugehen. Die Geschäftsführer waren zumeist mit den Leitungen der organisierten Gesellen aufrieden und führten die Entlassungen zum Teil auf die Bestimmungen des Genossen Ahrens zurück, der nicht zurückzuredete, einigen Kollegen sogar Schläge anzubieten. Die Vermittlung von Ramsells haben wir niemals in Abrede gestellt. Vielmehr sind dieselben stets erst kurz vor Antritt der Stelle bestellt worden und daher war es schwer, möglichst passende und billige Ramsells, denn solche kann „Süd-Ost“ mir beschäftigen, zu besorgen. Für Ramsells, die 50 und 60 M. monatliches Gehalt fordern, gingen uns Anmerkungen zu, wie: „Für diese haben wir kein Glaspind“. Wir nehmen an, daß es dem Vorstände bzw. Ausschuß des betreffenden Vereins, sowie der daselbst konsumierenden Masse einleuchten wird, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Sollte jedoch der Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“ sich damit nicht einverstanden erklären, so werden wir auf andere Weise an die organisierte Arbeiterschaft zu appellieren wissen. Man sollte sich deshalb nicht als Arbeitnehmer zum Kampfe für bessere Verhältnisse hergeben, wenn man auf der anderen Seite als Arbeitgeber das Ungeheuer thut.“

Der Vorstand des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.)

Widerhof. In der am 22. Oktober im Fechnerischen Lokal stattgehabten Generalversammlung des hiesigen socialdemokratischen Wandervereins wurde die auf der Tagesordnung stehende Neuwahl des Vorstandes und der übrigen Funktionäre bis nach Beendigung der Landtagswahl zurückgestellt. Den Bericht über die Verhandlungen der Kreis-Generalversammlung in Widorf gaben Lawin und Steuer. Hierauf referierte Loth über die Agitation in unserm Landbezirk. Die nachfolgende Diskussion bewegte sich im zunehmenden Sinne, doch wurde bei dieser Gelegenheit die laze Geschäftsführung des Kreisvorstandes hart gerügt und darauf hingewiesen, daß die seitens des Kreises geplante Agitation für die Landtagswahl für die ländlichen Bezirke viel zu spät erfolgt, nur Erfolge dadurch zu erzielen. Nachdem die in den hiesigen sieben Urwahlbezirken für alle drei Abteilungen aufgestellten 28 Wahlmänner-Kandidaten von der Versammlung befaßt und zur regen Agitation für die Landtagswahlen aufgefordert wurde, erfolgte nach Ausgabe der Parteitag-Protokolle Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 27. Oktober. (W. S.) Die heute erscheinende Nummer des „Simplicissimus“ wurde wegen des Titelbildes „Ein Vorschlag zur Güte“ mit Kopportageverbot belegt.

Bildau, 27. Oktober. (W. S.) Die ausständigen Bergleute zwangen die Arbeitwilligen durch Steinwürfe und Stockhiebe, die Bergwerke zu verlassen. Es wurden Gendarmen einschleichen. Die Ausständigen zerstörten ein Wasserreservoir der Bergwerksbahn in Galbans mittels Dynamits und deoch, auch die Wasserreservoirs anderer Bahnen in die Luft zu sprengen und an den Verladungsplätzen Dynamitanfänge zu verüben. Man glaubt, die Behörde werde genötigt sein, den Belagerungszustand zu verhängen.

Ueber Bildau ist heute der Belagerungszustand verhängt worden.

New York, 27. Oktober. (W. S.) Die Philadelphier and Reading Bahn hat die Schließung von elf Kohlengruben bei Shamokin vom 4. November ab angeordnet. 7000 Arbeiter werden dadurch arbeitslos.

Johannes, 27. Oktober. (W. S.) Die russischen Bureaus, Antliche Mitteilungen aus Tokio besagen, daß die Russen Jangampfo besetzt haben. Dies kann zu bedeutenden Ereignissen führen, da es als eine Verletzung der Integrität Koreas angesehen wird. Wierzig Mann russischer Truppen sollen am 23. d. Mts. in Wiju eingetroffen sein. Daraus soll eine zweite etwa 200 Mann zählende russische Truppenabteilung den Tuman überschritten haben und in Koreanisches Gebiet eindringen sein. Trotz dieser Zwischenfälle hält man die Lage für etwas weniger gespannt. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die zur Zeit zwischen Rußland und Japan schwebenden Verhandlungen einer friedlichen Lösung sehr näher gebracht sind als früher.

Nach dem Parteitage.

Zu Mehrings Rechtfertigungsschrift erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“! In der Sonntags-Nummer des „Vorwärts“ sind vier eng gedruckte Spalten persönlicher Angriffe gegen mich enthalten. Mit Rücksicht auf die mir sehr sympathische Erklärung der Genossen vom sechsten Berliner Wahlkreise, wonach sie dem „Geleise und Geleisepfe“ in den Spalten des Centralorgans ein Ziel gesetzt zu sehen wünschen, verzichte ich, wie bisher, so auch jetzt, auf eine ausführliche Erörterung meiner Angelegenheit an dieser Stelle, muß aber um die Aufnahme der kurzen Erklärung ersuchen, daß ich auf die erwähnten Angriffe, besonders der Redakteure Eisner und Gradnauer, in der demnächst erscheinenden zweiten Auflage meiner Rechtfertigungsschrift antworten werde.

Steglich, Berlin, 27. Oktober 1903. F. Mehring.

Aus den Äußerungen der Parteipresse geben wir hier einige wieder.

Die „Dremer Bürger-Zeitung“ sagt zu der Schrift: „Beim Durchlesen seiner Schrift bedauert man lebhaft, daß Mehring nicht ein ebenso glänzender Polemiker des Wortes wie der Schrift ist. Hätte er als Redner sofort hinter der pathetischen Anklage von Braun aufstehen und sich verteidigen können, so wäre dem Parteitag und der Gesamtpartei viel Zeit, Mühe und Schmutz erspart geblieben. So aber mußte Mehring auf dem Parteitag inmitten einer zum Teil schadenfrohen, zum großen Teil zweifelnden und zur Entrüstung geneigten und nur zu einem recht kleinen Teil an ihm feilhaltenden Zuhörerschaft unerhörte Angriffe und persönliche Beschuldigungen über sich ergehen lassen, die nicht nur ihn als Menschen bitter schmerzen mußten, sondern die auch von ihm, dem hervorragenden sozialdemokratischen Schriftsteller, dem Historiker der Partei, dem Nachschaffverwalter von Marx, Engels und Lassalle, auf die Partei schwer zurückfallen mußten. Er mußte sie widerspruchslos über sich ergehen lassen, weil er kein Redner ist und durch mangelndes rednerisches Geschick gegenüber einer erregten Zuhörerschaft und gegenüber seinen zum äußersten entschlossenen Feinden seine Sache eher verschlechtert als verbessert hätte. Ferner mußte er schweigen, weil er unmöglich dem sein eingefädelten Intriguenpiel seiner Gegner und ihren mit raffinierterem Geschick zusammengebauten Citaten das hier und da zerstreute und zum Teil tief verfechtete Gegenmaterial gegenüberhalten konnte.“

So ist Mehring nicht zu beneiden um die sechs Wochen, die hinter ihm liegen. Aber sein gutes Gewissen wird ihn hochgehalten haben, und anherdem hat er mit jähem Fleiß an seiner Verteidigungsschrift gearbeitet, die ihn von Tag zu Tag mehr in der Hoffnung leitete, daß seine völlige Rehabilitierung in den Augen der Öffentlichkeit nur eine Frage der Zeit sein könne.

Die Rechtfertigungsschrift ist keineswegs, wie man wohl hätte vermuten können, in leidenschaftlichem Stil abgefaßt. Mehring wagt im Gegenteil eine erfreuliche Ruhe und Zurückhaltung.“

Sie spricht zum Schluß die Meinung aus, je eher Mehring wieder in seine früheren Kampfstellungen zurückberufen werde, um so besser sei es.

Die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ erklärt, daß Mehring sich gerechtfertigt und die gegen ihn erhobenen Verleumdungen niedergeschlagen habe.

In der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen schreibt -y:

„Mehring hat nun in seiner genannten Broschüre den Versuch gemacht, sich von den Anwürfen zu reinigen, zu zeigen, aus welchem Milieu, aus welcher augenblicklichen seelischen Stimmung heraus all die Briefe und persönlichen Genußbezeugungen für Harden entstanden sind. Und wir müssen gestehen, dem glänzenden Dialektiker ist der kühne Wurf gelungen, sich frei zu machen von den Schladen schlechender Verdächtigungen und eingetragener Vorurteile. Es soll freilich nicht verschwiegen werden, daß der Ton in seiner Rechtfertigungsschrift, so anständig sich manche Partie fiele, doch etwas vornehmer hätte anfallen können. Dann wäre der Erfolg, den Mehring mit seiner Rechtfertigungsschrift davongetragen hat, ein vollständiger gewesen.“

Das „Volksblatt für Harburg“ schließt die Auszüge aus der Broschüre mit folgendem Urteil:

„Mit einem Gefühl der Scham legt man die Broschüre aus der Hand.“

Wie war es möglich, daß sich an dem lebenskräftigen, gesunden, starken Körper unsrer Partei ein so widerliches, ekelhaftes Geschwür bilden konnte!

Und was sind das für Elemente, die da ganze Berge von Schmutz und Lüge anhäuferten, um darunter einen Mann zu erstickern, der ihnen im Wege war, weil er sie verhinderte, mit unbesonnenen Hand den stolzen Stromlauf der Partei in andre Ufer zu leiten.

Wag dieser Mann vor Jahrzehnten an unsrer Partei in Zeiten furchtbarer Bedrängnis schwer gesündigt und gestreift haben — er hat sein Unrecht reichlich gesühnt und getilgt durch die Werke seines Geistes, die unsrer Partei zu ewiger Ehre gereichen werden.

Statt seiner sind in den Dresdener Tagen alle jene, die sich zu Anklagen und Ristern über ihn aufwarfen, zu Schuldigen an der Partei geworden, ohne auch nur den tausendsten Teil der Verdienste Mehrings als Gegengewicht in die Waagschale werfen zu können.

Es kostet Ueberwindung, mit solchen Leuten noch länger Waffenbrüderschaft halten zu müssen.“

Das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau hält Mehrings Rechtfertigung für durchaus gelungen. Rehnlich urteilen die „Vielefelder Volkswacht“ und die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ schließt N. die Auszüge aus der Broschüre so:

„Anf: Schlusssatz? Mehring hat Harden Material zur Abschuldung des Parteigenossen Schoenlant an; Braun, Feine, Bernhard liehen Material zur Abwägung des Genossen Mehring von Harden; Mehring hat auf seine Dresdener Widerlächer in der rücksichtslosesten Weise in der Presse losgeschlagen, sie dienten ihm mit dem Dresdener Liebersall. Die Unterschiede sind nicht gar so groß, die Leute sind einander ziemlich gleich an Wert.“

Die „Magdeburgerische Volksstimme“ überläßt es den Lesern, ob sie zu denen gehören wollen, „an deren Mächtig Franz Mehring gelegen ist“, da er in ihren Augen nunmehr „gerechtfertigt“ ist.“

Auch die „Märkischer Post“ und das „Volksblatt für Halle“ überlassen das Urteil durch ausdrückliche Erklärung den Lesern der Broschüre.

Der „Steintiner Volksbote“ schließt:

„Fassen wir alles zusammen, so müssen wir sagen, daß genügende Gründe, Mehring aus der Partei auszuschließen, nicht vorliegen. Es würde eine schwere Ungerechtigkeit sein, einen Mann wegen seiner einer Anzahl Genossen bekannten Vergangenheit auszuschließen, nachdem er anderthalb Jahrzehnte im Dienste der Partei sich bewährt hat. Die Verfehlungen, die sich Mehring in der letzten Zeit hat zu Schulden kommen lassen, sind gewiß nicht ohne Bedeutung, aber auch nicht so schwer, daß sie einen Ausschluß aus der Partei rechtfertigen könnten. Ein nachdrücklicher Tadel scheint uns eine ausreichende Sühne zu sein.“

Eins aber ist mit allem Nachdruck festzuhalten. Mehring ist nach seinen Verfehlungen in der Vergangenheit und Gegenwart nicht der geeignete Mann, den Parteigenossen, gleichviel, ob sie Rabulais oder Revisionisten sind, hochtrabende Censuren zu erteilen und das

moralische Wort für die Partei zu führen. Eine Partei, die sich selbst achtet, kann einen solchen Sittenrichter nicht acceptieren. Wäre Mehring in seiner Vethätigung nicht über den Rahmen hinausgegangen, in dem er sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hielt, so wären der Partei die letzten, ihr moralisches Ansehen so schwer schädigenden Vorgänge erspart geblieben. Mehrings Verdienste um die Partei liegen auf wissenschaftlichem Gebiete. Die Wissenschaft ist aber ein Gebiet, wo nicht der Charakter, sondern die Befähigung entscheidend ist; Sache des Parteivorstandes wird es sein, Mehrings Fähigkeiten auf wissenschaftlichem Gebiete für die Partei in vollem Umfange nutzbar zu machen. Aber als Hüter der Parteimoral, als Sittenrichter ist Mehring gerichtet und alle Kunst, ihn weiß wie Schnee zu waschen, ist und bleibt vergeblich.“

Zur Steuer der Wahrheit.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „In der Erklärung des „Vorwärts“ ist auch davon die Rede, die „Leipziger Volkszeitung“ habe die Andeutung der Mehringschen Broschüre über die Mitwisserschaft des Redakteurs Eisner von dem Dramatischen Komplotz „bereits zu der vollendeten Thatsache verhärtet, daß der „Redakteur Eisner“ Mitwisser, Mitthäter, wenn nicht gar Räbelsführer des gegen Mehring in Dresden explobierten „Komplotz“ sei.“

Das ist natürlich eine Uebertreibung. Wir haben lediglich die Behauptung Mehrings übernommen und dem „Vorwärts“ nahegelegt, sich dazu zu äußern. Mehrings sind wir unterrichtet, daß ein an dem Komplotz gänzlich unbeteiligter und, wie jeder anständige Mensch, darüber empörter Redakteur des „Vorwärts“ Mehring schon am 10. September hat eine Warnung zugehen lassen, die diesen nur durch einen Zufall nicht erreicht hat. Warum regt sich übrigens der „Vorwärts“ jetzt über den „Redakteur Eisner“ auf? Erwähnt er sich nicht mehr des „Leipziger Redakteurs“?“

Diese Darstellung muß in jedem Leser die Vorstellung erwecken, daß die Erklärung Eisners, er sei in keiner Weise an dem „Komplotz“ gegen Mehring beteiligt, er habe auch nicht einmal etwas davon gewußt, eine Lüge sei; ein Kollege Eisners selbst habe vielmehr Mehring mitgeteilt oder mitteilen lassen, daß Eisner gegen Mehring konspiriere.

Demgegenüber erklären sämtliche Redakteure des „Vorwärts“, die durch die „Leipziger Volkszeitung“ dem Verdaht des Redaktions-Direktors ausgelegt sind, daß keiner von ihnen, weder direkt noch indirekt, Mehring irgendwelche Mitteilung oder Andeutung in der Richtung gemacht hat, daß Kollege Eisner in irgend einer Weise an dem „Komplotz“ gegen Mehring beteiligt sei oder darum wisse.

Ich bestreite nicht, daß ich einige Tage vor dem Parteitage einen Freund und Parteigenossen, mit dem ich über den kommenden Parteitag sprach, ermahnt habe, Mehring davon zu unterrichten, daß ich noch erhaltenen Mitteilungen annehmen zu dürfen glaube, gegen ihn sei ein Angriff in Dresden geplant. Diese Warnung hielt ich als früherer Kollege Mehrings für meine Pflicht und würde unter gleichen Umständen genau wieder so handeln. Dagegen ist es völlig unrichtig, daß ich gesagt habe, Eisner sei an Komplotz beteiligt. Von Eisner oder irgend einem andern Mitgliede der Redaktion des „Vorwärts“ ist dabei überhaupt nicht die Rede gewesen.

Heinrich Cunow.

Zur Mehring-Broschüre.

In seiner Rechtfertigungsschrift beehrt mich Mehring auch mit einem eignen Kapitel. Daczu entdeckt er, daß ich die „einzige abgekochte Poffenfigur bin, die bisher die ehrenreiche Geschichte der Sozialdemokratie verunzert hat“. Weshalb? Weil ich „den Tag über freiwillig im Joche der kapitalistischen Geschäftspreffe schartwerle und mich abends als revolutionären Sozialisten aufspiele“.

Mehring hebt meine Jugend hervor. Sein Alter scheint mir bedeutlicher. Es hat ihm das Gedächtnis geschwächt. Sonst mußte er sich an drei Dinge erinnern: Erstens gab es einmal einen gewissen Franz Mehring, der hatte bereits in den Jahren 1878-80 eine ganze Reihe von solchen sozialdemokratischen Poffenfiguren entdeckt. Allerdings war nach seinem Urteil damals die Geschichte der Sozialdemokratie noch nicht ehrenreich, sondern die Geschichte einer „Gesellschaft von Vandalen“. Zweitens gab es einmal einen gewissen Franz Mehring, der „schartwerle“ freiwillig in der kapitalistischen „Volks-Zeitung“ und in der kapitalistischen „Saale-Zeitung“ und schrieb zur gleichen Zeit in die „Neue Zeit“, die Wochen-schrift der revolutionären Sozialdemokratie. Und endlich: es gab einmal einen gewissen Franz Mehring, der übergoß Karl Marx mit höhnischem Spott, weil dieser die Zunahme, finanztechnische Berichte für den königlich preussischen „Staats-Anzeiger“ und deutschen „Reichs-Anzeiger“ zu liefern, abgelehnt hat.

Daß ich es als eine ganz unbediente Ehre ansehe, von Mehring als Rägner und Verleumder angeprochen zu werden, werden die Genossen begreifen, wenn sie sich daran erinnern, daß dieser Herr einst folgende Ehrennennungen vergab: Vassalle — ein „vollendeter Demagoge“, Karl Marx — ein „die niedrigsten Leidenschaften niedrig aufwiegelnder Wähler“, Wilhelm Liebknecht — „eine Verleumdung ist ihm gemein genug“, August Bebel — „Geschwätz Viehwech“, sein Buch über die Dauerkriege „ist ebenso anmaßlich wie albern“, Geib, Motteler, Walster — „ihre unveräußerliche Erbschaft ist der gänzliche Mangel an jeder geistigen und sittlichen Disziplin“.

Wenn ich trotzdem hier Mehrings gemeinen Verdächtigungen entgegenzutreten mich veranlaßt sehe, so geschieht das lediglich, weil Mehring zu passender Zeit das Schweigen der moralischen Ueberlegenheit in ein Schweigen der Verlegenheit umdeuten würde. Es ist das so seine Taktik.

Also meine erste Verleumdung: Ich soll Mehring der Lüge geziehen haben, weil er am 12. September schwarz auf weiß erklärt hatte, er sei seit 1885 Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ gewesen. Das ist ein Jertum Mehrings. Ich habe laut Protokoll (Seite 205) in Dresden gesagt: „Das mag ein Gedächtnisfehler sein, auf den ich weiter kein Gewicht lege.“ Aber thatsächlich hat Mehring in jener Erklärung die Unwahrheit gesagt. Denn er ist erst nach dem Verbot der „Volks-Zeitung“ im Jahre 1889 ihr Chefredakteur geworden. Aber Mehring fügt jetzt zu der ersten Unwahrheit — um in seiner Primosen-sprache zu reden — eine absichtliche Fälschung. Er sagt, in seiner Streitschrift „Kapital und Presse“ habe er ausgesührt, daß ihm von 1885 bis 1889 die politische Leitung der Zeitung zugefallen sei. Das soll den Eindruk erwecken, als ob er in der ganzen Zeit von 1885 bis 1889 wenn auch nicht do jure, so doch do facto Chefredakteur gewesen sei. In Wirklichkeit lautet die Stelle („Kapital und Presse“, Seite 8): „Gleichwohl fiel mir thatsächlich mehr und mehr die politische Leitung des Blattes zu“. Diese Fassung deutet auf einen allmählichen Vorgang. Sie läßt das Tempo unbestimmt.

Meine zweite Verleumdung: Mehring schreibt: „Es ist eine Lüge des Bernhard, daß ich den Artikel der „Zukunft“ vom 4. März 1899 nicht widerlegt haben soll; diese Widerlegung findet sich in der Nachschrift zur zweiten Auflage der „Habeln“, die dem Bernhard belamnt ist, wie er in dem Inserat der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zugegeben hat.“ Es muß wohl auch das Alter sein, das Herrn Mehring jetzt schon die deutsche Sprache, die er selbst einst meisterhaft handhabte, nicht mehr verstehen läßt. Jemand widerlegen, heißt doch immer noch: nachweisen, daß dieser jemand Falsches behauptet hat. Ich weiß nun wohl, daß Mehring gegen den Artikel der „Zukunft“ geschrieben hat, aber daß er ihn widerlegt hat, bestreite ich energisch.

Es sei denn, man schöbe dem Wort „widerlegen“ den Sinn unter, einen ohnehin zweifelhaften Thatsbestand durch eine geschickte Gruppierung von Worten und Thatsachen völlig zu verdunkeln.

Meine dritte Verleumdung: Ich habe mitgeteilt, daß Mehring an Harden eine Postkarte geschrieben hat, in der stand: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlant für angemessen und notwendig halten, wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Limmel jahm zu machen.“ Die Wichtigkeit der Thatsache an sich kann Mehring nicht bestreiten. Nun aber greift er: „Erst nach Schoenlants Tode... ist die Karte vom 11. September 1892 ausgegeben, aus ihrem Zusammenhang gerissen, bis auf den letzten Satz verflümmelt worden, um aus einem flüchtigen Worte heftigen Unmuts eine berechnete Verleumdung zurechtzufächeln.“ Hier läßt Mehring, bereits in der „Zukunft“ vom 4. März 1899 hat Harden — ohne Schoenlants Namen zu nennen — das edle Anerbieten des Mehring verflümmelt. Damals hätte doch der „Tote zeugen“ können, und damals hat den Mehring doch noch nicht die „Rücksicht“ auf einen Toten an einer ganz erschöpfenden Aufklärung gehindert“. Aber damals lag dem Mehring an der „ganz erschöpfenden Aufklärung“ anscheinend nicht sehr viel. Mehring legt jetzt den Hauptwert auf einen Satz der Karte, in dem er Harden auffordert, in der ersten Nummer der „Zukunft“ über Charakter und finanzielle Hilfsquellen seines Blattes öffentlich Rechenschaft abzulegen. Warum? Weil Schoenlants, Bebel's und Liebknecht's kritische Bemerkungen an Viertisch über Herrn Hardens zweipolige Natur auch an Mehring nicht spurlos vorübergegangen waren. Also: Schoenlant putzt Mehring gegen Harden auf. Und Mehring bietet dann dem Mann, gegen den er mißtrauisch gemacht ist, schnell — so ganz en passant — Material gegen seinen Parteigenossen an, mit dem er eben noch am Viertisch zusammengesessen. Ei beleiße nicht gegen den Parteigenossen Schoenlant, sondern gegen den Mann, der sich durch die Todfüße außerhalb der Partei gestellt hatte, mit einigen Freunden Lindaus zu kniepen und sich die Kontrolle seines Abend-schoppens durch den Mehring zu verbitten. Ich weiß nicht, ob die Genossen für solch seine Unternehmungen empfänglich sind. Ich nicht. Ob Schoenlant dem Mehring später verziehen hat, geht mich gar nichts an. Das war seine Privatsache. In dem Schlaglicht, das die Postkarte auf Mehrings Charakter wirft, wird dadurch nichts, rein gar nichts geändert. Und nur zur Charakteristik des Niedermannes habe ich die Karte in Dresden vorgebracht.

Meine vierte Verleumdung: Ich habe gesagt: Mehring verdächtigt dem Parteigenossen Harden gegenüber nicht nur Schoenlant, sondern auch Bebel und Liebknecht der Korruption.“ In der Karte steht es: „Mit Bebel und Liebknecht habe ich vorgestern gesprochen, doch fand ich sie schon durch Schoenlant mit dem Gift der Lindau-Clique inficirt.“ Ich erlaube mir auch heute noch diese Worte so zu deuten, daß darin Bebel und Liebknecht der Zugänglichkeit für das korrumpierende Gift der Lindau-Clique verdächtigt werden.

Meine fünfte Verleumdung: Ich habe gesagt: Es ist falsch, wenn Mehring es in der „Leipziger Volkszeitung“ so darstellt, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt“ und die Mitarbeiterchaft an der „Zukunft“ abgelehnt.“ Mehring muß zugeben, daß er lediglich das „Bedenken“ seines bescheiden Rufes in der bürgerlichen Gesellschaft gegen seine Mitarbeiterchaft äußerte. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und bin bereit. Jetzt sollen das höfliche Ansichten gewesen sein. Eine „staatsmännische“ Höflichkeit, die nach Jahren noch so sein verwendbar ist. Doch das zugegeben! Wie reimt sich damit zusammen, daß er am 14. Oktober Herrn Hardens „literarisches Haus“ keineswegs für zu unanständig hielt, um es zu betreten, und ihm einen Artikel über die Krisis in der freien Volksbibliothek anbot? Ja, sagt Mehring, „für den politischen Inhalt der „Zukunft“ war ich damit in keiner Weise engagirt.“ Und solche Ausflüchte soll man ernst nehmen! In der „Leipziger Volkszeitung“ und auf dem Dresdener Parteitage ward übrigens den sozialdemokratischen Mitarbeitern der „Zukunft“ über das gleiche Thema eine ganz anders klingende Variation aufgespielt.

Meine sechste Verleumdung: Wegen sie wendet sich Mehring gar nicht. Und doch, sie hätte er als die schwerste empfinden müssen. Denn alles andre, was speziell ich gegen Mehring vorgebracht hatte, war wohl geeignet, seinen Charakter in etwas trübem Licht erscheinen zu lassen, aber auf seine literarische Tätigkeit war damit auch nicht der geringste Makel gefallen. Nun aber beschuldigte ich ihn einer literarischen Chloisigkeit und — Mehring schwieg und schweigt weiter. Ich hatte ausgesührt, Mehring spreie sich damit ins Gesicht, daß er einzelne Stellen aus seiner alten Schrift gegen die Sozialdemokratie fast wörtlich in die neue übernommen habe, indem er nur einzelne Worte änderte, z. B. aus „wahr“, „unwahr“ machte. Ich habe eine Fülle von Belegstellen dafür beigebracht, die aus dem Parteitage stammende Heiterkeit und gleichzeitig auch stürmische Empörung hervorgerufen haben. Man konnte auch wirklich im Zweifel darüber sein, ob man diese Schmod-leitungen Prima Qualität belachen oder beweinen sollte, Mehring regaltet mich als Quittung dafür mit dem perfiden Witz: Ich „spracherte mit der alten Garderobe, die er vor mehr als zwanzig Jahren abgelegt habe“. Der Witz — es steht immerhin beachtenswerter Galgenhumor darin — trifft vorbel. Ich spracherte nicht mit Mehrings alten abgelegten Kleidern, sondern deckte die bis dahin in Parteitreffen anscheinend nicht genügend bekannte Thatsache auf, daß Mehrings neue literarische Gewandung zu einem Teil aus den alten Fetzen besteht, die er hat wenden lassen. Leider ist diese Thatsache für die bürgerlichen Zuschauer unsrer Parteithätigkeit bereits 1899 durch den Parteigenossen Professor Adler ausgebeutet worden. Mehring nennt den diesbezüglichen Artikel der „Zukunft“ einen „Schmutz-artikel“. Der Bezeichnung möchte ich zustimmen. Nur hat das Parteimitglied Mehring und leider nicht der angezeigte Parteigenosse den Schmutz dazu geliefert.

Es war leider nötig, etwas Raum dranzuwenden, um die einzelnen „Widerlegungen“ Mehrings ins rechte Licht zu setzen. Aber ich mußte ausführlich zeigen, daß in ein e Anklagen gegen Mehring seine Verleumdungen waren. Er hat nicht eine einzige einstraffen können, ebenso wenig, wie er den Vorwurf zu widerlegen vermochte, daß er in all seinen Erklärungen bis in die letzte Zeit hinein den Parteigenossen wesentliche Dinge aus seiner Vergangenheit verschwiegen hat. Er hat ihnen vorenthalten, daß er sich bereits 1875 in seiner Schrift gegen Treitschke als Sozialdemokrat gerierte, daß er gerade zur Zeit, als die erste Verlagerung des Sozialistengesetzes beraten wurde, in der „Gartenlaube“, dem Leitblatte des deutschen Spieghelums, diesem das Gruseln vor den Socis beibrachte, daß er noch 1882 eine Schrift veröffentlichte, in der Bismarck verherrlicht wurde. Das alles hat er nicht mit verschwiegen, sondern vertuscht. Ebenso hat er nichts davon verlauten lassen, daß noch 1891 — er war damals schon Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ — in seiner Broschüre „Kapital und Presse“ (Seite 61) zu lesen steht: „Wie jedem, der sich eingehend mit den sozialen Problemen befaßt hat, ist es mir schwer oder unmöglich, mich mit Gout und Haaren einem der bestehenden Fraktionsverbände zu verschreiben“. Und noch auf dem Parteitage selbst ist er einer neuen Täuschung überführt worden. In einer seiner Erklärungen in der „Leipziger Volkszeitung“ sagte Mehring: „Ich habe seit dreizehn Jahren, in denen ich für die Partei thätig bin, noch nicht eine einzige Zeile für sie geschrieben, zu der ich nicht von berufener Seite aufgefordert wäre — ebenso meine selbständigen Schriften sind, ohne jede Ausnahme, nur verfaßt worden, wenn die Initiative zu dieser Thätigkeit von den entsprechenden Instanzen an mich erging“. Aus der Rede Bebel's am 15. September (Protokoll Seite 22) ist zu ersehen, daß Mehring dem Genossen Diez die Proposition gemacht hat, die Geschichte der Sozialdemokratie zu schreiben. Also gerade zu dieser für ihn

doch ihre besten Arbeit ist die Aufforderung von ihm an die maßgebenden Stellen und nicht umgekehrt ergangen. Anstatt diese Verleumdungen niederzuschlagen, spannt Mehring sentimentale Saiten auf, spricht von „Kampft“, „hinterlistigem Ueberfall“ und „Meuchelmord“. Ich muß für meine Person diese Insanien auf das energischste zurückweisen. Mehring muß erwarten, daß ich, gegen den er nicht sachlich polemisiert, sondern dessen Ehre er in der niedrigsten Weise in den Kot gezogen habe, mich in Dresden energisch zur Wehre setzen und die sehr berechtigte Frage stellen würde: Wie sieht der Staatsanwalt aus? Nicht ich dabei hin überfallen, sondern er mich. Und ich habe mich gewehrt nach einer Mehring nur zu wohl bekannten Methode. Aber ich habe nicht eine Thatsache vorgebracht, die nicht vorher schon publizistisch verwertet war und auf deren Vorbringung Mehring nicht gefaßt sein dürfte. Deshalb also das weibliche Gewinsel über seine Wehrlosigkeit? Mir gegenüber war Mehring nur wehrlos durch die Schwäche seines Materials, das er deshalb gar nicht erst herbeibrachte. Daß Mehring bis auf den heutigen Tag ein Mann geblieben ist, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, hat niemand schlagender bewiesen, als — Mehring selbst in seiner Rechtfertigungsbroschüre.

Berlin, den 25. Oktober 1903. Georg Vernhard.

Von Beschlüssen der Parteigenossen zum Parteitag

Im Socialdemokratischen Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis beschäftigten sich die Genossen in drei Versammlungen mit dem Parteitag. Der Delegierte Stengeles nahm entschiedene Stellung gegen die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und gegen den Revisionismus. Den Klagen über den schlechten Ton des Parteitages kam er nicht beizukommen. Ihn entgegnete in der ersten Versammlung v. Elm, dessen Ansichten aus mehrfache Veröffentlichungen bekannt sind. Ihm traten zwar einige Redner in der Hauptsache bei, die meisten Redner schlossen sich jedoch mehr Stengeles Meinung an. Die Versammlung endete mit Annahme dieser Resolution:

Der Socialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis erklärt seine volle Zustimmung zu den Beschlüssen des Dresdener Parteitages und spricht seine Genehmigung aus darüber, daß durch die mit an Einstimmigkeit gezugener Majorität erfolgte Beurteilung und Abweisung der revisionistischen Bestrebungen dargelegt worden ist, daß die Socialdemokratie Deutschlands von einer Abschwächung des Kampfescharakters sowohl des Programms als der Taktik nichts wissen will. Ferner erklärt der Verein sich befriedigt durch den Ausgang der Debatte über die Frage der Mitarbeit an der bürgerlichen Presse, in der Hoffnung, daß durch den bezüglichen Beschluß ein für allemal den Anstrengungen von Genossen mit den journalistischen Verfechtern der kapitalistischen Interessen ein Ende gemacht ist.

Im Socialdemokratischen Verein in Kiel wurde die Debatte über den Parteitag zu Ende gebracht durch Annahme folgender Resolution:

Die am 1. und 16. Oktober tagende Versammlung des Socialdemokratischen Vereins erkennt an, daß im Rahmen des Programms der socialdemokratischen Partei verschiedene Standpunkte zur Geltung gebracht werden können. Sie ist aber der Ansicht, daß ein Teil der Meinungsäußerungen, welche in letzter Zeit von einzelnen Genossen gemacht wurden, die Gefahr einer Verwässerung der Partei mit sich brachten. Demgegenüber war es nach Ansicht der Versammlung wohl angebracht, daß ein Warnungszeichen für Schwärmergeist erteilt wurde. Als ein solches Warnungssignal betrachtet die Versammlung die Resolution Bebel-Singer-Kautsky.

Geno ist die Versammlung damit einverstanden, daß Parteigenossen, die selbst nicht den nötigen Takt besaßen, um sich zu sagen, daß sie in gewissen bürgerlichen Blättern nicht schreiben durften, nachgeholfen wurde. Daraus stimmt sie der Resolution, welche der literarischen Tätigkeit Grenzen zieht, freudig zu.

Daß im übrigen der Parteitag nicht die Zeit fand, eine Reihe wichtiger Fragen so eingehend zu verhandeln, wie sie es verdienen, liegt an der ungenügenden Art, mit der einige wenige Genossen ihre nicht gute Sache zu verteidigen suchten. In der Hoffnung, daß derartige Vorgänge in Zukunft vermieden werden und in der Einsicht, daß die lange Auseinandersetzung nicht schuld der Mehrheit der Delegierten sei, stimmt die Versammlung der Gesamttätigkeit des Parteitages zu.

Eine Parteiversammlung in Koburg beschloß:

Die Versammlung begrüßt es mit Genehmigung, daß der Parteitag in Dresden in der Frage der Mitarbeit der Parteigenossen an der bürgerlichen Presse sowohl als auch in der Taktik eine Richtschnur gegeben hat, welche von jedem, der sich zur Partei bekennt, auch beachtet werden muß. Die Versammlung verwirft diese revisionistischen Bestrebungen und hält unbedingt fest an der alten bewährten Taktik der Partei. Sie erkennt deshalb die Notwendigkeit des Vorgehens des Genossen Bebel gegen diese Bestrebungen an, verurteilt jedoch die unklaren und gefährlichen Auseinandersetzungen, die bei manchem Parteitagredner, insbesondere aber bei den Genossen Heine, Baum und Vernhard den nötigen Takt vermissen lassen, hofft aber, daß der sich jetzt vollziehende Reinigungsprozeß der Partei zum Segen gereichen möge.

In H o s t a t wurde beschlossen:

Die Parteiversammlung ist mit dem Verlauf des Parteitages nicht zufrieden. Sie erklärt sich aber mit den Beschlüssen desselben einverstanden. Sie bedauert, daß auf dem Parteitag infolge der langen literarischen und theoretischen Debatten die praktische Arbeit, besonders aber das Gebiet der Socialpolitik, vernachlässigt worden ist. Die Versammlung verurteilt die persönlichen Angriffe und den leidenschaftlichen gehässigen Ton, welcher in den Verhandlungen zum Ausdruck kam, da sie der Meinung ist, daß auch ohne diesen ein Ausgleich der Differenzen sich hätte finden lassen. — Die scharfe Zurückweisung der revisionistischen Bestrebungen erkennt die Versammlung insoweit als vollberechtigt an, als solche nicht geeignet sind, den Kampfescharakter der Partei zu verwischen. Die Versammlung hofft, daß der Dresdener Parteitag den Abschluß des unliebsamen Streites bildet und die nächsten Parteitage sich mehr mit positiver Arbeit beschäftigen mögen.

Die Darmstädter Genossen nahmen in einer Parteiversammlung folgende Resolution an:

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, verurteilt aber die scharfe und verlegende Sprache in der Diskussion. Im ferneren verurteilt die Versammlung die nach dem Parteitag geführte Polemik in den Parteiblättern, insbesondere die einseitige Stellungnahme der Mainzer Volkszeitung. Um dem häßlichen Streit zwischen Radikalismus und Revisionismus ein Ende zu bereiten und eine gedeihliche Fortentwicklung der Parteiverhältnisse zu ermöglichen, werden die Parteigenossen verpflichtet, das socialdemokratische Programm, so laute es besteht, in allen seinen Teilen anzuerkennen und zu respektieren.

In einer Parteiversammlung in Worms war vor einiger Zeit beschlossen worden:

Die heutige Versammlung verurteilt entschieden die einseitige revisionistische Schreibweise der „Mainzer Volkszeitung“ und schließt sich den Ausführungen der Bregenheimer Genossen an, denn mit diesem Verhalten ist es unmöglich, in Worms Momente zu gewinnen zu können, da könnte man gleich die freisinnig-liberale-national-socialen „Wormser Volkszeitung“ lesen, die denselben Standpunkt vertritt.

Daraufhin sprach der Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“ in einer zweiten Parteiversammlung über Revisionismus und Taktik. Nach längerer Debatte, in der viele Redner dem Vortragenden entgegentraten, wurde die erste Resolution fallen gelassen und mit 25 gegen 21 Stimmen beschlossen, nichts zu beschließen.

In Remscheid wurde nach dem Referat des Delegierten Weist eine Resolution angenommen, dieses Inhalts:

Die Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages vollständig einverstanden und begrüßt das Festhalten an unserer alten bewährten Taktik. Sie verurteilt ganz entschieden die revisionistischen Bestrebungen einiger Parteigenossen, welche nur dazu

führen, unsere Partei von ihrer alten sieggelohnten Bahn abzudrängen. Die Art der Diskussion auf dem Parteitag, die persönlich-gehässigen Angriffe, welche aber hauptsächlich von verschiedenen Revisionisten ausgehen, kann als fördernd für die Parteibewegung nicht bezeichnet werden, doch hält es die Versammlung für eine Notwendigkeit, daß gegen das Verhalten der Revisionisten ernstliche Stellung genommen wurde, sie begrüßt es, daß die Resolution Bebel-Kautsky-Singer mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Die Düsseldorf Genossen verhandelten in drei Versammlungen über den Parteitag und beendeten die Verhandlung schließlich durch Annahme folgender Resolution:

Die außerordentliche Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Düsseldorf stimmt den zur Frage der Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Blättern sowie der Taktik angenommenen Resolutionen lebhaft zu und bedauert nur, daß es einer besonderen Aktion bedarf, um Parteigenossen an Selbstverständliches zu mahnen. Die Versammelten haben keinen Grund, den Genossen Bebel wegen seiner oft scharfen Ausführungen zu diesen Fragen zu tadeln, umsoweniger, als die Entwicklung der Dinge gezeigt hat, daß dieselben angebracht waren. Hingegen fühlen sich die Parteigenossen Düsseldorf nach allem Vorgekommenen verpflichtet, den aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommenden ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um Situationen wie der gegenwärtigen, sowie einer Vergewandung Zeit auf Parteitag durch tagelange Akademiker- und Revisionistendebatten vorzubeugen. Zum Schluß erwartet die Versammlung ganz bestimmt, daß auf den nächsten Parteitagen den Fragen der Organisation und Agitation eine bedeutend größere Beachtung geschenkt wird, während sie in schärferer Weise dagegen protestiert, daß andre Angelegenheiten in Bezug auf Verhandlungsdauer in ein umgekehrtes Verhältnis zu ihrem Wert gebracht werden.

Partei-Nachrichten.

Die Landeskonferenz der anhaltischen Parteigenossen wurde am Sonntag in Cöthen abgehalten. Auf dieser Konferenz war auch eine Debatte über Parteitaktik geplant, sie wurde jedoch bis nach Erledigung der praktischen Arbeiten verschoben und schließlich durch Geschäftsordnungsbeschlüsse ganz aufgegeben. Vorher waren drei Resolutionen zur Taktik eingegangen. Eine wandte sich gegen die vom „Volksblatt“ verfolgte Parteitaktik. Eine verlangte Friede und Einigkeit und die dritte spricht einfache Anerkennung der Parteitagbeschlüsse aus. Diese wurde nach Absehung der Debatte zum Beschluß erhoben.

Einer der Delegierten, P. Stauf, erklärt im „Volksblatt“, daß er nach Rücksprache mit 20 andern Delegierten (91 besuchten die Konferenz) die Einberufung einer neuen Konferenz beantragte mit der Tagesordnung: Die verflozene Reichstagswahl und die Taktik.

Totenliste der Partei. In Rixten bei Dresden verunglückte der Parteigenosse Gau zu n tödlich. Er stürzte von einem hohen Baumstamm und war sofort tot. Im vergangenen Frühjahr wurde er als langjähriger guter Arbeiter auf der Schiffswerft Uebigau entlassen wegen „Arbeitsmangels“. Für einen jüngeren, erst vor einem Jahre eingestellten Arbeiter war allerdings Beschäftigung vorhanden. Alles weitere Nachfragen nach Arbeit war erfolglos. Am vergangenen Donnerstag hatte Gau auf einem Bau zu arbeiten angefangen und schon am Freitag früh ereilte ihn das Unglück. Die Arbeit auf hohem Gerüst war für ihn jedenfalls eine ungewohnte. Genosse Gau war Mitbegründer der Rixtener Partei-Organisation und hat innerhalb derselben bis zu seinem Tode in opferfreudiger Weise für dieselbe gewirkt. Die Genossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Polizielles, Gerichtliches usw.

Druckschriftenverteilung zu Wahlzwecken.

Am 28. März 1903, dem Tage, wo die Kunde von der Ausschreibung der Reichstagswahlen telegraphisch verbreitet wurde, ließen sich mehrere polnische Genossen aus der Gegend von Weiden vom Genossen Dr. Winter, dem Reichstagskandidaten, Wahlflugblätter: „An das arbeitende Volk!“ geben und verteilten sie öffentlich, auf der Chaussee, an die Vorübergehenden. Dohwiesch hielt die Blätter und Djombia gab sie den Passanten. D. und S. wurden auf Grund der zum Teil noch rechtsgültigen §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes angeklagt, weil sie ohne die hierfür erforderliche polizeiliche Erlaubnis öffentlich Aufrufe verteilt hätten. Die Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben, indem sie sich auf § 43 der Reichs-Gewerbeordnung beriefen, worin unter andern bestimmt ist: „Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages nicht erforderlich. Dasselbe gilt von der nichtgewerbsmäßigen Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.“ Ihnen sei, betonten die Angeklagten, die Ausschreibung der Reichstagswahl bereits durch ein Telegramm bekannt gewesen. — Das Landgericht Weiden verurteilte jedoch als Verurteilungsinanz die Angeklagten zu Geldstrafen. Es stellte fest, daß zwar die fragliche kaiserliche Verordnung über den Wahltermin vom 28. März datiert sei, daß ihre Veröffentlichung im „Reichs-Anzeiger“ und „Reichs-Gesetzblatt“ aber erst am 30. März erfolgte. Diese amtliche Publikation ersetzte das Gericht bei Anwendung des § 43 der Gewerbe-Ordnung für maßgebend. Der Strafsenat des Kammergerichts schloß sich dem an und verwarf die Revision der Angeklagten.

Aus Industrie und Handel.

Anschluß der Hüttenzechen an das Kohlenrubikat. Wie der „Ahein-Westf. Ztg.“ von dem Syndikat naheliegender Seite mitgeteilt wird, haben folgende Hüttenzechen den Syndikatsvertrag heute unterschrieben: Gewerkschaft Deutscher Kaiser - Bruchhausen, Friedr. Krupp, Bochumer Verein, Phönix und Hörder Bergwerks- und Hüttenverein. Es stehen demnach noch aus: Gutehoffnungshütte, Gebrüder Stumm (Winkler Achenbach), Dortmunder Union, Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, Schaller Gruben- und Hüttenverein, Rheinische Stahlwerke, Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hüttenverein, Eisen- und Stahlwerk Bösch, Fenischer Hütten-Aktienverein (Erone) und Lothringer Hüttenverein (General), deren Zustimmung bereits sicher ist und deren Unterzeichnung in den nächsten Tagen notariell vollzogen werden wird. Die Verhandlungen mit der Familie Daniel sind in der am letzten Sonnabend stattgefundenen Konferenz zu einem definitiven Resultat noch nicht gekommen. Der Beitritt der Danielschen Zechen dürfte aber auch nur eine Frage der Zeit sein.

Außenhandel Großbritanniens. Im Monat September 1903 belief sich der Wert der Einfuhr nach Großbritannien auf 45 451 184 Pfd. Sterl., d. i. 3 696 693 Pfd. Sterl. mehr als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Der Wert der Ausfuhr britischer Erzeugnisse betrug 23 315 761 Pfd. Sterl. und zeigt im Vergleich zum September 1902 eine Abnahme von 480 350 Pfd. Sterl.

In den Monaten Januar bis September des laufenden und des vergangenen Jahres gestaltete sich die Handelsbewegung wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1902	1903	1902	1903
Wert in 1000 Pfd. Sterl.				
Nahrungsmittel und Tabak	165 198	168 469	11 961	11 535
Rohstoffe und Halbfabrikate	122 270	122 647	25 080	26 490
Fabrikate	99 510	101 439	169 469	176 415
Verchiedenes (auch Poststücke)	1 923	1 682	2 660	2 938
Zusammen	388 871	394 237	209 500	217 978

Vom englischen Eisen- und Stahlmarkt. Das englische Roheisen-geschäft flaut immer mehr ab, obgleich in den letzten Wochen eine Zunahme der Verschiffungen von Roheisen nach mehreren Ländern des europäischen Kontinents, darunter auch nach Deutschland, stattgefunden hat. Die starken Sendungen nach den Vereinigten Staaten, die im vorigen Jahr einen Wert von über 30 Millionen Mark erreichten, haben fast ganz aufgehört. — An ihrer Stelle ist die Furcht getreten, daß demnächst von dort Roheisen und Stahl auf den englischen Markt geworfen werden könnte. Der „Aölnischen Volkszeitung“, die bisher meist recht gute Korrespondenzen über den englischen Eisenmarkt brachte, wird über die gegenwärtige Situation berichtet:

Die allgemeine Geschäftslage im englischen Eisen- und Stahlmarkt läßt sehr viel zu wünschen übrig. Besonders matt liegt zur Zeit der Roheisenmarkt; die Preise mußten während der letzten 14 Tage wieder beträchtlich nachgeben. Eine derartig säuwankende Haltung macht aber auf die Käufer natürlich sehr schlechten Eindruck; denn steigende Preise veranlassen die Verbraucher immer, die Deckung ihres Bedarfs in der Hoffnung auf billigere Bedingungen hinauszuschieben. Da außerdem der Winter vor der Thüre steht, also eine Zeit, in der immer Abflauung sich bemerkbar macht, läßt die abwartende Haltung der Verbraucher sich verstehen. Ein weiterer Punkt, der ungünstig auf die Gesamtfrage einwirkt, sind die schlimmen Gerüchte aus den Vereinigten Staaten. Hier befestigt sich immer mehr die Ansicht, daß große Abladungen amerikanischer Ware auf dem hiesigen Markt nur eine Frage der Zeit seien.

Fertigeisen, Stahl und Halbzeug sind unverändert, vielleicht sogar etwas besser. Die Schienenwalzwerke haben in der letzten Zeit recht gute Aufträge aus den Kolonien verbuchen können, und auch die englischen Bahnen scheinen jetzt zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß weiteres Zuwarten Verbilligung auch nicht mehr bringen wird. Im Clevelandbezirk wird für schwere Stahl-schienen nunmehr 100 Schilling netto rein, ab Werk, verlangt. Stahl- und Eisenplatten behaupten sich ebenfalls gut; wie es scheint, haben die englischen Verbraucher von Stahlschiffplatten ein Vorurteil gegen amerikanische Ware. Stabeisen und Stahlbarren finden jetzt besseren Absatz; in Süd-Staffordshire haben die Preise Veränderung nicht erfahren. Der deutsche Wettbewerb soll etwas nachgelassen haben.

Der Schiffbau ist nach wie vor ungenügend beschäftigt; zwar sind einige Dampfer in der letzten Zeit in Auftrag gegeben worden, dies hat jedoch die Gesamtfrage nicht beeinflussen können.

Krise und Arbeiterverbände in Amerika. Unsere schon vor einigen Tagen auf Grund verschiedener Mitteilungen geäußerte Ansicht, daß die amerikanischen Unternehmer die hereingebrochene Krise zu einem Druck auf die Arbeitslöhne und die Arbeiterverbände zu benutzen gedenken, wird durch eine der „Wof. Ztg.“ von ihrem New Yorker Korrespondenten zugesandte Mitteilung bestätigt, in der es heißt: Unter den amerikanischen Fabrikanten ist eine Organisation im Entstehen begriffen, welche die Arbeiterverbände gänzlich ignorieren will. Der hervorragendste Agitator in dieser Angelegenheit ist der als entscheidender Gegner der Arbeiterverbände häufig genannte Herr Parry, der Präsident der Fabrikantenvereinigung. Die neue Organisation soll den Grundfah folgen, daß kein Unterschied zwischen Unionisten und Nichtunionisten unter den Arbeitern gemacht werden soll oder darf. Den Mitgliedern der Arbeiterunion soll nichts in den Weg gelegt werden, aber deren Forderung, daß in einer Werkstatt oder Fabrik nur Unionisten angestellt werden dürfen, soll nicht mehr berücksichtigt werden. Die neue Organisation nimmt damit zugleich Stellung gegen die sogenannte Civic Federation, an deren Spitze Senator Hanna steht. Dieser Federation wird jede Berechtigung bestritten, weil ihre Tendenz in Streitfällen zwischen Unternehmern und organisierten Arbeitern zu vermitteln, eine Anerkennung des Unionswesens bedeutet.

Sociales.

Landarbeiterlos. Von der Strafkammer in Reusstadt D.-S. wurde ein Arbeiter des Dominiums Rosshau zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er von der Tonne des Gutes 50 Pfund Getreide gestohlen hatte. Der Arbeiter leugnete die That nicht, gab aber zu seiner Entschuldigung an, daß alle Arbeiter des Dominiums fehlten, weil sie mit 80 Pf. Tagelohn nicht auskommen können.

Rosshau gehört dem Grafen Scherr-Loß. Ueber die hiesige Arbeitslosen-Unterstützung in Zürich während den letzten zehn Jahren berichtet Genosse Merk, Admitt des schweizerischen Arbeitersekretariats, in dem jüngst erschienenen Berichte der städtischen Arbeitslosen-Kommission für 1902/03. In diesem Winter meldeten sich 713 Arbeitslose, wovon 665 nicht 572 Frauen und 1233 Kindern, zusammen 2470 Personen, unterstützt wurden und zwar mit 44 491,70 Frank, wovon für die Beschaffung von Lebensmitteln und Brennmaterial 38 747,80 Frank, für Miete 5086 Frank, Schuhe 680,90 Frank und für „Diverse Sachen“ 77 Frank verwendet wurden. 98 Arbeitslose waren mit dem Abbruch der alten Strafanstalt beschäftigt worden.

Während des letzten Decenniums hat die Stadt Zürich in acht Wintersemestern die öffentliche Arbeitslosen-Unterstützung organisiert, nur in den beiden Wintern 1894/95 und 1896/97 war dies nicht der Fall. In den verbleibenden acht Unterstützungsjahren haben sich insgesamt 7047 Arbeitslose gemeldet, wovon 4669 = 66,2 Proz. Schweizer und 2378 = 33,8 Proz. Ausländer (davon 1202 = 17,1 Proz. Deutsche) waren. Die Summe der geleisteten Unterstützungen beträgt 173 673 Fr., so daß im Durchschnitt auf jeden der unterstützten Arbeitslosen 42,70 Fr. entfallen. In den den Tabellen beigegebenen Erläuterungen kommt der Verfasser zu dem Schlusse: „Aus den vorliegenden acht Tabellen geht hervor, daß die Entwicklung des Arbeitslosen-Unterstützungswesens eine normale war und keine Sprünge machte. Sie zeigen aber auch, daß die Schwere der Arbeitslosigkeit im Zunehmen begriffen ist. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die Unterstützung Arbeitsloser bald aus dem Stadium des Provisoriums, in dem sie sich gegenwärtig noch befindet, in ein gesetzlich geregelt Definitivum übergehe, in ein Institut, an das die Arbeitslosen durch Gegenleistung ein Recht erwerben und dessen Benutzung für sie nicht mehr das Odium des Almosens trägt.“ Der Wunsch tendiert auch die Einführung der städtischen Arbeitslosen-Versicherung, die schon vor Jahren verflucht worden, aber an dem Widerstande der Unternehmer scheiterte.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streit und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Die streikenden Würtler hatten sich gestern vormittag wiederum sehr zahlreich im Gewerkschaftshause versammelt, um sich über den Stand ihrer Bewegung zu unterrichten. Das Referat hielt C o h e n. Er erwähnte zunächst, daß die Fabrikanten am Sonnabend wieder eine Versammlung hatten, aber der Öffentlichkeit nichts über irgend welche Beschlüsse mitgeteilt haben. In dem Bericht darüber wird lebhaft gelagt, daß sich am Stand der Bewegung nichts geändert hat, daß die nächste Zeit die Entscheidung bringen werde und daß von Streikposten Arbeiten verübt worden seien. Es sollen den Fabrikanten in ihrer Versammlung entsetzliche Schauergerichte über Arbeiter, die von Streikposten begangen sein sollen, erzählt worden sein. Man wollte sie offenbar damit gruselig machen. Es ist aber eine hinreichend bewiesene Thatsache, daß die Streikposten der Metallarbeiter sich streng im Rahmen der Gesetzmäßigkeit bewegen und nichts begangen haben, was auch nur im geringsten die thörichte Furcht solcher Fabrikanten rechtfertigt, die, wie gesagt wird, sich nur mit Revolver bedrohen auf die Straße trauen. Ebenjowenig Grund zu solcher lächerlicher Angstlichkeit hat der Generalsekretär Kasse, der die erschreckliche Geschichte erzählte: er sei neulich, als er später als sonst aus seinem Bureau kam, von sechs verdächtigen Gestalten verfolgt

worden und hätte dann trotz seines geladenen Revolvers solche Angst gefasst, daß er in eine Drochle gedrungen sei, um sich in Sicherheit zu bringen. Der Mann kann sich beruhigen und sicher sein, daß ihm von Streikenden kein Haar gekrümmt und keine Gelegenheit gegeben wird, sich als Verfolger oder gar als Märtyrer seiner Ueberzeugung aufzuspielen.

Von den Vorgängen in der letzten Versammlung der Fabrikanten hat man offenbar die wichtigeren Dinge der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Fabrikanten haben sich jetzt auf den 1. November berufen oder von den leitenden Scharfmachern betören lassen. Man meint, dann würden die Streikenden in Scharen kommen und dann könnte man eventuell durch Ueberführung des Versäumten wieder nachholen. Zur Beruhigung der Ungebuldigen wurde erzählt: bei einer Firma, wo elf Drücker streikten, hätten sich fünf wieder zur Arbeit gemeldet. Der Fabrikant hätte sie aber abgewiesen und ihnen gesagt, sie könnten nur wieder anfangen, wenn alle elf wieder zur Arbeit kommen würden. — Der Referent erklärte diese Geschichte für einen Schwindel, dazu erfunden, die Fabrikanten glauben zu machen, zum 1. November würden die Streikenden gelassen kommen. Wenn nur einer von den streikenden Drückern käme, würde der Fabrikant schon hoch erfreut sein und sich hüten, ihn wieder fortzuschicken. Die Streikenden, so erklärte der Referent, sehen dem 1. November mit größter Ruhe entgegen und werden nach diesem Tage den Kampf mit derselben Einmütigkeit fortsetzen wie bisher. Im übrigen bemerkte der Referent, daß die Metallarbeiter ganz Deutschlands mit größtem Interesse den Vorgängen in Berlin folgen. Selbst in Kleinstädten und an Orten, wo sonst wenig Verständnis für die Organisation vorhanden ist, sind Versammlungen, in denen von dem Berliner Streik gesprochen wird, außerordentlich zahlreich besucht. In vielen Tausenden von Flugblättern und Handzetteln wird überall auf die Bewegung aufmerksam gemacht und zur Vermeidung von Streikarbeit aufgefordert. Welche Sympathie man auch im Auslande dem Streik entgegenbringt, beweisen die Unterstützungsangebote. Wenn es notwendig werden sollte, davon Gebrauch zu machen, wird man in jedem Fall prüfen, um nicht etwa ausländischen Kapitalisten Vorschub zu leisten. Wir wollen, erklärte der Referent, unsere Arbeit hier behalten, aber sie auch nicht zu Schandlöhnen herstellen. Selbst wenn noch 25 Proz. zu dem hinzugelegten würde, was wir heute fordern, würden wir immer noch nicht den Verdienst haben, wie unsere englischen Kollegen. Aus diesem Grunde ist das Verbot von der Untergrabung der Konkurrenzfähigkeit durch die Forderungen eben nichts als leeres Gerede.

In der Diskussion wurde erwähnt, daß der Zinkwarenfabrikant Schumann in einer Annonce der „Volks-Zeitung“ bekannt macht, der Streik bei ihm sei aufgehoben, was den Tatsachen keineswegs entspricht. Vor der Fabrik laufen jetzt allerlei Leute herum, die mit den Streikposten Streit anzufangen und Ausläufe zu verursachen suchen. Das ist ihnen aber durch die Besonnenheit der Streikenden bis jetzt nicht gelungen. Am Sonntag ist wiederum in mehreren Metallwaren-Fabriken ohne behördliche Erlaubnis gearbeitet worden, so daß die Polizei genötigt war einzuschreiten. In einem Betrieb wurde sogar ein noch nicht 16 Jahre alter Junge bei der Arbeit erwischt. — In der gestrigen Versammlung wurde ferner über schändliche Mißhandlungen berichtet, die zwei Streikende aber sich ergeben lassen mußten. Die Verüber der Noheiten waren die Söhne eines Fabrikanten in der Stallstraße. Der eine soll erkrankt in einem Cigarrenladen, wo der Streikende im Begriff war etwas zu kaufen, und vor dem Laden, der unversehens Ueberfallene und Mißhandelte stürzte bewußtlos hin. Die Polizei sah nichts davon. Jedenfalls werden die Mißhandlungen dafür sorgen, daß die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein weiterer Erfolg der Adressenschreiber-Bewegung ist zu verzeichnen. Der Adressenverlag W. G. Otto, Lurmr. 20, hat gestern nach Verhandlungen mit den Vertretern des Centralverbandes der Handlungsgehilfen die von den Adressenschreibern aufgestellten Forderungen bewilligt.

Die Kupferschmiede beschloßen in ihrer am Sonntag abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung, von der 44. Woche ab 50 Pf. Extrabeitrag zu erheben und, da von ihren Ausgesparten nur noch einer vorhanden, den Metallarbeitern wöchentlich 100 M. für die Dauer der Aussperrung zu überweisen. Den Adressenschreibern wurden 30 M. bewilligt.

Die Lohnbewegung der Höhrer ist beendet und zwar mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter. Bekanntheit bilden die Höhrer einen Spezialberuf in der Baubranche. Während nun sämtliche übrigen Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins mit ihren Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen haben, existierte ein derartiges Vertragsverhältnis für die Höhrer bisher nicht. Wohl arbeiteten sie nach einem vor einigen Jahren mit den Unternehmern vereinbarten Accordtarif; doch war von einzelnen Positionen desselben in letzter Zeit förmlich abgedrückt worden, daß von einer Einheitslichkeit

der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr die Rede sein konnte. Unter diesen Umständen benutzte die Organisation der Höhrer die gegenwärtige günstige Konjunktur, um den alten Tarif zu verbessern. Außer der Erhöhung einzelner Accordsätze forderten sie auch die Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 70 Pf. unter gleichzeitiger Abschließung eines Tarifvertrages. Der größte Teil der Unternehmern lehnte die Forderung ab. Vier Firmen bewilligten indessen sofort, und da diese eine solche Fülle von Aufträgen hatten, daß sie sämtliche Arbeiter der Branche beschäftigen konnten, so kam es gar nicht einmal zu einem direkten Streik. Alle Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis in legaler Weise bei den tarifrechtlichen Unternehmern gelöst hatten, konnten bei den obigen vier Firmen placiert werden. Infolgedessen sahen sich auch die übrigen Unternehmer nach einigen Tagen wohl oder übel gezwungen, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Am Montag fanden die gemeinschaftlichen Verhandlungen statt, und deren Endresultat war, daß die Unternehmer die Forderungen der Höhrer mit einigen unwesentlichen Änderungen und Zusätzen anerkannten und sich verpflichteten, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen. Außerdem erklärten sie sich bereit, den jetzigen Tarif vor dem Gewerbegericht vertraglich auf ein Jahr mit vierteljährlicher Mündigungsfrist festzulegen.

Die Tarifbewegung der Töpferträger. Am Montag fand eine Mitgliebertagung der Töpferträger statt, die sich mit dem Antwortschreiben des Innungs Vorstandes befaßte. In dem vom Obermeister Thiele unterzeichneten Schreiben wird mitgeteilt, daß der Vorstand der Töpfer- und Ofenmacher-Innung in seiner Sitzung vom 12. Oktober als Antwort auf das Schreiben der Töpferträger vom 3. September folgender Beschluß gefaßt hat:

„Es liegt keine Veranlassung vor, mit den in unserer Branche beschäftigten Trägern in Tarifverhandlungen einzutreten. Eine Umfrage bei vielen maßgebenden Kollegen hat ergeben, daß der Verdienst der Träger bei Töpfermeistern ein decartiger ist, daß dieselben mehr dem Zufrieden sein können.“

Der Referent Deutler bemerkte hierzu unter anderem, daß die Meister sich aus ihren Lohnlisten diejenigen wenigen Träger herausgesucht hätten, die fast das ganze Jahr über Arbeit hätten und so zu dem Ergebnis gekommen seien, daß ein Töpferträger 1500—1600 M. per Jahr verdiene, was ihrer Meinung nach übermäßig sei. Den Zeitpunkt, die rechte Antwort auf das briefliche Schreiben der Meister zu geben, hält er jedoch nicht für gekommen, da infolge des Streiks in Belten Mangel an Arbeitsmaterial und damit auch Mangel an Arbeitsgelegenheit für die Töpferträger eingetreten ist. Auf Vorschlag des Referenten beschloß die Versammlung, die Lohnbewegung so lange zurückzustellen, bis der Belten Streik sowie die Differenzen der Ofenmacher erledigt sind.

Reiner wurde nach Erledigung mehrerer Vereinsangelegenheiten beschloßen, daß, wenn ein Kollege auf einem Bau in Arbeit treten will, wo vorher ein anderer aufgehört hat, unter allen Umständen sich zuvor mit der Leitung der Organisation in Verbindung setzen und anfragen soll, ob keine Differenzen auf dem Bau vorliegen.

Der Streik der Beltener Töpfer, Hilfsarbeiter, Aufseher und Maschinenisten dauert unverändert fort. Die Fabrikanten lassen jetzt die beladenen Kachelwagen mit der Eisenbahn transportieren und werden dann die beladenen Wagen vom Berliner Nord-Bahnhof abgeholt. Wir erlauben die Aufseher Berlins, diesen Transport vom Bahnhof nach den einzelnen Baustellen nicht zu bewerkstelligen und allen Zugang nach Belten fernzuhalten.

(Centralverband der Handels- u. Transportarbeiter.)

Die Polizei praxis gegenüber den Streikposten wird immer großartiger. Die Mehlgaße in Breslau ist für Maurer von der Polizei so ziemlich abgesperrt worden, weil sich auf dieser Straße ein Neubau befindet, über den für die Verbandsmittglieder die Sperre verhängt worden ist. Seit mehreren Tagen bereits wird jeder Maurer, der in dieser Straße stehen bleibt, von den zahlreich vertretenen Polizeimannschaften hinweg gewiesen. Am Montag aber waren die behördlichen Maßnahmen bereits so weit gediehen, daß dem Maurer Schirdbahn der Zutritt zu einem gegenüber dem Neubau gelegenen Cigarrenladen von der Polizei einmündig verboten wurde. Und das alles, obwohl auf oder bei diesem Bau nicht der geringste Zusammenstoß zwischen den Arbeitswilligen und den Verbandsmittgliedern stattgefunden hat. Aber es kommt noch besser. Am selben Tag wurde der betreffende Cigarrenkaufmann zum Polizeikommissar bestellt und aufgefordert, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in welchem er sich verpflichtete, den Streikposten den Aufenthalt in seinem Cigarrenladen nicht mehr zu gestatten. Der Cigarrenhändler lehnte natürlich die Unterzeichnung energisch ab, worauf darauf verzichtet wurde. Er beabsichtigt

jedoch, sich bei den vorgesetzten Behörden über die Geschäftsführung zu beschweren.

„Festiges Jureben“ Können die Herren Arbeitswilligen absolut nicht vertragen; deswegen fühlen sich die Polizeibehörden aller Orten auch genötigt, sie davon zu schützen. Dabei gehen sie gegen die Streikposten mit Mitteln vor, die über das festige Jureben weit hinausgehen. Zur Zeit des letzten Bochumer Maurerstreiks wurde eines Tages Genosse Aug. Wolf, als er aus dem Bahnhofsgelände der Station Bochum-Süd herauskam, von einem Polizeibeamten gestoppt, „ob er Wolf sei“, und als W. die Frage bejahte, aufgefordert, den Bahnhofspolizisten zu verlassen. Gleichzeitig gab der Beamte dem W. kund, daß er den Auftrag habe, ihn zu verhaften, falls er „wiederkäme“. Genosse Wolf sagte sich, führte aber die Weisung gegen diesen, seiner — und auch unserer Meinung nach gänzlich unberechtigten Eingriff in die persönliche Freiheit. Da er nicht glauben konnte, daß der betreffende Beamte wirklich im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde gehandelt, beschwerte er sich zunächst bei dieser selbst. Die Antwort war sehr kurz; sie lautete:

„Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der Polizeibeamte seine Befugnisse nicht überschritten hat.“

Die Stadtpolizei-Verwaltung: Der Erste Bürgermeister: Graf.

Diese Antwort genügte nun dem so kurzgefaßten Abgewiesenen nicht und er wandte sich beschwerdeführend weiter an den Regierungspräsidenten. Dessen Antwort ließ nun allerdings etwas lange (mehr als zwei Monate) auf sich warten; sie fiel dafür aber auch so originell aus, daß man sich über die Zeit, welche die Behörde zur Abfassung des Schriftstückes brauchte, gern hinwegsehen kann. Der Herr Regierungspräsident war ausführlicher als der Herr Bürgermeister und schrieb:

Ihre Beschwerde vom 6. August gegen die Verfügung der dortigen Polizeiverwaltung vom 3. August weise ich als unbegründet zurück.

Wie festgestellt, haben Sie bei Gelegenheit des letzten Maurerstreiks in Bochum am dortigen Bahnhof Streikposten gestanden und als solcher wiederholt verhaftet, die von auswärtig kommenden Arbeiter durch festiges Jureben (S) von der Arbeitsaufnahme abzuhalten, so daß schließlich die Polizeibehörde um Schluß gegen derartige Verhältnisse angegangen worden ist. Diesen Schluß zu genehmigen, war die Polizeibehörde um so mehr verpflichtet, als sie annehmen konnte, daß Ihr Verhalten den Arbeitswilligen gegenüber leicht zu Unruhen und Meibereien führen konnte. Sie war mithin um einer derartigen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorzubeugen, berechtigt Anordnung zu treffen, daß Sie vom Bochumer Bahnhof fortgewiesen wurden. Der Polizeiergeant Kimmich hat Sie daher am 22. Juli mit Recht aufgefordert, den Bahnhofspolizisten zu verlassen. Der besondern Angabe eines Grundes bedurfte es nicht und zwar um so weniger, als Sie über den Grund der Fortweisung nicht im Zweifel sein konnten.

Soll befreit nun, irgend jemand „festig“ zugeredet zu haben und will sich — wie hartnäckig der Verdacht ist! — an den Minister des Innern wenden. Auf den Tenor der Antwort, die Wolf von dem Minister erhalten wird, sind wir nicht neugierig, wohl aber auf die Begründung; denn die Antwort des Herrn Regierungspräsidenten ist doch eigentlich unübertrefflich.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hüfe, Brunnstr. 188: Generalversammlung aller Bezirke. Außerordentlich wichtige Tagesordnung. Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Mittwoch, 28. Oktober: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Das Vorgehen der Parbergesellschaft „Govan“ und der Gehilfenverband.

Marktpreise von Berlin am 26. Oktober 1903 nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Wolzen	gut	15,85	Barlotten, neue D. Gr.		6,00
	mittel	15,77	Rindfleisch, Rente 1 kg		1,80
	gering	15,69	do. Bouff		1,50
Roggen	gut	13,00	Schweinefleisch		1,80
	mittel	12,95	Rindfleisch		2,00
	gering	12,92	Hammelfleisch		1,80
Gerste	gut	14,50	Butter		2,60
	mittel	13,80	Fier	60 Stück	5,00
	gering	12,10	Starkpfl.	1 kg	2,90
Haler	gut	15,80	Wale		2,80
	mittel	14,70	Hander		3,00
	gering	13,70	Wedge		2,00
Richtstroh		4,32	Borsche		1,80
Heu		7,20	Schlefe		3,00
Erbsen		40,00	Weie		1,40
Erbsenbohnen		50,00	Stroh	per Tschd	15,00
Linse		60,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Insertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Insertate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Mittwoch, den 28. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: **Cyberhaus.** Fra Diavolo. Schauspielhaus. Die die Alten bringen. Deutsches. Norma. Komma. Reiter. Kater Lampe. Kessing. Der Sturmgeheile Socrates. Wehen. Der Troubadour. Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Residenz. Das große Geheimnis. Central. Bruder Straubinger. Thalia. Der Hochtourist. Anfang 8 Uhr: **Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Talloman. **Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.) Die Ehre. **Belle-Alliance.** In Vertretung. **Aleines.** Raskolnik. **Luisen.** Othello. **Gari.** Weh. Der Trompeter von Säckingen. **Trianon.** Biscotte. **Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich. **Apollo.** Frühlingsluft. Specialitäten. **Metropol.** Neues! Altemenest! **Casino.** Tolle Kometen. Specialitäten. **Palast.** Geniehet das Leben. — Specialitäten. **Winter-Garten.** Specialitäten. **Urania.** Taubenstraße 18/19. Um 4 Uhr im Theater: Von der Zugspitze zum Watzmann. (Kleine Preise.) Um 8 Uhr: Carsten Borchgrevink: Das Südpolarland.

Central-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: **Bruder Straubinger** Operette in 3 Akten von Edm. Eysler. Freitag: Abonnements-Vorstellung: **Der Rigennerbaron.** Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß. **Neues Theater.** Schillbauerdamm 4a—5. **Salome.** Vorher: **Der Kammerjäger.** Anfang 7 1/2 Uhr. **Casino-Theater.** Lotzringerg. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2. **Nur noch bis Freitag inkl.:** 9 1/2 Uhr: **Tolle Kadetten.** Sonntag, 31. Okt., zum erstenmal: **Berliner Nachtasyl.** Hotel Klingebusch. Sonntagabend 4 Uhr: **Esterlen.** **Köln-Theater.** **Unions-Brauerei.** Hafenstraße 22—31. Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Sensationelles Programm. Mittwoch und Sonntagabend nach der Vorstellung: 12 1/2 Uhr: **Tanz-Kränzchen.**

Urania. Taubenstrasse 18/19. Um 4 Uhr im Theater: **Von der Zugspitze zum Watzmann.** (Kleine Preise.) 8 Uhr: Carsten Borchgrevink: „Das Südpolarland“. **Sternwarte.** Invalidenstrasse 57/62. Um 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die Kometen und Meteor. **CASTANS PANOPTICUM.** Friedrichstr. 163. **Indianer-Riese.** **Manko Karoo.** Die zusammengewachsenen Leber-Schwester! Leber-Schwester! Leber-Schwester! **Andries Venter.** ehemal. Leibsoldat des Präsidents Paul Krüger von Transvaal. **ELYSIUM.** Pandsberger Allee Nr. 10—11. Neben Mittwoch: **Harburger Säger.** Jeden Donnerstag: **Zimmermanns Säger.** Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **BALL.** Anfang 8 Uhr. — Vorzugskarten 10 Pf. Saal zu Festlichkeiten und Veranstaltungen unter constanten Bedingungen zu vergeben. 29822. Um 7, 2017. **Karl Eisermann.**

Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. **Olga Wohlbrück.** Spott- und Geissellieder. **Der Todessprung des Hundes.** 14 erstklassige Nummern. **Trianon-Theater.** Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterfildstraße. **Biscotte.** Anfang 8 Uhr. IX. Berliner Saison. **Cirkus Busch.** Mittwoch, 28. d. M., abds. 7 1/2 Uhr: **Claire Heliot Löwenbraut.** Herr Burkhardt-Footit, Schutzeier. Mademoiselle de Holstein, Schutzeierin. **Berliner Winterfreunden.** humorist. Wanege-Schauspiel. **Paul Mündners Todessprung.** Eine Hirschjagd, geritten mit 20 Höl- und Goldblut-Herden.

Residenz-Theater. Direktion S. Vandenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. **Das grosse Geheimnis.** Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff. Deutsch von Max Schönaa. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagabend 3 Uhr: **Lutti.** **Kleines Theater.** Unter den Linden 41. **Nachtasyl.** Anfang 8 Uhr. Freitag zum erstenmal: **Elektra.** **Belle-Alliance-Theater.** Abends 8 Uhr: **In Vertretung.** Ein Soldatenhospiz in 3 Akten von Pelag Gorden. Morgen und folgende Tage: **In Vertretung.** Sonntagabend 3 Uhr zu halber Preisen: **Die zärtlichen Verwandten.** **Bernhard Rose-Theater.** Gesundbrunnen, Badstraße 58. Mittwoch, den 28. Oktober 1903: **Kean** oder: **Genie und Leidenschaft.** Schauspiel in 5 Akten v. Alex. Dumas. Anfang 8 Uhr.

Die Expedition. **Deutsch-Amerikanisches Theater.** 67/68 Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anfang 8 Uhr: **Spiel Adolf Philipp.** **Ueber'n großen Teich.** Weitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp. **Carl Weiss-Theater.** Große Frankfurter Straße 132. **Der Trompeter v. Säckingen.** Roman. Schauspiel mit Gesang in 3 Akten und 7 Bildern von Emil Hilbrandt und Julius Keller. Anfang 8 Uhr. **Morgen: Amor in Wicks.** Sonntagabend 4 Uhr: **Olo 7 Raben.** Sonntagabend 3 Uhr: **Othello.** **Palast-Theater Feen-Palast.** Burgstr. 22. **Nur noch einige Tage:** **Geniehet das Leben.** Freitag, den 30. Oktober: **Mariva Stuart.** Sonntag, den 31. Oktober: **Premieren-Abend.** **Das Liebesparadies.** Trag. Burleske mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. **Berliner Uk-Trio.** Felix Schauer Stralmsdörfer 1.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Tallman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Ludwig Fulda.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Liebelel. Übers.: Litteratur.
Freitagabend 8 Uhr:
Liebelel. Übers.: Litteratur.

Cirkus Schumann.

Sports-Abend
Sente, Mittwoch, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Debuts. Kolossaler Erfolg erzielte Debuts.
Herrn Lists Raubtier-Gruppe.
Hes und Sohn, die besten französischen Clowns.
Prof. Dora Schumann, ausgezeichnete Jugend-Schulmeisterin.
D. elektr. Spiegelterrass. und der preisgekrönte Ger Jug.
Die beste Schwendresseur in Berlin:
männliche Abessinier-Löwen des Herrn Seeth.

Metropol-Theater.

Heute Mittwoch:
Zum letztenmal:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Illuzinöse Ballets. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Donnerstag, den 29. u. Freitag, den 30. Oktober: **Geschlossen.**
Sonnabend, den 31. Oktober:
Zum erstenmal:
Durchleuchtet Radleschen!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung der mit so großem Beifall aufgenommenen **Norddeutschen Sänger.**
Nach der Vorstellung: um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Jeden Mittwoch 8 Uhr:
Grosser Elite-Familienabend.
Norddeutsche Sänger u. Ball.
Entrée 20 Pf. Sperrst. 50 Pf.
Jeden Freitag:
Gastspiel Berl. Volks-Theater.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Zum letztenmal:
Die Geier-Wally.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag:
Wilhelm Tell.
Junge Leute werden als Statisten verlangt.

WINTERGARTEN
Saharet australische Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.
Smith u. Dorote Excentrics
Therese Ranz Schulreiterin
Die drei Luppus Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sortett.
Die Agost's Jongleure.
Angeline Vanloo Singsängerin
O. K. Sato komischer Jongleur.
Miss Emelise Trapezkünstlerin.
Die Jahrmärktsprinzess Balllet.
Dor. Biograph.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Wohltätigkeits-Vorstellung
zu Gunsten einer erblindeten Bühnenkünstlerin mit Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn General-Intendanten der Königl. Schauspiele unter freundlicher Mithilfe von Fräulein Sophie Wachner
Dra. Adalbert Matkowsky und Herrn Dr. Max Pohl.
„Othello“.
Donnerstag: Das Käthchen von Sellbronn.
Freitag zum erstenmal: Der Affenbuddler.
Sonnabend: Einer von unsere Leute.
Sonntag: Die Fäbula von Toledo.
Abends: Der Affenbuddler.

Apollo-Theater.

Zum 23. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss.
Im 3. Akt: **Blütenhochzeit.**
Balllet von Louis Gundlach.
Ferner:
Die glänzenden Specialitäten.
Nur bis 1. November:
Meisters Biophon.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Etabl. Buggenhagen.

Worthplatz. Zur Kaiserzeit: Kammer-Ensemble.
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-eröffnung 6 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Bons hab. Willigkeit.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
In den unteren Sälen Dienstags: **Präparat-Konzert.**
Donnerstags: **Gürtel-Konzert.**
Bons haben Willigkeit.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Ude Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluss die **Gelangs-Posse August auf Urlaub.**
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Centralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.
Sente Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 (Zaal 1):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal 1903. 2. Vortrag. 3. Wahl eines Revisors. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Die Centralverwaltung. J. u. W. Storing.
Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallisch in Berlin. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Ed. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Schmidt's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Anfertigung feiner Herren u. Damen

Garderobe, bessere Damen-Jackets auf Lager, elegante Ausführung, geringe Teilzahl.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
direkt am Alexanderplatz.
Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinfelber etc., werden unter Garantie des guten Sines zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Lagerlokal bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Wurm's
MAGENBISTOR
Beste für den Magen

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Köstner Hof, Köstnerstr. 8:
Versammlung.
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Georg Ledebour** über: „Die Frauen und die preussischen Landtagswahlen“. 2. Diskussion.
Donnerstag, 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Mierke, Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke:
Versammlung in Pankow.
Vortrag der Genossin **Ida Altmann** über: „Was fordern die Frauen vom preussischen Landtag“. 2. Diskussion.
In beiden Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.
Gäste, Männer und Frauen, haben Zutritt.
Der Vorstand.

Schöneberg.

Donnerstag, 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Obsl'schen Saale, Meiningenstr. 8:
Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die preussischen Landtagswahlen. Referent: **Dr. Leo Arons.**
2. Diskussion.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Wahlkomitee.**

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Am Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosineustr. 3:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstatter über die bisherige Tätigkeit unserer Vertreter im Stadtparlament. 2. Bericht über die Stadterordnungsarbeiten. 3. Diskussion. 4. Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadterordnungs-Wahl. 5. Vereinsangelegenheiten.
290/1

Reichshallen Stettiner Sänger.

Reichshallen Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Freie Vereinigung der Tischler Deutschlands.

Bureau: Berlin O. 17, Fruchtstr. 24.
Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstenhof“, Köpcke-Str. 137:
Anherordentl. Generalversammlung
des Fachvereins der Tischler Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisionskommission. 2. Bericht vom Arbeitsnachweis und Bibliothek. 3. Erledigung der Anträge aus der letzten Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
190/12

Steidl-Sänger

Steidl-Sänger.
Linienstraße Ecke Friedrichstr.
Neues Programm! Zum Schluss: **Urkomisch! Der Mollit!**
grosse Cohn!
Ultduriedle a. d. Singangellieben von Fritz Steidl.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. (Bord. 40 Pf.) Sonntags 10 Pf.

Berliner Konsum-Verein, Abteilung I Luisenstadt.

Sente Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Berliner „Klubhaus“, Chaus. 2:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kapstein**: „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit“. 2. Diskussion.
Um recht regen Besuch, besonders der Frauen, bittet **Der Abteilungs-Vorstand.** J. u. W. **Zimmormann.**
290/5

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 28. Oktober, abends Punkt 8 Uhr:
General-Versammlung
in den „Borussia-Sälen“, Kiderstr. 6/7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. R. Friedberg**: „Ueber welche Nachmittagszeit vertritt der Proletariat zur Niederwerfung der Klassenherrschaft?“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal, Revisionsbericht und Wahl eines Revisors. 4. Vereins-Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.
191/6

Zomkes Heiz-Apparat

Zomkes Heiz-Apparat
mit Chamotte, in 5 Minut., warme Stube, Stck 4,50, Emaille 7,50, andere 10,00 Mark. Emaillierte Stck 3,50. Heizkörper für Küche 3,50. Sebastianstr. 4, am Moritzplatz.

Kostime, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part.
Hochbahnhof Schlesiendes Thor.
von Kammgarn.
Reste Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!

Stoppdecken

Stoppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Wallstr. 73, wo auch alle Stoppdecken aufgearbeitet werden.
H. Gierhmann, Berlin 14.
Müchtrichter Preisversteigerung gratis.

VI. Wahlkreis.

Donnerstag, den 29. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, in Wernaus Festsälen, Schwedterstr. 23:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Bartels** über: „Die Aufgaben des preussischen Landtages“. 2. Diskussion.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Leydeckers Salon, Sophienstrasse 34:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstatter von der Brandenburger Provinzial-Konferenz und Diskussion.
2. Die Agitation zur Landtagswahl.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
245/11
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 25. d. M., verschied nach kurzem, schweren Leiden mein innigstgeliebter Gatte, der Kupferschmied **Hugo Krock.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité am Neuen Thor aus nach dem Charité-Friedhofe statt.
Um stilles Beileid bittet
Witwe **Lina Krock.**

Socialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 25. Oktober verstarb unser Mitglied, der Kupferschmied **Hugo Krock,**
Greifenhagenstr. 76. 249/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité (Eingang Neues Thor) aus nach dem Charité-Friedhof (Räuberstraße) statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Unterstützungs-Verein der Kupferschmiede Deutschlands.

(Filiale Berlin.)
Am 25. d. M. verstarb infolge einer Lungenerkrankung unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Hugo Krock**
im Alter von 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus, Eingang am Neuen Thor, nach dem Charité-Friedhofe, Räuberstraße, Ecke Seestraße, statt.
291/17
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Allen Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der **Vater**

Karl Grätz

am Montag sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle, neuer Walfischhof, aus statt.
2814b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin.

Den Kassennachrichtern zur Nachricht, daß der Sattler **Franz Seemann**
(Werkstatt Pretzel)
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Sebastian-Friedhofes, Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
277/16

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Filiale Berlin.
Am Sonntag, den 25. Oktober, schied unser Verbandskollege und Vertrauensmann der Firma O. Scholz, der Verfallener **Paul Gericke**
freiwillig aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappe-Str., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma A. Kierbach für den tröstlichen Gesang und dem Pflanzenverein „Nils-Eiben“ sagen wir für die rege Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes und unfers guten Vaters hierdurch unsern herzlichsten Dank.
311/6
Witwe **P. Blume**
nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die uns beim Begräbnis unfers Bruders, Schwagers, Onkels und Großvaters, des Steinbrüders **Hermann Krause,** erwiesene Teilnahme sprechen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank aus.
2924b
J. u. W. **Hiertraug.**

Tafel-Honig

goldgelb, feiner Geschmack.
10 Pfund-Emaille-Gimer inkl. 3,75 M. Gar. Zurücknahme.
10 Pfund-Dose Kaiser-Brut inkl. 3,75 M. Gar. Zurücknahme.
P. Napp, Zwinenstraße Nr. 56.

Beischreiben der Bücher

wird fürrecht ausgearbeitet bei billiger Berechnung. Offerten um Z. 8 an die Expedition.

Damen-Mäntel! Gelegenheitskäufe!

Kauf einzeln an Private im Engros-Geschäft Alexandrinerstr. 26 II.

Kredit. Monatlich

10 Mark liefert Anzüge Paletots nach Maß nach billige Preise.
Schneidemeister **J. Tomporowski, Preisestr. 55.**

Die Große Berliner Straßenbahn und das Koalitionsrecht.

Nach dem großen Ausstand vom Mai 1900 schien es, als ob die Direktion der Großen Berliner das Maßregeln von Angestellten wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit als unzulässiges Verhinderungsmittel aufgeben hätte.

Die Direktion versuchte nunmehr, die Vertrauensmännerinstitution der organisierten Straßenbahner zu entwirren. Der sogenannte Acker-Verein stellte im Auftrage der Betriebsleitung bereits im Jahre 1902 bei der Vertrauensmännerwahl eigene Kandidaten auf; diese fielen aber bis auf 2 glatt durch.

Die Obmänner des Acker-Vereins waren zur Entgegennahme der Lohnzulagen-Bewilligung zur Direktion berufen worden, und dort erlaubte sich ein Schaffner Oberprüfer ganz entgegen den Tatsachen zu sagen: „Die gewählten Vertrauensleute hätte der Verband völlig unter seinem Einfluß gebracht, wodurch eine tiefgehende Entfremdung zwischen den Vereinsgenossen und Verbänden entstanden sei.“

Das Ganze hatte den Zweck, die dem verhassten Verbande angehörenden Vertrauensleute bei den Angestellten aus dem Sattel zu heben. Die Direktion hatte sich diese Sache sogar einige Hunderttausend Mark Lohnzulage kosten lassen. Unmittelbar darauf folgte die Neuwahl der Vertrauensleute. Die Direktion arbeitete, den ganzen Beamtenapparat aufbietend, mit Hochdruck für die Kandidaten des Acker-Vereins. Eine Extra-Ausgabe der „Straßenbahn“, des offiziellen Direktionsorgans, und ein von den Acker-Vereins-Obmännern herausgegebenes Flugblatt lieferten das möglichste in der Verdächtigung des verhassten Verbandes und seiner Angehörigen, und am Wahltag selbst erschien noch ein anonymes, nicht dem Reichsgesetz entsprechend veranlaßtes, ungeheures Flugblatt, das in den erdenklichsten Schmähungen über den Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und seine Mitglieder sich erging.

„Seine Leistungen waren zufriedenstellende, seine Führung hat dagegen wiederholt Anlaß zu Beanstandungen gegeben und war zuletzt Ursache seiner Entlassung.“

„Theile die hierdurch mit, daß ich die Organisation mit dem heutigen Tage meiden muß. Es werden mir große Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die ich nicht umgehen kann.“

Die Arbeitgeberpresse schreit jeder und jedes über den Terrorismus socialdemokratischer Arbeiter, Leute, die nur zu einem Unorganisierten sagen: „Wir ehren Dich nicht, wenn Du nicht unserm Verband beitreitest“, werden zu 14 Tagen Gefängnis, Leute, die Widerorganisierte gar auf die Beine treten, werden zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Aber danach, daß bei der Großen Berliner Hofverwaltung, also Vorgesetzte, vermittelst Androhung augenblicklicher Entlassung verurtheilt, Mitglieder für den Acker-Verein zu werden, danach kräht kein Hahn. Dies hat der Hofverwalter Stard am Bahnhof II Brandenburgstraße wiederholt getan. Daraufhin richteten die Vertrauensleute folgende 3 Fragen an die Direktion:

- 1. Welche Stellung nimmt die verehrliche Direktion zu dem Koalitionsrecht, welches jedem deutschen Arbeiter gesetzlich gewährleistet wird, ihren Bediensteten gegenüber ein?
2. Ist der verehrlichen Direktion bekannt, daß einzelne Vorgesetzte und Angestellte dieses Koalitionsrecht durch Drohungen mit Dienstentlassungen zu verhindern suchen?
3. Welche Schritte gedenkt die verehrliche Direktion zu thun, um jedem Bediensteten das ihm zustehende Recht auf Koalition zu schützen?

Die Direktion lud sofort den Vorsitzenden der Vertrauensleute zur Vernehmung und mußte sich der betreffenden verpflichten, binnen 48 Stunden bländige Beweise für die Behauptung, daß Vorgesetzte durch Drohungen die Ausübung des Koalitionsrechts seitens der Angestellten verhindern, zu erbringen. Der Beweis gelang, objektiv betrachtet, vollständig. Der Vorsitzende der Vertrauensleute konnte außer 2 Briefen, welche er vorlegte, noch 4 Zeugen nennen, die bei

ihrer Vernehmung die aufgestellte Behauptung vollinhaltlich bestätigten. Die Direktion war nunmehr in arger Klemme. Sie lud den Bahnhofvertrauensmann Kauza vor, der die Sache im Vertrauensmännerkollegium und nicht etwa in der Offenheit zur Sprache gebracht hätte. Dieser gab abermals 4 Leute an, die sich bei ihm über den Terrorismus des Herrn Stard beklagt hätten. Hofverwalter nicht droht habe. Der Bahnhofassistent wollte ebenfalls von einer Bedrohung der Angestellten seitens des Hofverwalters nichts bemerkt haben. Das konnte ineb auch gar nicht der Fall sein, weil Stard die Angestellten einzeln ins Bureau kommen ließ und dort unter vier Augen die besagten Drohungen ausstieß. Trotz dieses Sachverhalts behauptete der Direktor auf Grund der Aussagen der vier Entlastungszeugen, — die den Hofverwalter gar nicht entlasten konnten, weil sie nichts von der Handlungsweise des Stard über die Belastungszeugen gegenüber gesehen oder gehört hatten —, daß die Anschuldigungen sich als falsch erwiesen hätten. Die vier Belastungszeugen wurden kurzerhand entlassen und der 2 belastenden Briefe gar nicht Erwähnung getan.

Bei der Vertrauensmänner-Konferenz am 26. d. Mis. wurde seitens der Direktion gesagt, daß Kauza seine Vorgesetzten verleumdete habe und deshalb gekündigt werden müßte. Die seitens der organisierten Mehrheit der Vertrauensleute aufgestellten Wünsche wurden nur soweit besprochen, als diese mit den Wünschen der Acker-Vereiner übereinstimmten. Das veranlaßte, verbunden mit der Maßregelungsgefahr, die Mehrzahl der Vertrauensleute, ihr Amt niederzulegen. Die Direktion hat also das Sicherheitsventil selber wieder zugestopft.

Bevollmächtigt wurde in der Konferenz fast nichts, dafür aber vielfach versprochen, die Beschwerden wohlwollend zu prüfen. Als seitens der Vertrauensleute der Wunsch ausgesprochen wurde, an jedem Wagen born und hinten je eine Federstütze anzubringen, bedeutete die Direktion, daß die Federstützen viel Geld kosteten und sich nicht bewähren würden. Die Angestellten möchten Material sammeln, damit man die Unzulänglichkeit der Federstützen den Behörden demonstrieren könnte. Für die Lauglichkeit der Federstützen sprechendes Material zu sammeln, davon wurde nichts gesagt. Luftdruckbremsen einzuführen sei nicht immer angebracht, da bei der Handhabung derselben zuviel Strom verbraucht würde. Die Luftdruckbremse würde seitens der Fahrer immer zuerst angezogen und dann erst der Strom ausgeschaltet, während bei der Magnetsbremse erst der Strom ausgeschaltet werden müsse, um die Bremse anzuziehen zu können; letztere spare daher Strom. Dabei sind sich die Fahrer einig, daß die Luftdruckbremse sich am besten von allen Bremsen bewährt habe.

Wie weit das berühmte Wohlwollen der Direktion den Angestellten gegenüber ihr ist, geht schon daraus hervor, daß — als kürzlich die Delegierten der Betriebs-Krankenkasse fast einstimmig die Einführung der freien Arztwahl beschlossen — die Direktion schlanweg erklärte, in diesem Falle den von ihr bisher gegebenen Zuschuß zum Krankengeld den Angestellten entziehen zu wollen, worauf natürlich die Ausführung des besagten Beschlusses unterbleiben mußte. Von ganz eigenartigem Wohlwollen zeugt auch der Umstand, daß man ganz kürzlich den 28 Jahre bei der Gesellschaft in Arbeit stehenden Kofin rücksichtslos aufs Pflaster geworfen hat.

Auf der diesjährigen Generalversammlung der Straßen- und Kleinbahn-Verwaltungen in Dresden, die unter dem Vorsitz des Generaldirektors Riede tagte, wurde in geheimer Konferenz beschlossen, einen Centralverband der Straßen- und Kleinbahn-Angestellten für Deutschland nach dem Muster des Acker-Vereins in Berlin zu gründen. Als Generalsekretär desselben soll der Schriftführer des Acker-Vereins und Sekretär bei der Großen Berliner, Herr Hlrsfeld, fungieren. Die Straßenbahner sollen mit allerlei Mitteln gezwungen werden, diesem Verbande gegen die Wahrung ihrer Interessen beizutreten. Daß die Straßenbahner, und wenn man sie alle in den kommenden Acker-Verband hineinstopft, demselben ebensowenig Vertrauen entgegenbringen werden, wie jetzt dem Acker-Verein, sollte die Direktion eigentlich schon aus dem Ausfall der Vertrauensmänner-Wahlen gelernt haben. Nicht durch Gründung von Vereinen, sondern durch Gewährung des von ihnen Geforderten wird die Direktion der Großen Berliner ihre Angestellten befriedigen.

Der Kampf ums Majorat.

Zweiter Tag.

Vorsitzender Landgerichts-Direktor Leuschner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und vernimmt die Angeklagte Hedemone Katharina Ossowska, die des Meineids und der Weibhülfe zur Kindesunterschiebung angeklagt ist. Sie ist in dem Zivilprozeß in Posen am 30. März 1901 als Zeugin vernommen worden. Damals hat sie unter ihrem Eide bekundet: In dem Jahre vor der Geburt des Knaben habe sie die Gräfin massiert und auch auf den sonstigen Zustand untersucht und konstatieren können, daß sie in andern Umständen sei. Vor ihrer Vernehmung in Posen hatte sie der Gräfin auf deren Wunsch ein Attest ausgestellt, wonach sie die Gräfin im Jahre 1897 massiert habe und beschleunigen könne, daß diese in geeigneten Umständen gewesen sei. Diese Aussage ist, wie die Angeklagte jetzt ausführt, offensichtlich falsch gewesen. Sie erzählt unter anderm: Frau Gräfin hat mich rufen lassen und gesagt, soll ich sie massieren. Hab' ich es damals nicht getannt, hab' aber gelernt und habe Gräfin massiert. Dabei hat sie mir manches erzählt von Kind und von Verwandte, die ihr das Kind antampfen. Eines Tages wurde mir gesagt, soll aufhören mit Massieren, auch Fräulein Marie sagte, Frau Gräfin soll sich nicht mehr massieren lassen, manche Leute sterben bei Massieren. Das kleine Graf war damals schon 8 Monate alt. Dann schickte Frau Gräfin wieder zu mir, ging ich auf Schloß. Frau Gräfin und ich befanden uns allein. Sie sagte mir, ich sollte ihr helfen, Gebarme sei gefordert und hat sich keine Beweise für Geburt. Da hat mir Frau Gräfin leid getan, ich dachte an das kleine Graf und an die gnädigen Fräulein, die aus das Schloß mußten, wenn der Graf sterben würde und da hab' ich mir zu Hause hingegsetzt und hab' geschrieben den Attest. Hat Frau Gräfin gefragt, ob mein Sohn Stanislaus nicht besser schreibt, hab' ich dem Attest von Stanislaus abgeschrieben lassen. Umsonst hab' ich es gethan, nur daß das Kind soll bekommen das viele schöne Geld und die gnädigen Fräulein sollten nicht heraus müssen aus das ganze Vest. Als ich Attest gebracht hatte, war Herr Graf zugegen und las es, und als ich einige Sachen noch dazu sagte, wurde er verlegen und ist rasch aus das Zimmer gegangen. Wie ich dann hin geladen nach Posen aufs Gericht, hab' ich wieder an den Knaben und die Fräulein gedacht, und als ich in Posen auf dem Gerichtssaal spazieren ging, hat die Knoke zu mir gesagt: „Ach, die Frau Gräfin hat ja solche Angst, wie Sie aus-sagen werden.“

Nach Angst, daß ich Strafe

Kommen werde von wegen des falschen Attestes bin ich dabei geblieben, was in das Attest stand. Dann habe ich dieselbe Lage nachher auch vor dem Disziplinarkommissar wieder gesagt. Dann hatte ich Beweismittel und sagte einmal zu der Chwialkowska: „Was soll denn werden, kann ich doch jetzt nicht anders sagen, als was ich beschworen habe“, darauf hat Chwialkowska gesagt: „Ach was, ich sage nichts und wenn sie in Stücke hauen!“ — Präsi.: Sie geben also zu, daß Sie in Posen falsch geschworen haben und wollen von Ihrem Gewissen getrieben worden sein, später ein reines und unfaßendes Geständnis abzugeben? — Angekl.: Hab' ich keine Ruh' mehr gehabt vor mein Gewissen. — Präsi.: Haben Sie von der Sünde, die Sie begangen, nicht dem Probst Jaskulski Mit-

teilung gemacht und ihn von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden? — Angekl.: Das ist schon richtig. Ich habe die Hände gethan und werde meine Strafe auf mir nehmen. — Präsi.: Haben Sie nicht daran gedacht, daß Sie eine schwere Strafe treffen wird, wenn Sie einen falschen Eid vor Gericht leisten? — Angekl.: Wie ich Eid hab' geschworen, hab' ich bloß gedacht an kleinen Grafen und das kolossale Vermögen, das ihm genossen werden soll, und an die Fräulein, die mir leid getan haben. Dann bin ich zurückgegangen mit das Ansagen, weil Gewissen mir nicht Ruhe hat gelassen. — Präsi.: Sie sind jetzt aber völlig bei der Wahrheit geblieben? Es hat niemand auf Sie eingewirkt? — Angekl.: Was ich jetzt gesagt habe, ist die reine Wahrheit. Was hier liebe Gott hört, ist reine Wahrheit. Mein Gewissen ist jetzt rein. — Präsi.: Sie haben lediglich aus Gewissensbissen sich zum Widerruf Ihrer ersten Aussage bestimmen lassen? — Angekl.: So ist es.

Die Angeklagte wird von den Verteidigern in ein Kreuzfeuer von Fragen genommen, die darauf hinauslaufen, sie als ungläubig-würdig hinzustellen und die Vermutung zu erwecken, daß Beweismittel doch wohl nicht die Kriebelher ihres Handelns gewesen sei, sie vielmehr wohl auf eine Belohnung vom Grafen Hector gerechnet habe. — Angekl.: Was ich hab' gesagt früher, ist alles Rüge gewesen. Die Strafe, die ich werd' erhalten, ist viel leichter zu tragen, wie Gewissensbisse. Der angeklagte Herr Graf hat mir auch

Geld schicken wollen,

hab' ich aber gedankt und gesagt: brauche so was nicht, will mein Gewissen frei haben.

Staatsanwalt Dr. Müller: Was dachten Sie denn man selbst aber die Herkunft des Kindes? — Angekl.: Hab' ich gedacht, Gräfin sei das Großmutter von das Kind. (Heiterkeit.) — Staatsanwalt Dr. Müller: Und wer, dachten Sie, sollte die Mutter sein? — Angekl.: Dachte, die Mutter sei vielleicht die Tochter der Frau Gräfin, Frau v. Jolowksa.

Rechtsanwalt Dr. v. Nischolowski macht darauf aufmerksam, daß die Angeklagte in früheren Aussagen niemals davon gesprochen habe, daß der Graf zugegen gewesen sei, als sie das Attest brachte, und nie behauptet habe, daß der Graf auch das Attest gelesen habe. Die Angeklagte will dies gethan haben, um den Grafen zu schonen. — Vors.: Hat die Angeklagte nicht vor einiger Zeit die Absicht gehabt, auszuwandern? — Angekl.: Nein, hab' ich nur wollen umziehen nach Deutsch-Ostrowo.

Es wird dann noch zur Sprache gebracht, daß die Angeklagte Ossowska vor Jahren schon einmal in einem Fall auf die Witten einer Frau ein Kind untergeschoben habe. Sie giebt dies ohne weiteres zu und will aus Mitleid mit der armen Frau gehandelt haben, die ihr gesagt, daß ihr Mann höchst unglücklich über die Kinderlosigkeit ihrer Ehe geklagt habe. Sie habe gesagt, sie wolle sich das Leben nehmen, und diese Klagen hätten sie so gerührt, daß sie sich gedacht: in einer großen Stadt sei ein Kind ja bald zu kriegen und sie habe der Frau dann ein Kind besorgt. Sie glaube damit ein gutes Werk gethan zu haben und habe nachher dem Probst in Pirke ihre Schuld gebeitet. Durch das Kind seien die Eheleute sehr glücklich geworden. — Präsi.: Der Mann glaubte also damals, daß es sein eignes Kind sei? — Angekl.: Ach, er glaubt es ja heute noch! (Heiterkeit.)

Justizrat Bronker: Die Angeklagte will also dabei bleiben, daß sie bloß aus Gewissensbissen zu dem Widerruf ihrer Aussage gebracht worden sei. Sie hat wirklich keine Vorteile erwartet? — Angekl.: Nein! Verdienne ich so viel, daß ich so was nicht brauche. Will gar nichts haben, will bloß Ruhe vor meinem Gewissen haben! — Justizrat Bronker: Haben Sie nicht daran gedacht, daß Sie Ihre Konfession verlieren würden, wenn Sie sich eines Meineides beschuldigen? — Angekl.: Mein Gewissen! Das geht nicht! Muß rein haben mein Gewissen und wenn ich gleich soll sterben! — Justizrat Bronker: Hat die Zeugin nicht gedacht, daß sie nach einer Beurteilung doch bald begnadigt werden würde? — Angekl.: Wenn Begnadigung kommt, nehme ich sie an, sonst nehme ich Strafe auf mir, so oder so!

Justizrat Bronker: Es liegt mir fern, etwa zu behaupten, daß irgend jemand, auch nicht der Graf Hector Kwikski, der Angeklagten eine hohe Belohnung versprochen habe, aber die Angeklagte scheint doch auf solche zu hoffen. Zum Beweise überreicht der Verteidiger dem Gerichtshofe einige

von der Hand der Ossowska geschriebene Zettel,

die die Angeklagte aus dem Untersuchungsgefängnis einer zur Entlassung gekommenen Mitgefängenen als Instruktion für an ihre Familienglieder zu richtende Briefe mitgegeben hatte. Diese Mitgefängene sei in einem andern Prozesse von ihm, Justizrat Bronker, verteidigt worden und habe ihm diese Zettel überreicht. In diesen vertritt die Ossowska ihre Angehörigen, sie werde höchstens 1 1/2 Jahre Gefängnis bekommen, die Untersuchungshaft aber abgerechnet werden, der Probst in ihrem Heimatorte möge ein Gnadengesuch für sie einreichen und der „Herr“ werde sich schon erkenntlich zeigen. — Die Angeklagte giebt zu, diese Zettel geschrieben zu haben. — Erster Staatsanwalt Steinhilber: Kam es Ihnen bei diesen Zetteln nicht vorwiegend darauf an, Ihre Familienangehörigen guten Willens zu erhalten? — Zeugin: Ja.

Die angeklagte Gräfin bestreitet alles, was die Zeugin gesagt hat. Sie sei von dieser schon vor der Geburt des Knaben massiert worden und diese habe ihr freiwillig das Attest überbracht. — Auf eine Frage erklärt die Angeklagte Ossowska noch, daß die Gräfin ihr keinerlei Rat gegeben habe, wie sie bei ihrer Vernehmung in dem Zivilprozeß in Posen aussagen solle.

Hierauf folgt die Vernehmung des Angeklagten

Grafen Kwikski.

Er bestreitet — so weit er verständlich ist — entschieden, daß er bei der Ueberbringung des Attestes durch die Ossowska zugegen gewesen sei. Als die Ossowska vom Termin in Posen zurückgekehrt sei, habe sie sich bei ihm, der im Bett gelegen, melden und ihm Mitteilung machen wollen, er habe ihr aber erklärt, er wolle von ihr absolut nichts wissen. Von Kindernterschieben sei bei ihm keine Rede, er weise solchen Verdacht weit von sich, denn auf so etwas würde er sich nimmermehr einlassen. Davon sei nie die Rede. Seine Frau sei ordnungsmäßig niedergelassen, der Knabe sei seit ehelich geborener Sohn und er sei stolz auf ihn. Als ihm seine Frau von Berlin telegraphiert, daß sie glücklich entbunden worden sei, sei er sofort mit dem nächsten Zuge nach Berlin geeilt und seine Freunde habe keine Grenzen gelautet. Als er am nächsten Tage im Hotel mit Dr. Rosinski und seiner Tochter beim Frühstück saß und das freudige Ereignis mit Champagner feierte, habe er nach der Bitte dem Kellner auch ein Glas eingeschänkt und gesagt: „Wissen Sie, was heute passiert ist? Heute ist mir ein Original (ein Majorats-erbe) geboren. Darauf müssen Sie auch trinken!“ — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten alle die Verdachtsmomente vor, die gestern bereits der Gräfin vorgehalten worden sind, namentlich, warum denn die Gräfin nach Berlin übergesiedelt ist und warum er denn hier nicht für sachverständige ärztliche Hilfe gesorgt habe. Der Angeklagte lacht alle diese Verdachtsmomente zu widerlegen. Als er von dem Frühstück zu seiner Frau gekommen, sei er angebettet gewesen und habe sich nicht darum bekümmert, ob seine Frau oder das Kind vom Dr. Rosinski untersucht wurde. Da seine Frau ihm gesagt, sie besinde sich wohl, so habe er sich dabei beruhigt. Sie habe ja auch vorher alles für die Entbindung Rüge selbst besorgt, Wäsche und alles andre, und er habe sich um nichts bekümmern brauchen.

Präsi.: Es wird doch als auffallend bezeichnet, daß während Sie früher der Gräfin nicht gut gelebt haben, Sie nun plötzlich in Montreux den Besuch Ihrer Gattin erhielten und das Zusammensein dort diese glückliche Folge hatte? Sie sollen Ihrer Gattin doch Jagdrelang die Erfüllung ehelicher Pflichten verweigert und sich

Jahrelang von ihr fern gehalten

haben? — Angell: O, das war mal so und mal so. Fortgesetzt fälscht haben wir uns nicht gehalten, es ist unwar, daß wir Jahrelang nicht mit einander verkehrt haben. Meine Frau ist etwas heftig und da ist es manchmal zu kleinen harmlosen Zwischenfällen gekommen. — Präf.: Na, Ihre Frau soll Sie oftmals in Gegenwart der Dienerschaft mit Schimpfwörtern wie „Schweinehund“, „Lumpenack“ etc. regaliert haben, sie soll auch direkt geschlagen haben, sie eitele sich vor Ihnen. Angesichts dieser Thatfachen ist doch „harmloser Jant“ ein etwas sehr zarter Ausdruck! — Angell: Na, das war nicht so schlimm gemeint. — Präf.: Sie sollen auch einmal gesagt haben: Sie hätten ein so miserables Leben, daß Sie sich eine Angel durch den Kopf schießen müßten? — Angell: Das ist schon sehr lange her. — Präf.: Die Dinge, um die es sich hier handelt, sind ja auch schon lange her. — Angell: Das war schon vor 1896. — Präf.: Das würde nur beweisen, daß Ihr eheliches Verhältnis schon lange vor 1896 ein sehr schlechtes war. Um so auffallender muß es erscheinen, daß Ihre Gattin Ihnen 1898 nach Italien nachreiste und auf einmal dort mit Ihnen sich sehr gut verträgt. — Angell: Wir waren in der schönen Gegend dort und sehr animiert. — Justizrat Bronker: Hat die Gräfin die Schimpfwörter nicht aus Anlaß von Eifersuchtstheorien benutzt? — Angell: Ja, es handelte sich um Liebesgeschichten, wenn sie so schimpfte, es handelte sich um Verhältnisse mit andern Frauen. — Präf.: Gatten Sie denn solche Verhältnisse? — Angell: Warum soll ich kein Verhältnisse haben? (Gelächter.)

Der Angeklagte, aufgefordert, sich über seine Vermögens-Verhältnisse zu äußern, erkennt an, daß er stets mit Geldsorgen zu kämpfen gehabt und in Schulden geraten sei. Die Herrschaft in einem ordnungsmäßigen Zustande zu erhalten, habe große Summen verschlungen und außerdem sei er von allerlei Mißgeschick verfolgt worden. Er habe aber verschiedene Quellen gehabt, die er in Anspruch nehmen konnte, so habe er beispielsweise viel Holz schlagen lassen und daraus viele Kaufende erzielt. So schüme, wie es in der Anklage behauptet werde, sei es aber mit seiner Schuldenlast nicht gewesen, er schäme sie auf insgesamt 200 000 Mark. — Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß er in seiner Vorvernehmung seine Schulden auf 45 000 Mark angegeben habe. Der Angeklagte erwidert, das müsse ein Irrtum sein. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Chodstiesner wird der Angeklagte gefragt, in welcher Weise er das Holz habe schlagen lassen. Er erklärt, daß dies vollständig ordnungsmäßig geschehen sei.

Damit ist die Vernehmung des Grafen K. beendet.

Hierauf folgt die Vernehmung der Angeklagten

Bronislawa Chwiatkowska.

Sie soll diejenige gewesen sein, die am Tage vor der angeblichen Entbindung der Gräfin mit der Knoska zusammen das Kind erst aus Krause geholt haben soll. Sie versteht nur polnisch, ihre Vernehmung kann daher nur durch Vermittelung des Dolmetschers Regierungsrat Brandt vor sich gehen. Sie ist beschuldigt, bei Gelegenheit des Zivilprozesses in Posen einen

Weineld geleistet

zu haben, indem sie dort unter ihrem Eide Befundungen gemacht hat, die in Uebereinstimmung mit der Gräfin deren körperlichen Zustand geschildert haben.

Sie erklärt sich für nichtschuldig und behauptet, infolge eines in früheren Jahren erlittenen Unfalles an einer kraushaften Gedächtnisschwäche zu leiden. Der Vorsitzende macht sie darauf aufmerksam, daß von anderer Seite behauptet wird, daß sie diese Gedächtnisschwäche stark übertreibe und es gar nicht so schlimm damit sei. Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie von all den Dingen, an denen sie beteiligt sein soll: von dem Abholen des Kindes, von dem Eintreffen auf dem Schloß des Bahnhofs, von der Fahrt mit dem Droshkenkutscher Wille, absolut nichts wisse. Auch von der Behauptung der Ossowska, wonach sie gesagt haben soll: „Ich sage nichts, und wenn sie mich in Stücke reißen“, will sie absolut nichts wissen, sie bestreitet auch, dies gesagt zu haben, nachdem ihr die Ossowska in polnischer Sprache noch einmal den angeblichen Vorgang vorgehalten hat. Sie habe überhaupt nichts von einem „Geheimnis“ gewußt. — Die Angeklagte soll auch diejenige sein, die bei der Abreise der Gräfin nach Berlin die sechs Retortenflaschen mit Schweineblut eingepackt habe. Sie bestreitet auch dies. Sie habe nichts als Toiletten- Gegenstände und Wäsche eingepackt. Auf eine weitere Reihe von Fragen der medizinischen Sachverständigen Medizinalrat Dr. Leymann und Gerichtsarzt Dr. Störmer erklärt sie stereotyp: sie könne sich auf nichts erinnern. Sie wisse nur, daß die Gräfin geboren habe und daß die bei solchen Gelegenheiten übliche Unruhe im Hause geherrscht habe.

Es folgt dann die Vernehmung der letzten Angeklagten, der 78 jährigen Dienerin Josepha Knoska.

Sie ist ebenso wie ihre Tochter der Beihilfe zur Kindesaussetzung und der Begünstigung angeklagt. Im Gegensatz zu ihrer Tochter erklärt sie, daß sie sich der Vorgänge noch gut entsinnen könne. Bei ihrer ersten Vernehmung hat sie erklärt, daß sie bei der Geburt des Kindes zugegen gewesen wäre, später hat sie dies eingestanden und angegeben, daß sie Augenzeugin nicht gewesen sei. Von dem nach Broblewo geschickten beiden Telegrammen weiß die Angeklagte nur so viel, daß diese von den Portierleuten besorgt worden sind. Hier wird die Angeklagte von der Mitangeklagten Ossowska unterbrochen, welche aufspringt und in erregtem Tone ausbricht: „Ich muß mich sehr wundern, daß eine so alte Person noch so sicherlich lügen kann, sie sagt kein wahres Wort! — Die Angeklagte Knoska erklärt lächelnd, daß sie nicht lüge. Auf die Frage, ob sie ihre Tochter für vollkommen gesund halte, erklärt sie, daß ihre Tochter immer an einem schlechten Gedächtnis gelitten habe und dies Uebel scheinbar durch ihre Verhaftung und die Gefängnislust noch schlimmer geworden zu sein. — Justizrat Bronker: „Weiß die Angeklagte, daß es gerade 6 Uhr war, als der Knabe geboren wurde? — Angell: Nein, genau kann ich die Zeit nicht angeben. — Justizrat Bronker: Hat die Angeklagte vielleicht schon kurz vor der Mitteilung zante gehört, die von einem Kinde herrühren konnten? — Angell: Nein, ich hätte so etwas auch gar nicht hören können.“

Hiermit ist die Vernehmung der Knoska beendet und es wird zur

Zeugenvernehmung

übergegangen. Amtsgerichtsrat Dr. Grohmann bekundet aus seinen Erfahrungen in Prenke über die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der Graf seiner Zeit befunden. Dieselben seien weniger auf schlechte Erträge der Herrschaft Broblewo zurückzuführen als auf schlechte Wirtschaft des gräflichen Vacons. Ein der Gräfin bekannter Rechtsanwalt habe ihm einmal gesagt, wenn man der Gräfin heute 20 000 M. gebe, dann gehe sie morgen nach Paris und komme ohne Geld wieder. Der Graf habe sehr beiseiden gelebt; er habe sich viel auf Jagd befunden und keine Gelegenheit gehabt, Geld auszugeben. Einige Klimentenklagen hätten gegen ihn geschwebt. Er selbst, der Zeuge, habe einmal den Vorfall gemacht, die Gräfin zu entmündigen. — Eine gelegentliche Frage des Vorsitzenden giebt dem Justizrat Bronker Veranlassung, namens der Verteidigung zu erklären, daß der Verteidigung nie der Gedanke gekommen sei, etwa den Grafen Hector Skivledi zu verdächtigen, daß er irgend welche Bestechungen unternommen oder versucht habe. Die Angeklagte habe in dieser Beziehung einen eignen Standpunkt eingenommen, den die Verteidigung nicht teile; bei den Verteidigern sei nie der Glaube ausgekommen, daß Graf Hector einer solchen plumpen Maßregel fähig sei.

Es werden dann einige Zeugen aus Broblewo und Umgegend vernommen, welche sich im allgemeinen über die Schwierigkeiten finanzieller Natur, die dort sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machten und über die Gerüchte ausließen, die dort untliefen, als die Entbindung der Gräfin bekannt wurde. Darunter befand sich auch der Gerichtsphysiker, der so oft auf Schloß kam, daß er „Onkel“ genannt wurde.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Am Donnerstag findet im Döblich Saale, Reinigerstr. 8, eine Volksversammlung statt. Genosse Dr. Leo Kronz spricht über: „Die preussischen Landtagswahlen.“

Spandau. Am Freitag soll die Auffstellung unserer Kandidaten für die am 8. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen erfolgen, und zwar in einer außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins im Köpenicker Lokale, Fichtelbacherstr. 39. Dieser Hinweis dürfte genügen, um die Parteigenossen zu recht zahlreichem Besuch zu veranlassen. Mitgliedsbuch legitimiert!

Lokales.

Die „Stadt-Tausendfüßler“.

Nichts ist für unsre Zeit charakteristischer als die außerordentliche starke Volksvermehrung. In dem Jahrhundert von 1800—1900 hat sich die Bevölkerung in Deutschland verdoppelt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat, obwohl es weit entfernt ist, alle Kräfte der Nation zur geistlichen Entfaltung gelangen zu lassen, die materiellen Vorbedingungen dieser Vermehrung geschaffen; es hat aber der wachsenden Volksmenge zugleich eine eigenartige Gruppierung aufgezwungen. Den neben der starken Vermehrung fällt uns bei der Betrachtung des Bevölkerungswachstums zugleich die besonders geartete Anhäufung der Menschen auf kleinere Räume auf. Bis zu der sieghaften Entfaltung des modernen Kapitalismus war Deutschland ein von verhältnismäßig wenigen Klein- und Landstädten durchsetztes Gebiet, auf dem nur einige Niederlassungen durch die große Zahl ihrer Bewohner auffällig hervorragten. Preußen besaß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nur 15 Städte mit mehr als 20 000 Einwohner, Sachsen hatte um dieselbe Zeit nur fünf Städte mit mehr als 10 000 Einwohner. Von jener Zeit ab änderten sich diese Verhältnisse indessen sehr rasch: eine fast stürmisch zu nennende Anbauungstendenz machte sich bemerkbar. In Städten über 100 000 Einwohner, die unsre Statistiker als Großstädte bezeichnen, wohnten 1871 noch nicht 5 Proz. der Gesamtbevölkerung des Reiches, 1891 schon 16 Proz. Der Anteil der städtischen Bevölkerung überhaupt an der Gesamtbevölkerung stieg von 30 Proz. im Jahre 1871 auf 42 Proz. im Jahre 1880 und auf fast 55 Proz. im Jahre 1900. In Städten mit über 50 000 Einwohnern lebten 1843 8,5 Proz. der Bevölkerung des heutigen Deutschlands, 1900 aber 21,9 Proz. Großstädte gab es bei uns im Jahre 1871 acht, im Jahre 1900 33.

Die deutsche Verwaltungstatistik ist von dem rapiden Wachstum der großstädtischen Bevölkerung gleichsam überrollt worden. Sie hat dieses für die Erkenntnis dessen, was ist, so überaus wichtige Phänomen nicht recht zu erfassen vermocht. Denn wenn man sich in und um einer modernen Großstadt einmal umsieht, wenn man diese ungeheuer von Stadt-Tausendfüßlern, wie unser belgischer Freund Vanderbelde sie treffend genannt hat, genau beobachtet, so wird man bald inne, daß es nicht genügt, lediglich die politische Gemarkung der Großstädte und die auf ihr erfolgte Entwicklung ins Auge zu fassen, vielmehr muß man den wirtschaftlichen Raum, die Sphäre des direkten Einflusses großstädtischen Lebens, zum Ausgangspunkt aller Betrachtung machen. Wenn man z. B. von der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung Berlins spricht, so darf man weder Schöneberg noch Nixdorf, weder Charlottenburg noch Britz, weder Regel noch Wilmersdorf, und wie die Orte alle heißen, außer acht lassen. Betrachten wir uns aber die Wirkungen der Anbauungstendenz von dem angegebenen Gesichtspunkte aus, so zeigt sich folgendes: sämtliche deutschen Großstädte (mit Ausnahme von Halle, Kassel, Krefeld und Stettin) haben ihre Gemarkungsfläche seit 1871 um 50 Prozent, ihre Einwohnerzahl auf der Gemarkungsfläche von 1871 um 114,6 Prozent, ihre Einwohnerzahl auf der Gemarkungsfläche von 1900 um 128,8 Prozent, auf dem Umkreise von 10 Kilometern vom Großstadtmittelpunkte aus um 141,5 Prozent vermehrt. Was lehren uns diese Zahlen? Daß die Umgebung der Großstädte an Bevölkerung rascher zunimmt als der Kern der Großstädte.

Für Berlin ist diese Thatsache übrigens längst bekannt: einige Stadtteile im Innern der Stadt entvölkern sich immer mehr. Bei den Wahlen merken wir das ja ganz deutlich. Die Entwicklung des Stadtcentrums zur reinen Geschäftsgegend drängt wegen der immer höher steigenden Wohnkosten und der Unannehmlichkeit in ästhetischer und hygienischer Beziehung die Bevölkerung, und zwar auch die früher dort wohnende reiche Kaufmannsbevölkerung immer mehr an die Peripherie der Stadt und über deren Grenzen hinaus, so daß schließlich im Grunde genommen im Centrum selbst nur noch die Spörner, Nachtwächter und weniges Hausdienpersonal mit ihren Angehörigen wohnen. Im wirtschaftlichen Leben macht sich diese Erscheinung dadurch geltend, daß Wohnstätte und Arbeitsstätte immer weiter von einander entfernt werden. Nach der letzten Zählung wohnten von den in Berlin beschäftigten Selbstthätigen nicht weniger als 62 857 außerhalb. Diese Zahl belehrt uns schon darüber, welche Bedeutung eine weitläufige Lokalverkehrs-Politik für die Großstädter hat. Die Opfer der strapalosen Gewinnsucht privater Erwerbsgesellschaften, denen man fast den ganzen Lokalverkehr ausgeliefert hat, wissen davon ein Liedchen zu singen. Aber noch auf anderem als dem Verkehrsgebiete ist jene Erscheinung des stärkeren Anwachsens der Vororte wichtig: das Unbequemlichkeiten der Großstädte entziehen sich nämlich zu allererst die zahlungsfähigen Kreise der Bevölkerung. Der Abfluß der steuerkräftigen Elemente und der Zutromm wenig bemittelter hat bewirkt, daß zum Beispiel der prozentuale Anteil der Stadt Berlin an dem gesamten Sollaufkommen an Staatseinkommensteuer in Preußen zurückgegangen ist von 16,01 Proz. im Jahre 1899 auf 15,76 Proz. in 1900 und weiter auf 15,48 Proz. in 1901 und 15,18 Proz. in 1902. Welche Wirkungen das für das Budget der Stadt hat, wissen wir ja aus den Schwierigkeiten, den Berliner Etat des laufenden Jahres zur Balance zu bringen. Und diese Schwierigkeiten werden noch immer größer werden. Nur eine weitläufige Einverleibungspolitik großen Stils hätte ihnen vorbeugen können. Aber wie sehr lieh gerade auf diesem Gebiete das Freisindregiment den weiten Blick vermissen! Rechnet man dazu noch den bösen Willen der reaktionären Regierung, die alles thut, um die Hauptstadt zu schädigen, jedenfalls nichts um ihr zu nützen, dann kann man der Zukunft Berlins nicht gerade mit allzugroßen Hoffnungen entgegensehen. Darum ist es aber doppelt und dreifach Aufgabe einer verständigen Kommunalpolitik, alles daran zu setzen, um trotz widriger Umstände immer besser die Aufgaben zu lösen, die meiner obernen Großstadt durch die Verhältnisse zugewiesen sind.

Von den Schulbaracken, die die städtische Schuldeputation auf dem der Stadtgemeinde gehörenden, unbebauten Grundstücke an der Thorner- und Düwernerstraße aufstellen läßt, weil im Korridor der Stadt es an Schulhäusern fehlt und geeignete Mieträume hier nicht zu bekommen gewesen sind, stehen jetzt zwei fertig da. Die Vorbereitung des Erdbodens, der erst geerntet und trocken gelegt werden mußte, bildet bei diesen Arbeiten die Hauptschwierigkeit; die Errichtung der Baracken selber ist in kürzester Zeit auszuführen. Die acht Baracken, die auf dem über 7800 Quadratmeter großen Grundstücke geplant sind, sollen rasch hintereinander aufgestellt werden, so

daß sie möglichst gegen Ende der ersten Woche des November gebräuchlich abgenommen und der Schulverwaltung übergeben werden können. Die sechzehn Klassen dieser Schulbaracken werden besonders die schulpflichtigen Kinder aus der Gegend der Kniprode- und der Eibingerstraße aufnehmen.

Die Schneefabriken. Der K. E. G. Wagen der Studienfahrt für elektrische Schnellbahnen hat bei seiner gestrigen Veruchsfahrt auch schon wieder einen bedeutenden Erfolg zu erzielen gehabt: er brachte es von 180 auf 194 Kilometer pro Stunde. An der gestrigen Fahrt nahm außer den Herren von der Studiengesellschaft und der Militärabn auch der Regierungs- und Baurat Falke von der kgl. Eisenbahndirektion teil. Heute hofft Ingenieur Otto die beachtliche höchste Geschwindigkeit von 200 Kilometern pro Stunde zu erreichen.

Recht unangenehme Erfahrungen hat eine Arbeiterin, Witwe M., anlässlich des Oktoberumzuges gemacht. Sie mietete einige Zeit vor dem Umzugstermin eine aus Stube und Küche bestehende Hofwohnung im Hause Reichenbergerstraße 154. Da der alte Mieter nicht antretend war und Frau M. nicht Zeit hatte, wiederzukommen, so konnte sie die Wohnung nicht in Augenschein nehmen. Ein Bild durch das Fenster der im Parierre liegenden Räume ließ erkennen, daß dieselben einer gründlichen Reparatur bedurften, wenn sie auch nur den bescheidensten Ansprüchen, die man an eine menschliche Wohnstätte zu stellen berechtigt ist, genügen sollten. Vor Abschluß des Mietsvertrages verabschiedete Frau M. mit dem Hausbesitzer ausdrücklich, daß die Wohnung ordentlich in Stand gesetzt und ein am Fenster befindliches Eisengitter entfernt werden sollte. Der Hauswirt hatte auch die Erfüllung dieser Bedingung zugesagt. Frau M. bezog am 1. Oktober die Wohnung, die sich in einem endlich verwahrlosten Zustande befand, erklärte aber dem Hausbesitzer, daß sie nicht eher einen Pfennig Miete bezahle, als bis die Wohnung der Verabredung gemäß in Stand gesetzt sei. Tag um Tag verging, aber die notwendigen Arbeiten wurden nicht gemacht. Da sah sich Frau M. genötigt, eine andre Wohnung zu suchen. Sie fand auch eine solche, kann sie aber erst am 1. November beziehen und wollte wohl oder übel über bis dahin in den unwohnlichen Räumen hausen. Das aber wollte dem Hauswirt nicht. Er ging nun seinerseits daran, die Mieterin, welche für eine unbrauchbare Wohnung nicht zahlen wollte, hinauszuweisen. Am 17. Oktober abends um 1/10 Uhr, als Frau M. sich im Zimmer ihre, Kurnachbarin befand, drang der Hauswirt bei dieser ein und verlangte, daß Frau M. sofort die Wohnung und das Haus verlasse. Dabei fuchtelte er der Frau mit der Faust bedrohlich vor dem Gesicht herum. Frau M. und deren Nachbarin protestierten natürlich gegen das Vorgehen des Hauswirts, es gab einen Wortwechsel, wobei sich der Wirt beleidigend äußerte gegen die beiden Frauen bediente und schließlich einen Auslöcher ergriff, um seinen Worten schlagenden Nachdruck zu verleihen. Der lautmende Austritt endete damit, daß der Hauswirt einigen in seinem Dienst stehenden Leuten, die in der Nähe standen, winkte, diese beförderten Frau M. zum Hause hinaus und schafften einige Habseligkeiten, die die Frau noch in der Wohnung hatte, in den Keller, wobei eine Frau M. gehörende Taschenuhr verloren ging. Die auf solche Weise des Obdach beraubte Frau M. wandte sich um Schutz an die Polizei, sie wurde aber abgewiesen, dem die Polizei, die sich oft unbedenklich einmischt in Konflikte, die Arbeiter mit den Unternehmern ausdehnen, darf sich in Privatangelegenheiten, wie der Streit des Hauswirts mit der Mieterin, nicht einmischen. Frau M. suchte und fand glücklicherweise eine vorläufige Unterkunft bei Bekannten. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da Frau M. den Hauswirt wegen Verleumdung verklagt hat.

Dieser Fall bietet wieder eine Illustration zu dem oft besprochenen Kapitel von dem Wohnungsleben, unter dem die ärmeren Schichten der großstädtischen Bevölkerung zu leiden haben. Wer eine billige Wohnung suchen will, der hat nach Ansicht unserer Hausbesitzer keinen Anspruch auf menschenwürdige Räume und noch weniger auf anständige Behandlung. Radat er trotzdem Anspruch darauf, dann hinaus mit ihm. Es findet sich schon wieder ein armer Teufel, den die Not zwingt, mit einer elenden Höhle vorlieb zu nehmen und dem Hausbesitzer dafür einen Tribut zu entrichten, der in keinem Verhältnis zur Gegenleistung steht.

Eine Straßenscene. Die Friedrichstraße bietet jeden Abend das selbe Bild. An den prunkenden Läden vorbei strömt wie immer eine bunte Menge in lebhafter Unterhaltung. Man schlendert langsam dahin, bleibt die Schaufenster musternd stehen und drängt wieder weiter. Bei dem starken Verkehr solidiert der Spaziergänger gar oft mit einem eilenden Geschäftsmenschen. Vom Strahndamm her schallt der Ruf der Straßenverläufer. Plötzlich wenden sich die Blicke zur Seite. Auf dem Gehsteig naht ein wunderlicher Zug. Gegen 150 junge Leute mit Koffer und Kissen besetzt marschieren in Reih' und Glied die Straße entlang. Born und an den Seiten des Zuges schreiten Soldaten mit ungelängtem Gewehr. Den Schluß bildet wieder ein gleichbewaffneter Vaterlandsverteidiger. Der Zug macht beinahe den Eindruck eines Gefangenen-Transports, wozu die drohenden Gewehrläufe nicht wenig beitragen.

Die also esortierten Leute sind Rekruten, welche ihre Dienstzeit antreten. Kaum ein Wort erschallt in dem Zuge. Gar mancher hängt seinen Gedanken über die zukünftigen zwei Jahre nach. Wird er sie gut überleben? Wird er sich in die Unfreiheit des militärischen Lebens und das Milieu des Kameradenentschließen? Diese und ähnliche Gedanken mögen manchen beherrschen. Die fast laute Stille, mit welcher der Rekrutentransport vor sich geht, bildet einen seltsamen Kontrast zu der lachenden und schwagenden Menge der Straßenpassanten. Einen Augenblick bleiben die Leute stehen, dann ist der Zug vorbei und das Straßenleben flutet weiter.

Ein treffliches Bild unsrer Kultur! Auf der einen Seite raffinierter Lebensgenuss, auf der andern eine Illustration zu dem Liede: O, welche Lust, Soldat zu sein!

Die Kosten für die Handwerkskammer zu Berlin für das Etatsjahr 1903, soweit sie aus Beiträgen der Stadtgemeinde Berlin bestehen, sollen nebst den aus den Vorjahren übernommenen Ausfällen, durch Umlage auf die hiesigen Handwerksbetriebe zur Wieder-einziehung gelangen. Umlagepflichtig ist jeder Inhaber eines hiesigen Handwerksbetriebes ohne Rücksicht auf den Umfang des letzteren, darunter auch Hausgewerbetreibende, sowie solche Personen, die neben einem kaufmännischen Betriebe noch einen handwerksmäßigen unterhalten, selbst wenn nur eine Reparaturwerkstatt mit dem kaufmännischen Betriebe verbunden ist. Jeder Betriebsinhaber hat für das Jahr 1903 nur einen einmaligen Beitrag zu zahlen, und zwar für sich selbst 40 Pf., für jeden von ihm in der Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1903 beschäftigten Gesellen 20 Pf. und für jeden von ihm in derselben Zeit gehaltenen Lehrling 10 Pf. Die der Beitragsberechnung zu Grunde gelegte Zahl der Gesellen und Lehrlinge wird nach dem Jahresdurchschnitt berechnet. Als Gesellen gelten auch Werkführer, Gehilfen, Gehilfsinnen, Zuschneider, Zuschneiderinnen, Heimarbeiter und sonstige erworbene technische Hilfspersonen männlichen und weiblichen Geschlechts. Unter die Bezeichnung Lehrlinge fallen auch Lehnmädchen und Arbeitsburschen. Familienangehörige sind ebenfalls als Gesellen oder Lehrlinge anzusehen, wenn sie an Stelle solcher beschäftigt werden.

Die Kataster, aus denen die umlagepflichtigen Betriebsinhaber und die von ihnen zu entrichtenden Beiträge zu ersehen sind, liegen in der Zeit vom 26. Oktober bis 7. November d. J. von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr — mit Ausnahme des Sonntags — im Bureau der städtischen Gewerbe- und Steueramt, Straßburgerstraße 3—6, Hof links 1 Treppe, Zimmer 17, offen aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Kataster sind bei der Gewerbe- und Steuerdeputation schriftlich anzubringen.

Die Einziehung der Beiträge erfolgt im Vierteljahr Januar—März 1904 durch die städtischen Steuererheber.

Wenn die Polizei einen Vermissten suchen soll, kann man doch immer wieder die merkwürdigsten Dinge erleben. Wir haben in den letzten Monaten einige in Berlin vorgekommene

Besonders hübe Fälle besprochen, bei denen der Verdacht der als verurteilt gemeldeten Personen ganz unbegründet war durch die Polizei ermittelt und den harrenden Angehörigen mitgeteilt worden war. Heute möchten wir einen neuen Fall dieser Art, der uns aus Neu-Weichensee berichtet wird, dem Urteil unserer Leser mitteilen.

Vor einiger Zeit machten wir in einer kurzen Notiz aufmerksam auf das Verschwinden der Ehefrau des in Neu-Weichensee wohnenden Bananenschlagers Bahmann. Frau W. hatte ihre Wohnung verlassen, um sich nach Berlin zu begeben und bei dem Bureau einer Krankenliste das Stoszbuch ihres Mannes in Ordnung bringen zu lassen, sie war aber im Bureau nicht eingetroffen und auch nicht wieder nach Hause zurückgekehrt. Jetzt erfahren wir, daß Herr W. sieben Tage nach dem Verschwinden seiner Frau von der Polizei und gleichzeitig von einer Pflegerin des Krankenhauses Friedrichshain benachrichtigt worden ist, seine Frau liege seit sechs Tagen krank in dieser Anstalt.

Man wird die Schnelligkeit, mit der der Aufenthalt der Frau W. ermittelt wurde, zu würdigen wissen, wenn man hört, daß Herr W. noch an demselben Tage, an dem seine Frau ausgeblieben war, abends gegen 10 Uhr in Weichensee zur Polizei gelaufen war, und daß am andern Tage, nach ergebnisloser Anfrage des Mannes auf dem Bureau der Krankenliste, die Weichenseeer Polizeibehörde die Sache protokolliert und alle erforderlichen Angaben über Frau W. auch über ihr Aussehen usw., entgegengenommen hatte. Zwei Tage nach der Protokollierung wurde Herr W. das Resultat der polizeilichen Nachforschungen gemeldet, es seien alle Krankenhäuser abgefragt worden, man habe aber nichts gefunden. Dabei lag Frau W. bereits seit zwei Tagen im Krankenhaus Friedrichshain, in das ein Beamter der Berliner Polizei je gebracht hatte, nachdem sie in Berlin auf der Straße benommen worden war. Erst nach weiteren vier Tagen wurde sie dann im Krankenhaus ermittelt.

Wie weit an dieser Vermisstenjagd die Polizei Berlins beteiligt gewesen ist und in welchem Umfange sie für den anfänglichen Mißerfolg mitverantwortlich ist, das entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist der Versuch gemacht worden, auch die Berliner Polizei zur Mitwirkung heranzuziehen. Herr W. ist aber nicht ganz klar geworden, ob die auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz privatim erstattete Meldung wirklich zu Protokoll genommen worden ist. Vermutlich war das Berliner Polizeipräsidium bereits antilich von Weichensee aus benachrichtigt worden; die Nachforschungen nach der Vermissten konnten ja nicht auf Weichensee beschränkt bleiben.

Der Auffklärung bedarf schließlich noch, welche Rolle die Verwaltung des Krankenhauses Friedrichshain in dieser Angelegenheit gespielt hat. Wenn alle Krankenhäuser nach einer genau beschriebenen Frau abgefragt worden sind, dann ist es unbegreiflich, daß man im Krankenhaus Friedrichshain nicht auf den Gedanken gekommen ist, die als unbekannt eingelieferte Frau könne die Gesuchte sein.

Auch dieser Fall Wahmann zeigt wieder, daß das Verfahren, das in Berlin bei den amtlichen Nachforschungen nach Vermissten befolgt wird, dringend der Reform bedarf. Ohne eine planvolle Organisation kann die Vermisstenjagd in einer Zweimillionenstadt kaum mit Erfolg betrieben werden.

Vom Birchow-Krankenhaus. Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Wittkowski hat der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über den Ausbau von 30 an z i g P a r a d e n bei dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus an der Seestraße in Gegenwart des Stadtbaurats L. Hoffmann, der Stadträte Dr. Strahmann und Dr. Weigert, sowie des Stadtbauinspektors Liege beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlußfassung zu unterbreiten: „Die Versammlung genehmigt den ihr vorgelegten Nachtrags-Kostenanschlag für die Paraden für chirurgische und innere Krankheiten beim Rudolf-Birchow-Krankenhaus über zusammen 127 100 M. Rekrkosten à Conto der für den Bau zur Verfügung gestellten Summe.“

Niederarbeit in Bädereien. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsanwalts über den Betrieb der Bädereien und Konditorien vom 4. März 1896 werden der 31. Oktober, 19., 21., 22., 23. und 31. Dezember d. J. als solche Tage festgesetzt, an denen in Bädereien und Konditorien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Verkauf eines Postwagens. Um eine Geldliste mit 1000 M. Bargeld bezaubt wurde gestern nacht der Landpostwagen, der die Postverbindung zwischen Kalkbrenn-Niedersee-Waltersdorf und Erkner herstellt. Auf dem Zweigpflanzte in Woltersdorfer Schleuse wurde das Palet, das etwa 30 Centimeter im Quadrat groß ist, verladen. Auf dem Central-Postamt in Erkner wurde das Palet, das nach Berlin, Postamt 17 im Schlesischen Bahnhof expediert werden sollte, brennt. Die Summe bestand aus sechs Stück 100 Markscheinen und 20 Doppeltromen. Von dem Verbleib jeder Spur. Ein Mann ist mit solchem Palet unter dem Arme auf dem Bahnsteig in Erkner bemerkt worden. Die Polizei- und Gerichtsbehörden in Köpenick sind von dem Vorfall benachrichtigt worden.

Von einem Automobil überfahren wurde die 74 Jahre alte Witwe Johanna Schwante aus der Innauellstraße 37. Die schwerhörige Frau befand sich auf einem Besuchsgang und wollte an der Innauellstraße in der Prenzlauer Allee den Straßenbaum überschreiten. Ihres Ohrenleidens wegen hörte sie das Reichen eines herankommenden Automobils nicht, in dem der Fabrikant Wagen aus der Prenzlauer Allee fuhr. Sie wurde überfahren und erlitt einen Bruch beider Unterschenkel. Ein Ländlicher Wagen brachte die schwerverletzte Greisin nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wohin der Fabrikant in seinem Gefährt folgte.

Das Casino-Theater in der Lothringerstraße ist mit Fleiß dabei, die Ansprüche seines Publikums zu befriedigen. Und dies Publikum unterseidet sich wesentlich von den Besuchern der vornehm gehaltenen Bühnen im Westen. Im Berliner Norden verlangt man etwas für Herz und Gemüt und freut sich, wenn der durch das große Los herbeigewonnene Schneidermeister mit seiner Gattin in närrischer Vornehmheit konkurriert, um dann von seinen in der üblichen Einfachheit heutiger Sitten erzeugten Schwiegermännern unheimlich geistvoll einen Beseren befehrt zu werden. Diesem Stück voll kühner Moral gefüllt sich ein nicht minder hübscher Einakter „Die Diebstahle“ und ein Spezialitätenstück. Selbstverständlich bricht auch diesem Teil des Programms gegenüber die Begeisterung des Publikums sich stürmisch Bahn. Eine vorzüglich arbeitende Akrobatenfamilie entzückt ebenso sehr, wie die berühmte spanische Tänzerin. Zum Lieblich des Publikums hat sich aber der Komiker ausgebildet, der Couplets zum besten giebt, so geistvoll, wie man es überhaupt an einer solchen Kunststätte nur verlangen kann.

Die Ausstellung für Gesundheitspflege etc. im Luisenpark, Dresdenstraße 34/35, wird am 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr, eröffnet werden. In Verbindung mit der Ausstellung wird eine Reihe von Vorträgen gehalten werden. Die Ausstellung wird von 9-9 Uhr geöffnet sein. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Dr. jur. Stephan seinen Vortragskurs über „Handels- und Verkehrsrecht“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW, Reichstagsufer 6. Am gleichen Abend und um dieselbe Zeit beginnt Herr Privatdozent Dr. Menzer seinen Vortragskurs über „Die pessimistische Weltanschauung mit besonderer Berücksichtigung Schopenhauers“ im Paraden-Auditorium der Universität im Kastanienwäldchen hinter der Universität. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den sechs Abende von je anderthalb Stunden umfassenden Kursus des Herrn Geheimrat Stephan sind zu haben bei Georg Belling, Leipzigerstr. 136; A. Schütz, Holzmachstr. 60; Chr. Tischendorf, Sophienstr. 30; F. E. Lederer, Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, SW, Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, Defausstr. 14. Die Eintrittskarten zu dem Kursus des Herrn Dr. Menzer sind bereits vergriffen.

Die hädliche Fortbildungsschule für Taubstumme hat mit 16 a Kurzen (vier für Jünglinge und zwei für junge Mädchen) das Wintersemester angefangen. Die Fortbildungsschule hat den Zweck, den erwachsenen Taubstummen, welche die Lautsprache erlernt haben, durch regelmäßige Übungen im Sprechen und Schreiben die Befähigung zu erhalten, mit Hörenden zu verkehren sowie ihre Schulbildung zu sichern und zu ergänzen. Außerdem will der Unterricht alles berücksichtigen, was für das gewerbliche Leben, in dem ja auch die Taubstummen zur Sicherung ihrer Existenz im Wettbewerb stehen müssen und wollen, erforderlich ist. In einem besonderen Kursus (Oberkursus) für G e h i l f e n und Gesellen sind auch Bedacht genommen u. a. auf Belehrung im Gelegensstudium, Preisstil, Geschäftsaussatz, Buchführung u. dergl. Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Kursstunden liegen abends von 7-9. Die Leitung liegt in den Händen des Direktors A. Geymann, Markussstr. 49, an den auch die Anmeldungen zu richten sind.

Theater. In dem Schauspiel „Liebelein“ von Arthur Schnitzler, das Donnerstag, den 20. d. M., im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) zum erstenmal zur Aufführung gelangt, sind die Damen Elise Wala (Christine) Elisabeth Geymann (Rizi Salager), Agnes Berner (Frau Binder) und die Herren Max Patzig (Weingart), Georg Paetsche (Fritz Lohmeier), Bernhard Herrmann (Theodor Kaiser) und Friedrich Krüger (Ein Herr) beschäftigt. — Das darauf folgende einaktige Lustspiel „Literatur“ von Arthur Schnitzler wird von Elisabeth Geymann (Margarethe), Bernhard Herrmann (Klemens) und Erich Fiegel (Gilbert) dargestellt. Beide Stücke sind von Waldemar Künze in Szene gesetzt. — Die Premiere von Hugo von Hofmannsthal's „Elektra“, die am Freitag, den 30. d. M., pünktlich um 8 Uhr im Kleinen Theater stattfindet, wird mit Gluck's „Iphigenie-Auferstehung“ in der Bearbeitung von Richard Wagner eröffnet. Die Leitung des Orchesters hat Professor Gustav Holländer übernommen. — Im Retropol-Theater wird in den nächsten Tagen eine neue Ausstattungs-Buclesse von Julius Freund „Durchlaucht Radieschen“ aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Der Stadtverordneten-Versammlung lag am Montag eine umfangreiche Tagesordnung vor. Nachbewilligungen wurden u. a. ausgesprochen beim Schulentat für Umänderung von Schulbänken. Es werden zu diesem Zweck in den drei Oberklassen der I. Gemeindeschule je eine Bank probeweise aufgestellt. — Für die Entsendung von drei Vertretern des hiesigen Gewerbegerichts zum Verbandstage sind 200 Mark Kosten entstanden, die nachträglich bewilligt wurden. — Zu der Fertigstellung von 25 000 Karten nebst Zustellung an die eingetragenen Landtagswähler wurden statt der geforderten 1200 M. auf Antrag des Vorstehers G. Müller nur 900 M. bewilligt. — Einem Antrage, den Magistrat zu eruchen, bei Aufstellung des Südgeländes die Unterführung der Magistraße zu berücksichtigen, wird ohne Widerspruch zugestimmt. — Eine recht eigenartige Beleuchtung erfährt der Ausfüh für die Wahlen von Gemeindebeamten. Wegen Ausschluß des Südgeländes hatte die Wahl von zehn Stadtverordneten für die gemischte Deputation zu erfolgen. Ob mit oder ohne Abzicht, auf der Vorklassliste war natürlich von unsren Vertretern keiner nominiert, trotz unres berechtigten Anspruchs. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag auf Erweiterung des Ausschusses um zwei Mitglieder wurde mit 21:21 Stimmen abgelehnt, von einem freiwilligen Juridirekten eines bürgerlichen Kandidaten war nichts zu vernehmen — und so konnte hier nur das Einspruchsrecht geltend gemacht werden. Eines der in Vorschlag gebrachten Mitglieder dürfte übrigens im nächsten Jahre nicht wiederkehren. — Um Festlegung der Wahlzeit für die bevorstehenden Wahlen der Urwähler zu der Landtagswahl auf 5 Uhr nachmittags hatte auch der freisinnige Volksverein zu Schöneberg petitioniert. Natürlich hat der Magistrat hierzu noch nicht Stellung genommen — die Wahl hat ja noch 14 Tage Zeit, also warum denn so eilig. Nebenbei muß der Petitionsausschuß auch noch darüber „beraten“, und inzwischen vergehen wieder acht Tage. Und doch hat der Oberbürgermeister auf Anfrage bereits sich dahin ausgesprochen: Jedenfalls dürfte Schöneberg sich dem Vorgehen Berlins und anderer Vororte anschließen.“ Was freilich nicht anders zu erwarten ist, wenn nicht die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit sich auf den Standpunkt Charlottenburgs stellen, der im Sinne der Petition entschieden hat. Von unsrem kommunalen Freisinn ist freilich nicht viel zu erwarten.

Charlottenburg. Am Samstag, den 1. November dieses Jahres, vormittags von 10-12 Uhr, findet die Delegiertenwahl der Arbeitnehmer zur Generalversammlung der Charlottenburger Allgemeinen Orts-Krankenliste statt. Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hat die Vorarbeiten erledigt und eine Liste der organisierten Arbeiter aufgestellt, die in einer am 23. Oktober stattgefundenen öffentlichen Versammlung acceptiert wurde. Von gegnerischer Seite wird ebenfalls eine Liste aufgestellt werden. Wir eruchen die Arbeiterchaft Charlottenburgs, nur die Liste der Gewerkschaftskommission berücksichtigen zu wollen. Legitimationen zur Wahl werden im Klassenlokal zu den üblichen Geschäftsstunden, ebenfalls Sonnabend, den 31. Oktober, bis 8 Uhr abends aufgestellt. Desgleichen sind dieselben am Wohltage von 8 Uhr früh zu haben. Der Ausschuh der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

In Wilmerdorf hielt die Gemeindevertretung am Montag eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, in Anbetracht der wachsenden Ausdehnung des Ortes dem Bauat Herrring in der Hauptpolizei- und der Hochbauverwaltung einen R e g i e r u n g s - B a u m e i s t e r zur Seite zu stellen. Sodann beschloß die Gemeindevertretung die Errichtung einer Sparkasse; die Sitzungen für dieses Institut fanden mit unwesentlichen Änderungen die Zustimmung der Versammlung. Ebenso wurde der Antrag genehmigt, an der neuen katholischen Gemeindeschule, der voraussichtlich 243 Kinder überwiesen werden, fünf Lehrpersonen anzustellen. Der Gemeindeverordnete Schröder (Soe.) wies bei der Beratung dieses Gegenstandes darauf hin, daß eine kürzliche vom Schulentat ab erlassene Verfügung, wonach der Lehrer zur Erteilung von 30 Lehrstunden die Woche im Maximum verpflichtet würden (das Maximum für Lehrerinnen soll danach 26 Stunden betragen) unter den Lehrkräften am Orte böses Blut erregt habe. In Schöneberg sei das Maximum für Lehrerinnen auf 25 Stunden festgesetzt, in Charlottenburg auf 22 Stunden usw. Unzufrieden seien die Lehrkräfte auch mit der ungenügenden Vergütung für Vertretungen; ebenso hielten sie die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht, die im Gegenfatz zu anderen Vororten in Wilmerdorf noch geübt werde, für erforderlich. Der G e m e i n d e - v o r s t e h e r und das Mitglied der Schuldeputation Dr. W e d m a n n erklärten, daß ihnen vom Erlass der erwähnten Verfügung nichts bekannt sei, im übrigen sagten sie eine genaue Prüfung der von Schröder vorgebrachten Beschwerden zu. Die Gemeindevertretung bewilligte weiter die Mittel zum Bau eines Bewährenhauses und zum Ankauf von Alleebäumen; auf eine Anfrage von Schröder, ob dem kümmerlichen Zustand der in den Straßen neu angepflanzten Bäume nicht abgeholfen werden könne, wurde vom Gemeindevorstand erwidert, daß in diesem Jahre fast alle Alleebäume in der Umgegend Berlins von einem schädlichen Insekt heimgegriffen sind, das zu befechtigen unmöglich gewesen sei. Gemeinde-Verordneter Hilpert (Soe.) brachte den vom Lehrer Köppen zur Ungültigkeitserklärung der vorjährigen Gemeinderatswahlen angeführten Prozeß zur Sprache und erklärte, daß nach seiner und seiner Parteigenossen Ansicht die Gemeindevertretung die beim Ober-Vorklassungsgericht eingeleitete Revision zurückziehen und R e u u f l e n in die Wege zu leiten habe, nachdem zwei Instanzen dem Antrag des Klägers gemäß die angefochtenen Wahlen für u n g ü l t i g erklärt haben. Der Gemeindevorsteher erwiderte, es sei begründete Aussicht vorhanden, daß die Revisionsinstanz diese Wahlen für gültig erkläre, doch stelle er der Gemeindevertretung anheim, über die Angelegenheit zu entscheiden, sobald

die Klageschriften ihr vorliegen. Mit diesem Vorschlage erklärte die Vertammlung sich einverstanden. Am Schluß der öffentlichen Sitzung stellte Schröder (Soe.) die Anfrage, ob der Gemeindevorstand dem von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrage stattzugeben habe, wonach der Beginn der R e u u f l e n zum A b g e o r d n e t e n - h a u s e auf 5 Uhr nachmittags anzusetzen sei. Als die Antwort fiel, daß man den Beginn der am 12. November vorzunehmenden Wahlhandlung auf 2 Uhr angelegt habe, richtete Schröder an die Gemeindevertretung das Eruchen, auf den Gemeindevorstand dahin einzuwirken, daß er den Beginn der Wahlhandlung, wie beantragt auf 5 Uhr ansetze; im einzelnen wurden von dem Redner die Gründe angeführt, die gegen die beliebte Festsetzung sprechen, welche es einem sehr großen Teil der Wähler entweder gar nicht oder nur unter schweren Opfern möglich macht, ihre persönlichen politischen Rechte wahrzunehmen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er aus formellen Gründen eine Erörterung über den Antrag Schröders nicht zulassen könne. Es bleibt also auch in Wilmerdorf bei dem vom Gemeindevorstand gefassten Beschluß, und die Arbeiterchaft muß mithin auch hier zeigen, daß kein Hindernis sie von der Beteiligung an der Wahl abscreckt.

Die Entwicklung des Vorortes Wilmerdorf wurde durch einige Zahlen beleuchtet, die der Gemeindevorsteher in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung bekannt gab. Danach zählte der Ort am 26. Oktober d. J. 48 418 Einwohner, während die Einwohnerzahl sich im Oktober 1900 auf 30 181, im Oktober 1897 auf 20 500 und im Oktober 1894 auf 10 700 stellte. Wilmerdorf hat sich innerhalb zehn Jahren um das Vierfache vergrößert und weist jetzt die Einwohnerzahl einer Mittelstadt auf. Democh soll der Ort nach dem Willen der Regierung auf absehbare Zeit hinaus „Dorf“ bleiben.

In Reinickendorf hat die Gemeindevertretung beschlossen, beim Schulhausbau die Korridore nach der Straßenseite hin zu verlegen, damit so der Unterricht nicht durch Geräusch gestört werde. Im Plan der Schule ist auch eine Bade-Einrichtung vorgesehen. Die Kosten des Baus stellen sich auf 238 000 M. Für verschiedene Bauten der Gemeinde sollen die Kosten durch eine Anleihe in Höhe von 565 000 M. gedeckt werden, die mit 3 1/2 Proz. zu verzinien ist. Im Interesse der ortsangehörigen Unternehmer wurde beschlossen, daß bei Submissionen nicht mehr wie bisher auf jeden Fall dem Mindestfordernden der Zuschlag zu erteilen ist; es soll vielmehr unter den drei Mindestfordernden möglichst ein Ortsangehöriger berücksichtigt werden.

Die Anzahl der Landtagswähler am Orte beträgt 4087, davon wählen in der I. Klasse 136, in der II. Klasse 559, in der III. Klasse 3402. Es hat ein Wähler der I. Klasse mithin soviel Wahlrecht wie 3,6 Wähler der II. und 25 Wähler der III. Klasse. Unsere Partei stellt in allen Klassen und Bezirken Wahlmänner auf.

Vermischtes.

26 Jahre unschuldig im Zuchthaus gefessen hat der Maurer Burmeister. 1877 beteiligte er sich an einem von seinem Vater angeregten Einbruch in das Geschäft des Wählenspäters Köhler in Damsdorf (Schleswig-Holstein). Der Väter und seine Frau erwarnten und der Vater des Burmeister streckte nun beide durch Schüsse in die Kette nieder. Nach der Entdeckung der Mörder bestrich der Vater, ein über beleumdeter und mehrfach bestrakter Mensch, die That; dagegen gestand der Sohn ein, daß er beide tödliche Schüsse auf die Eheleute abgegeben habe. Das Schwurgericht in Kiel verurteilte beide zum Tode und zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Im Wege der Begnadigung wurde die Strafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Der Vater starb im Jahre 1896 in der Anstalt. Nun versicherte der Sohn, der sich im Zuchthaus stets tadellos geführt hatte, mit unverlembarer Glaubwürdigkeit, daß nicht er, sondern sein Vater beide tödliche Schüsse abgefeuert hätte; er habe befürchtet, daß sein Vater bei seinen vielen Strafen dem Henker verfallen würde, wenn die Wahrheit an den Tag käme, und ihn durch die falsche Selbstbeugung vor dem Schaffot retten wollen. Nach anfänglicher Erfolglosigkeit hat der Sohn nach der „Kölnischen Zeitung“ jetzt auf ein erneutes Gesuch die Begnadigung und die Freiheit erlangt. Durch feste Arbeit ist der jetzt 51jährige Burmeister vor äußerer Not geschützt; seine fast 90jährige Mutter ist noch am Leben.

Eingegangene Druckschriften.

Soldatennachhandlungen und Mankrotengasse. Von Paul Brandt, Nationalrat, 16 Seiten. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei des Nordens Jülich. Preis 15 Cts. Kommissionsverlag Buchhandlung des Schweizer Schriftvereins, Jülich, 1903.

H. Bruner. Kleine Beschäftigung für Gewerbetreibende. Berlin 1903. 3. Harms Nachl., Friedrichstr. 16.

Tischler-Kalender für Bau- und Möbelschüler für das Jahr 1904. Berlin 1903. 3. Harms Nachl.

Wilhelm Haupt. Kalender für das Baugewerbe 1904. Verlag 3. Harms Nachl., Berlin SW 48.

Franz Wehring. Kleine Nachfertigung. Ein nachträgliches Wort zum Dresdener Partellag. 48 Seiten. Leipzig 1903. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (Abt. Buchhandlung).

Ludwig W. Golberger. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Preis 5 M. Verlag J. Fontane u. Co., Berlin-Grunewald, Taubertstr. 1.

Ron. Haus. Sabinismus und Erzieher. Der Fall Dypold. Ein Elternbild aus dem 19. Jahrhundert. Preis 1 M. Verlag J. Varsober, Berlin W 30, Goltzowstr. 1.

Friedrich. Ernst. Galtwit und Biershaus-Reformer. 41 Seiten. Verlag der Sachkommission bereinigter Galtwitzer Deutschlands. Berlin 1903. Riedemannstr. 13.

Krause, Friedrich, Berlin. Der Kampf um die Heiligung. 100 S. Druck von J. D. Vorn. Ullersfeld 1903.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

A. G. 12. Wenn kein schriftlicher Lehrentag vorliegt, können Sie jederzeit auch ohne Grund Ihre Tochter aus der Lehre nehmen. liegt ein schriftlicher Lehrentag vor, so darf der Lehrender die Fortbildung nicht hemmen; ob und welche Rechte Ihnen zustehen, läßt sich ohne Einsicht in den Lehrentag nicht sagen. — A. M. 111. Einen Anspruch auf Rückgabe haben Sie nicht. — A. B. 10. Ihre Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — A. P. 83. Soweit sich ohne Einsicht in den Vertrag die Sachlage übersehen läßt, können Sie vom früheren und jetzigen Part gemeinsam 12 Mark verlangen. — Verein. Nein. — Sch. M. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse (Oing. Dringente. 66.). — Alter Abonnent. 1. Sie müssen die Berechtigung zum Einschreib-Jahresdienst durch Besuch einer höheren Lehranstalt oder durch Ablegung eines besonderen Exámenes erworben haben. 2. Unteroffizieren nach auf geführter Dienstzeit. 3. Eine angemessene Zeit ist zu gemäßen. Im Streitfall entscheidet das Gericht, welche Zeit als angemessen zu erachten ist. 4. Ja. — D. 12. 1. Ja. 2. Es wird wohl Freisprechung erfolgen. — John 84. Die können eine Klage auf Befestigung des Mißstandes gegen den Birt anstrengen; der Erfolg ist aber leider ein ungewisser, falls keine besondere Abrede im Vertrage getroffen ist.

Witterungsüberblick vom 27. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Swinemünde	758	SW	2	heiter	5	Dapruno	756	R	2	bedeckt
Damburg	756	SW	2	wolkig	7	Vetersburg	785	SW	3	Regen
Berlin	759	SW	1	heiter	4	Corf	744	SW	1	bed. bb.
Frankfurt a. M.	759	SW	1	bed. wolkig	9	Aberdeen	—	—	—	—
München	760	SW	1	wolkig	5	Paris	753	S	2	wolkig
Wien	762	SW	2	bed. wolkig	8	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. Oktober 1903. Teilweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken; bei schwachen südöstlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagesstemperatur. Berliner Wetterbureau.

Orts-Krankenkasse der Vergolder
und Berufsgenossen.

Bekanntmachung.
Am 2. November d. J. tritt das vom Bezirksausschuss genehmigte Statut in Kraft. Dasselbe enthält eine Reihe von Änderungen, deren wichtigste für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Hinblick auf die geist. Kenntnisnahme bringen.
1. Für die Bemessung der Unterhaltungen und der Beiträge werden die Mitglieder künftig nach der Höhe ihres Verdienstes ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in folgenden Klassen eingeteilt:
Mitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst bis 1,50 M. beträgt I. Klasse über 1,50-2,20 M. II. Klasse 2,20-2,80 M. III. Klasse 2,80 M. IV. Klasse
Veränderungen in dem Arbeitsverdienst sind mit Vollendung eines jeden Kalender-Vierteljahres der Kasse zu melden.
2. Als Krankenunterstützung wird im Falle einer Krankheit vom dritten Tage nach dem Tage der Erwerbsunfähigkeit ab ein Krankengeld gewährt, und zwar pro Tag ausschließlich der Sonntag:
I. Klasse 0,60 M.
II. 1,10
III. 1,50
IV. 2,10
3. Das Eintrittsgeld beträgt für Klasse I 0,65 M.
II. 1,00
III. 1,25
IV. 1,50
4. Die Beiträge betragen für die Mitglieder der I. Klasse 0,21 M.
II. 0,39
III. 0,54
IV. 0,75
Leit. Statut der Stadtgemeinde Berlin sind alle, auch die dem Handels- u. Gewerlich unterliegenden Handlungsgeschäften und Behörden, sofern das Gehalt 2000 M. pro Jahr nicht übersteigt, vom 1. Oktober d. J. ab verpflichtend.
Die neuen Statuten können im Kassental in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.
H. Nicolai, J. Mann, Vorsitzender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte
und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ausserordentliche General-Versammlung
der gemässigten Vertreter der Kasse am Donnerstag, den 5. Novbr., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Franke, Sebastianstrasse 39.
Tagesordnung:
1. Beratung der Statuten auf Grund der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 25. 5. 08.
2. Besprechung über die Besetzung der Dienststellen in die zweite Klasse der Kasse unter Berücksichtigung ihres durchschnittlichen Lohn-Einkommens. 3. Genehmigung der Anstellung des Herrn Dr. Steiner, Friedrichstr. 197, ferner der Verzinsterin Fr. Dr. Bogodjinski, Schönhauser Allee 9, Frau Dr. Bornstein, Kallischestrasse 1. 4. Bericht über die Jahresversammlung der Krankenkassen Deutschlands in Breslau. 5. Mitteilung des Vorstandes und allgemeine Besprechung. 277/14
Berlin, 30. Oktober 1908.
Der Vorstand.
Poppe, Braun, Vorsitzender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr, in Feinds Salon, Weinstr. 11:
Ordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl zweier ausstehender Vorstandsmitglieder.
2. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für 1909.
3. Statutenänderung nach dem Gesetze vom 25. Mai 1908.
4. Verschiedenes. 277/15
Um pünktliches Erscheinen der Delegierten ersucht
Der Vorstand.

Zur Probe! Beste Kaffeemesser der Welt!
empf. gegen Nachnahme od. vorh. Nachh. Fritz Hammer, Lohse, Göttingen, Stadthausstrasse 10 und Berlin, Diamantstr. 10.
Katalog mit über 3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren, Zangen, Messen, Becher, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder franco, umsonst. Bitte zu verlangen. Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle.
Nachdruck verboten.

DAMEN
die viel Geld sparen wollen, können ihre Paletots, Jacketts, Kostüme und Röcke im Engros-Geschäft von A. Schwarz, Wassmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr., 1. Etage, beziehen.

Max Kliems Fest-Säle
Hasenheide 11-13.

Jeden Mittwoch im neuen Saal:
Grosses Militär-Konzert.
Jeden Sonntag in allen Sälen: **Grosser Ball**
wozu ergebenst einladet
Max Kliem.
Dietrichs Festsäle u. Garten
Dresdenerstr. 116.
Empfehle meine renovierten Säle, 75 und 200 Personen fassend, zu allen vornehmenden Festlichkeiten, Hochzeiten, Beisammungen etc.
5 Vereinszimmer mit Pianino. — Restaurant mit Billard.
Oskar Pusch.

Blusen, Röcke, Damenkleider kauft und bestellt man auch nach Maß am besten und billigsten beim **D. Latte, Dresdener-Damenkleider**, nur parterre links.

Dem verfeinerten Geschmack
des großen Publikums Rechnung tragend, haben wir unser Augenmerk darauf zu richten gelehrt, bei Anfertigung von **Lager- und Nass-Kleidungsstücken** die Verarbeitung derselben zu vervollkommen und die dazu verwendeten Stoffe **gediegen und elegant** zu wählen, um auf diese Weise mit dem Rahmen des alltäglichen Gebotenen zu brechen und unter werten Kundenschaft etwas ganz besonders Vornehmes bei ihnen einzuführen in unsern Geschäftsbüroen Orientstr. 40/41 liefern zu können.
Das richtige Verständnis hat das laulende Publikum für unser vorteilhaftes Angebot bemerkt, weil es bei unfern untern verzeichneten Spezialmarken **herausgefunden** hat, daß der Preis im Verhältnis zu den dafür verwendeten gediegenen Stoffen, der hochleganten Ausführung und Ausstattung **unvergleichlich billiger** ist.
Wir wiederholen daher unser **vorteilhaftes Angebot**:
„Treffer“ **„Komet“**
Winter-Paletots in dunkelgrauer Warengarbe oder schwarzer, fein gestreift oder punktiertem Gewebe. Kräftige Ware mit gutem Plaidfutter oder gestepptem Wollfutter, ein- oder zweifach mit Sammetlagen, die Röhre zweifach gesteppt, schräge od. gerade Zäpfchen, in Verarbeitung II: **Mk. 18,-**. Dieselben Paletots in hochgediegenem Fabrikat, höchst vornehm gefertigt, in Verarbeitung I, Maß ersehend: **Mk. 28,-**.
Ferner empfehlen wir als vorteilhaft die so schnell in Aufnahme gekommene **Joppe Nimrod**, hochlegante Joppe, dunkel meliert, aus weissestem Loden, mit feinstem Sammetfutter oder Sammetimitation **Mk. 8,50**. Dieselbe mit Pelzimitation **Mk. 10,00**. Extra vornehme Joppe aus ganz schwerer Warengarbe mit Sammet gefüttert, elegant gearbeitet, Maß ersehend **Mk. 13,00**.
Wärte „Komet“ und „Treffer“ sind gewisslich geschätzt und können nur von uns bezogen werden. Auch für anormale Figuren halten wir darin stets reichhaltiges Lager. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest. 30742*
Heitinger & Co., Deutsche Compagnie
Berlin, Oranienstrasse 40/41.
Illustrierter Preis-Courant gratis und franco.

Gegen Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir
Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 15 Mk. aufwärts.
Phonographen zur erstklassigen, vorzüglich funktionierenden Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.
Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.
Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Mariannen-Festsäle.
Säle zu 50, 80 und 200 Personen, hochlegant eingerichtet, sind noch Sonnabend und Sonntag im November, Dezember, Januar, Februar und März frei.
Alex Mayer, Mariannen-Str. 2. 30402*

Möbelfabrik Hellmundt & Co. BERLIN
Holzmarktstr. No. 11
Fabrikgebäude, Hof.
Der Einkauf direkt vom Fabrikanten bürgert sich immer mehr ein.
Der Preisunterschied gegen 2661L*
Magazin-Preise ist auch sehr gross.
Coulante Bedingungen.
Panel-Sofa Satteltaschen, Plüsch Mk. 110,-
Moderne Beistellen Matratzen und Kissen Mk. 40,-, 60,-, 70,-, 80,- etc.
Kleiderspinde, Vertikos Mk. 48-60-70-80.
Garnituren, Diwans etc. etc.
Geöffnet bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntag 8-10 und 12-2.
Prachtkatalog kostenfrei.
Kronleuchter-Fabrik für Gas, Petroleum u. elektrisch Licht 25/18*
Siegel & Co., Berlin, Prinzenstr. 33.
Grösste Auswahl. Verkauf Fabrikpreis. an Private. Musterbuch franco.

Berlins grösstes Teppich-Specialhaus
Emil Lefevre,
Berlin S., Oranienstr. 158.
Stets Gelegenheitskäufe:
Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken etc.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franco.

Reste C. PEZ
Kottbuser-Strasse 4.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigebüros für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Schuhgeschäft, flottgehend, ist billig zu verkaufen. Näheres Kirchstr. 8 bei Streil. 775*
Gardinenhandl. Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Nachvernehmer Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18,00-38,00, Weinst. 6-11 Markt. Deutsches Verbandshaus, Adgerstr. 63, 1. Trepp. 1988*
Herrenanzüge und Paletots, extra gute und nice Nahtarbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 1854*
Gelegenheitskäufe, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stück 8 Mark, auch geeignet für Wiederverkäufer, selten günstiges Angebot. August Wühler, Große Frankfurterstr. 16. *
Winterpaletots, Remontirkräben, Ufretten, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. 33/14*
Teppiche, Gardinen, Käufer, Portieren, Betten, Steppdecken, Regulatoren, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. 33/14*
Spiegel, Bilder, Möbel, sportlich Leihhaus, Reanderstr. 6. Teilszahlungen gestattet. 33/14*
Teppiche! (schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Haderstr. Markt 4, Bahndor. Böse. 93/2*
Steppdecken, sportlich, Fabrik Weinstr. 20. 799*
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 96 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Compotzstr. 25A, früher Darmstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.*
Bilder-Ausverkauf. Letzte Woche ermäßigte Preise. „Fortuna“, Kranfeldstr. 1, Ecke Schönhauser-Allee.
Papagenen aller Arten billig, auch Tausch. Vogelweir-Restaurant, Kommandantenstr. 52. 27/6*

Ringelstücken, Hobbin, Schneenäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 798*
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Westen, Koffer, Operngläser, Kell. Revolver, Teleskope, Goldbläser, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reihzeuge, Harmonika, Orgeln, Zithern sportlich, Lude, Oranienstr. 131. 2767*
Krankenfahrräder für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Wasserstr. 95. 87/16*
Vinoleum, Vinoleumteppich, Vinoleumflüster, Kletter, Vinoleum-Specialgeschäft Holzmarktstr. 19. 43*
Teppiche mit Herdenlehren-Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Musikwerke, selbstspielende, Teilszahlungen. Invalidenstr. 148 (Wingung Bergstr.), Stallstr. 40. *
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Blomstr. 6, SW. Bellealliancestr. 78, N. Adlerstr. 113. 7129*
Nähmaschinen. Zahl bis zehn Mark, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte genügt. Vorderstr. 10. 57/13*
Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langhülshaus von 10 Mark an. D. Lindmann, Gollnowstr. 26 nahe der Landsbergerstr. 1897*
Hochlegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 8*

Steppdecken blüht Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*
Damen-Jacketts (Modelle), teils auf Seide, 8 Mark, Posten Gold-Capes 4 Mark, elegante Kostüme 9 Mark, verkauft Julius Neumann, Bellealliancestr. 105. 1907K*
Fahrrad, Halbrammer, gut erhalten, verkauft Vogel, Kleine Rosenballestr. 11, III. 25075
Das größte Lager Noabits in Anbengängen bei Hermann Schlingens, Turmstr. 85.
Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue und gebrauchte, läuft man am billigsten direkt nur beim Schneidemüller Parfümerie, Rosenballestr. 15, III. 25215
Reifenwerk! Herren-Anzüge, Winter-Paletots, Pracht-empfang. Einzelverkauf sportlich. Schönhauser Allee 72b, oder III links. 99/5
Paneciofo, elegant, 48 Mark, verkauft Frau Hartel, Tiedstr. 8.
Abzahlung 0,50, Wäsche, Kleiderstoffe, Mariannenstr. 24, Mühlengasse (Postkarte). 73
Gemüsegeschäft mit Woll, wegen Verzug sofort billig, Faldenstr. 41. 28225
Sofa zum ausziehen, noch neu, liegt zum Verkauf bei Gollwitzsch, Schmal, Bergstr. 2. 28165
Schuhgeschäft. Umstände halber mit Schnelligkeit mein Rühr-Schönhauser Allee gelegenes hochlegant eingerichtetes, nachweislich grundrechtliches Geschäft, billige Preise, 1000 Mark Anzahlung, verkaufen. Kaufhaus Compotzstr. 25/26 I. 28105
Grüntramschgeschäft veränderungs-fähiger sofort zu verkaufen. Riese 500 Mark. F. Feuer, Alexandrinestr. 50. 28135

Unfallfahnen-Rechtsbureau Dugger, Steglitzerstr. fünfundsiebzig. 1904K*
Rechtsbureau! (Andersplatz), Gehörlose vierundneunzig. Gerichtsbeistand, Eingabengutsche, Katerstellung. Langjährige Erfolge! 127800
Rechtshilfe! in allen Sachen: Prinzenstr. 31. 774*
Krankenkassenüber jeder Art, Angulabab, Köpferstr. 60. [*
Kunststoffer von Frau Kolosky, Steinmetzstr. 48, Duergebäude hochparterre.
Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. G. Hellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. 1890K*
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 28196*
Rechtsbureau (Alexander-Platz) Kurze Str. 47/48! Gerichtsbeistand! Eingabengutsche! Katerstellung! 157/17*
Rechtsbureau Ball, Brunnstr. 27/28. Rechtsbeistand, Eingabengutsche, Katerstellung. 28125*
Die Beleidigung und Verleumdung, welche ich am 23. Oktober in der Delegiertenversammlung Herrn Fr. Kadelhadt zugesagt habe, nehme zurück, da es aus Unvorsichtlichkeit beruht. Carl Knopf, Friedrichsbergerstr. 16.
Die beleidigenden Ausdrücke, welche ich gegen den Bundesbruder F. W. Gordes gerichtet haben soll, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben als Ehrenmann. Christian Lehnig, Schneidmüllerstr.

Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle bei Frau Ding, Compotzstr. 3, I. Duergebäude, 3 Treppen links.
Schlafstelle, separat, Storch, Brangelstr. 29. 73
Fremdliche Schlafstelle bei Maxon, Böttcherstr. 33, vorn I. 774
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Frau sucht vormittags eine Aufwartestelle Hüftstr. 26, Unter Seitenflügel, 2 Treppen. 795
Stellenangebote.
Nebenverdienst für jedermann. Prosekt gratis. Hermann Wolf, Juidau, Reichstr. 44. 21705
Glafer für Einrahmung gesucht. Rohde, Oranienstr. 6. 73
Geübte Schürzenmädchen im Hause verlangt Ray Meyer, Pionierstr. 30. 28175
Bedeutendes Konstruktionshaus elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen

Arbeiter u. Zusammenseher
zu sofortigem Eintritt. Schriftliche Bedingungen unter S. R. 9035 befürdert Rudolf Mosse, Stuttgart.
Achtung, Stodarbeiter!
Der Zusatz für Stodarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmalzig & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9
Die Ortsverwaltung.
Vorarbeiter
für seine Bäckerei-Abteilung. Derselbe muß im Fach durchaus perfekt sein, gute Erfahrungen besitzen und einem Personal von 20 bis 30 Arbeitern vollständig selbständig vorstehen können.
Bei Angebote, in französischer Sprache abgefaßt, sind mit Beifügung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche an Herrn Haasenstein & Vogler in Barcelona unter Chiffre H3992B zu richten.